



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Politische Eliten in der österreichischen Monarchie
am Beispiel der Wiener Obmänner-Konferenz
1914 -1918“

Verfasser

Mag. rer. nat. Stefan Leichtfried

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

O.Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Theoretischer Abschnitt.....	6
2.1 Begriff und Theorie.....	6
2.2. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen.....	11
2.3. Informationen zum Gemeindewahlrecht.....	12
3. Biographischer Abschnitt.....	15
3.1. Der Bürgermeister und die Vizebürgermeister der Wiener Obmänner-Konferenz	15
3.1.1. Bürgermeister Dr. Dr.h.c. Richard Weiskirchner.....	15
3.1.2. Heinrich Hierhammer.....	18
3.1.3. Franz Hoß.....	19
3.1.4. Josef Rain.....	20
3.2. Mitglieder des Bürgerklubs in der Wiener Obmänner-Konferenz.....	22
3.2.1. Josef Leitner.....	22
3.2.2. Prof. Heinrich Schmid.....	22
3.2.3. Leopold von Steiner.....	23
3.3. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in der Wiener Obmänner-Konferenz.	24
3.3.1. Jakob Reumann.....	24
3.3.2. Ferdinand Skaret.....	26
3.3.3. Georg Emmerling.....	27
3.3.4. Leopold Winarsky.....	28
3.4. Mitglieder des Verbandes der freiheitlich-bürgerlichen Partei in der Wiener Obmänner-Konferenz.....	29
3.4.1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller von Jiskor.....	29
3.4.2. Dr. Oskar Hein.....	30
3.4.3. Dr. Alexander von Dorn-Marwalt.....	30

3.5. Mitglied der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates in der Wiener Obmänner-Konferenz	32
3.5.1. Alexander Demeter Goltz	32
4. Empirischer Abschnitt.....	33
4.1. Die Wiener Obmänner-Konferenz	33
4.2. Anwendung bisheriger Theorie auf tatsächlichen Analysekörper.....	34
4.3. Inhaltliche Analyse der Protokolle der Wiener Obmännerkonferenz	36
5. Ergebnis der empirischen Untersuchung	103
6. Zusammenfassung.....	109
7. Abbildungsverzeichnis.....	110
8. Archivmaterial.....	110
9. Bibliographie.....	111

1. Einleitung

Der Wiener Gemeinderat war zu Beginn des 20. Jahrhundert von der christlich-sozialen Partei dominiert, Entscheidungen wurden ohne Einflussmöglichkeit der sozialdemokratischen und freiheitlich-liberalen Mandatäre getroffen. Nur durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges erlangten die oppositionellen Parteien ein Mitspracherecht in der kommunalen Verwaltung der Gemeinde Wien.

Die Wiener Obmännerkonferenz, ein vom christlich-sozialen Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner ins Leben gerufene Gremium, bot erstmals eine Bühne zur Realisierung sozialdemokratischer und liberaler Interessen.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Diplomarbeit soll die Analyse der Wiener Obmännerkonferenz stehen, die durch die Kombination von mehreren Betrachtungsebenen ein umfassendes Gesamtbild dieses politischen Gremiums ermöglichen soll.

Das Interesse an der in der Diplomarbeit behandelten Thematik war seit Studienbeginn vorhanden, eine konkrete wissenschaftliche Fragestellung musste allerdings im Detail noch entwickelt werden und nahm mit der Zeit immer stärker abgegrenzte Facetten an.

So war es spannend, die vielfältigen Ansätze in der Elitenforschung, die nach einer wissenschaftlichen Hochphase in den 1960er Jahren erst in den letzten Jahren wieder vermehrt Eingang in das wissenschaftliche Interesse gefunden hat, auf ihre Anwendbarkeit und Übertragbarkeit auf historische Geschehnisse und Persönlichkeiten des beginnenden 20. Jahrhunderts zu überprüfen.

Es war sehr interessant, ein politisches Gremium zu analysieren, das bisher in keiner wissenschaftlichen Arbeit dokumentiert worden war und bisher nicht den Platz geboten bekommen hatte, den es aufgrund seiner nicht nur kommunalen Wichtigkeit während des 1. Weltkrieges verdient hätte.

Ein anderer sehr wichtiger Aspekt war es, dass es mit leeren Floskeln und geschickter Machtpolitik möglich war, einen verfassungsrechtlich eingerichteten Körper wie den Wiener Gemeinderat mehrere Jahre auszuschalten.

Durch die Konzentration der Arbeit auf die Tätigkeit der Wiener Obmänner-Konferenz während des 1. Weltkrieges ergibt sich aus dem Analysekörper auch der Analysezeitraum. Dieser wird auf die Jahre 1914 bis 1918/1919 begrenzt.

Zu diesem Zeitraum sollen die Tätigkeiten der verantwortlichen Personen wie Weiskirchner, Skaret, Reumann und alle anderen permanenten Mitglieder der Obmänner-Konferenz mittels Methoden der Elitenforschung intensiv betrachtet werden. Für diesen Zweck ist ein aktueller Blick auf den wissenschaftlichen Stand dieses Forschungsgebietes unumgänglich.

Dadurch soll geklärt werden, welcher Ansatz in der Elitenforschung für die Beantwortung der eigentlichen Forschungsfrage verwendet werden kann, um ein überprüfbares Ergebnis der Arbeit vorlegen zu können. Die Frage stellt sich in diesem Zusammenhang, inwieweit aktuelle Beiträge zur Elitenforschung überhaupt nützlich sind bzw. nutzbar gemacht werden können.

In diesem Zusammenhang hat sich nach eingehender Studie des vielfältigen Betätigungsräumens der Elitenforschung und den zur Verfügung stehenden Datengrundlagen jener der Analyse der gesellschaftlichen Integration von Eliten in Demokratien als am besten und ergiebigsten anzuwendendste herauskristallisiert. Die detaillierte Begründung für dieses Ergebnis folgt im theoretischen Teil.

Aber nicht nur die Personen in der Wiener Obmännerkonferenz sollen analysiert werden, ein umfangreicher Teil der Arbeit soll sich mit der eigentlichen Tätigkeit der Konferenz auseinandersetzen.

Um in die Atmosphäre der Wiener Gemeindeverwaltung während des 1. Weltkrieges eintauchen zu können, wird mit Hilfe einer umfassenden Zusammenfassung der ersten Konferenzen inhaltlich auf das gesamte Spektrum der Betätigungsfelder eingegangen. Damit eine gewisse Lebendigkeit und Realitätsnähe erreicht wird, soll mit zahlreichen Originalzitate gearbeitet werden.

Damit der begrenzte Rahmen der Arbeit nicht gesprengt wird, fokussiert sich der Inhalt in der Masse der Sitzungen auf das parteipolitische Geschehen in der Wiener Obmänner-

Konferenz. Die Konzentration auf diesen inhaltlichen Teil der Sitzungen wird durch das gewählte theoretische Interesse notwendig.

Zur Realisierung der vorliegenden Arbeit konnte dankenswerter Weise auf die unkomplizierte Unterstützung des Wiener Stadt- und Landesarchiv, wo die 112 Originalprotokolle in archivierter Form vorliegen, zurückgegriffen werden.

2. Theoretischer Abschnitt

2.1 Begriff und Theorie

Eliten sind Personen, „die sich durch ihre gesellschaftliche Macht bzw. ihren Einfluss auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen auszeichnen“¹.

Bevor es in den Sozialwissenschaften zu diesem Konsens in der Behandlung dieses Begriffs kam, gab es zahlreiche verschiedene grundlegende Ansichten und Annahmen.

Erste Spuren des Elitebegriffs finden sich während der Französischen Revolution, wo das Machtungleichgewicht zwischen Geburtsadel und der bürgerlich-republikanischen Legitimität der Ausgewählten und Erwählten den Nährboden bot². Eine sozialwissenschaftliche Fundierung erfuhr der Begriff vor dem Hintergrund der Industrialisierungs- und Demokratisierungswelle zwischen dem Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Der große Unterschied zu den ersten dichotomen Thesen bestand darin, dass nicht eine undefinierbare beherrschte Restmasse den Eliten gegenüberstand, sondern Gegeneliten die etablierte Macht der herrschenden Klasse streitig zu machen versuchten.

Damit wurde auch die immer noch geltende Doppelbedeutung des Elitebegriffs begründet, jene mit sozialanalytischem Inhalt und eine weitere mit politisch-polemischer Ausprägung³. Die klassischen Elitetheorien verwenden den Begriff auch noch nicht differenziert genug, so dass eine Unterscheidung der Typen noch nicht möglich ist. Erst spätere Theorien können zwischen mehreren Arten von Eliten differenzieren, so entwickelten sich Ausprägungen wie Wertelite, Funktionselite, Leistungselite oder Machtelite. Proponenten dieser klassischen Theorien waren Sozialwissenschaftler wie Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto.

Eine wichtige Eigenschaft der klassischen Theorien ist auch ihre Unschärfe gegenüber der herrschenden Regierungsform. Eine weitere Charakteristik der klassischen Theorien ist

¹ Hoffmann-Lange 1992. S19.

² Münkler. S12.

³ Münkler. S13.

es, den Eliten einen sehr großen Handlungsspielraum bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen zuzumessen, hingegen bemessen die aktuellen Elitetheorien einen variablen, eingeengten Gestaltungsspielraum⁴.

Die Entwicklung vom politischen Kampfbegriff über einen wissenschaftlichen Grundbegriff zur pluralistischen bzw. funktionalistischen Elitetheorie ging mit der Demokratisierung der Regierungsformen einher, wo als Hauptfrage die Verträglichkeit von Eliten mit der demokratischen Grundidee diskutiert wurde.

In diesen neuen Theorien wird die Demokratie nicht als Regierungsform einer Gesellschaft per se gesehen, sondern als Ausleseverfahren für Eliten betrachtet. Der Wandel von den klassischen Theorien wurde in den 1960er Jahren von Autoren wie Zapf, Dreitzel, Jaeggi, Schluchter und Dahrendorf betrieben.

Der Gebrauch des Begriffs Elite bzw. Eliten impliziert nicht eine bestimmte Struktur dieser Elite, es ist vielmehr der Ausdruck Eliten zu verwenden, wenn von einzelnen Individuen oder Teilgruppen einer Elite gesprochen wird; die Einzahl Elite wird hingegen dann gebraucht, wenn eine gesamte Elitenformation dargestellt und analysiert oder auch ein Vergleich zu einer allfälligen Gegenelite oder Nichtelite angestellt wird⁵.

Eine wichtige andere Komponente in der Betrachtung von Eliten ist die Behandlung der Bedeutung des Begriffs. So analysiert Dreitzel die geschichtliche Dimension des Wortes in einem „vorwissenschaftlichen Sprachgebrauch“⁶ und bestimmt drei grundlegende unterschiedliche Phänomene in der Verwendung.

Er konstatiert ein utopisches Element, welches seine begrifflichen Ursprünge in philosophischen und religiösen Strömungen hat. Dieses Element ist eine „Forderung nach der Herrschaft der Besten“⁷ und kann den Idealzustand nie erreichen.

⁴ Hoffmann-Lange 1992. S22.

⁵ Hoffmann-Lange 1992. S20.

⁶ Dreitzel. S9.

⁷ Dreitzel. S9.

Eine zweite Bedeutung erfährt der Begriff der Elite hinsichtlich seines ideologischen Charakters. Dabei wird Elite als die in verschiedenen politischen Strömungen und Ideologien besten, erfolgreichsten und am besten geeigneten Personen bezeichnet.

Das dritte Element ist jenes der Qualifikation. Dabei kann es sich um jede bestimmbare Art von Leistung handeln. Dieses Element enthält in sich einen „doppelten Aspekt von Auslese und Erlesenheit“⁸.

In der vorliegenden Arbeit ergibt sich nun die Problematik, dass die in der wissenschaftlichen Gemeinschaft dargelegten Theorien und Ausführungen zum verwendeten Begriff meist auf eine beschränkte Personengruppe an der Spitze in einer Gesellschaft abzielen und daher in ihrer Gesamtheit nur bedingt für die Analyse des vorgestellten Untersuchungskörpers anwendbar sind. Beim Analysekörper kann auf den ersten Blick angenommen, dass es sich hierbei um eine lokale Subelite handelt.

Diese Bezeichnung trägt bereits zwei neue wissenschaftliche Ausprägungen des Begriffs in sich:

Jene der Subeliten, welche zwar Auskunft über die Leistungskriterien in einer Gesellschaft geben können aber nur eine kleine Zahl daraus zu den wirklichen Eliten einer Gesellschaft gehört⁹, und jene der lokalen Eliten, die der globalgesellschaftlichen Elite gegenübergestellt werden und nicht in der Lage sind, ihren Einfluss und ihre Macht außerhalb ihres streng zugewiesenen Bereichs auszuüben¹⁰.

Dieser Aspekt soll aber nicht weiter ausgeführt werden, da die der Arbeit zugrunde liegenden Daten eine andere Betrachtungsweise nahelegen.

In den aktuellen wissenschaftlichen Beiträgen wird zwischen verschiedenen theoretischen Modellen unterschieden; so werden klassentheoretische und marxistische Modelle, Machtelitetheorien und revisionistisch-pluralistische Theorien voneinander abgegrenzt. Neuere Strömungen werden als klassische Pluralismustheorien und als neo-elitische Modelle bezeichnet¹¹.

⁸ Dreitzel. S10.

⁹ Hoffmann-Lange 1992. S19.

¹⁰ Jaeggi. S138.

¹¹ Hoffmann-Lange 1992. S33f.

Diese unterschiedlichen Theorien konzentrieren sich auf verschiedene Aspekte einer modernen demokratischen Gesellschaft. Die wichtigsten Untersuchungsebenen zur Analyse von Machtstrukturen in industriellen Demokratien ergeben sich aus einer Zusammenschau der vielfältigen Ansätze, so sind dies die Beziehungen zwischen Eliten und Nichteliten, das Ausmaß der Elitenintegration sowie die spezifische Rolle der politischen Elite und das Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Macht.

Eine wichtige Rolle für den theoretischen Aufbau der vorliegenden Arbeit soll die gesellschaftliche Integration von Eliten spielen. Es sind zwei Dimensionen zu betrachten - die vertikale und horizontale Integration von Eliten.

Unter vertikaler Integration versteht man die Berücksichtigung von Forderungen und Interessen der Nicht-Eliten durch die Eliten, sie wird daher auch als Repräsentation bezeichnet. Die horizontale Dimension beschreibt die Kooperation auf der Ebene der Eliten und wird auch Elitenintegration tituliert¹².

Versucht man die beiden gesellschaftlichen Dimensionen von Eliten in einer Kreuztabelle zu visualisieren, ergeben sich vier potentielle Ausprägungen:

Repräsentation	Elitenintegration	
	hoch	niedrig
hoch	etabliert-demokratische Elite	pluralistische Elite
niedrig	Machtelite	desintegrierte Elite

Abbildung 1: Kreuztabelle gesellschaftlicher Integration¹³

Realpolitisch entspricht die etabliert-demokratische Elite dem Idealtyp einer gesellschaftlichen Integration während eine desintegrierte Elite nur bei einem völligen Zusammenbruch einer Demokratie vorherrschen wird.

Der normale Zustand einer demokratischen Elite wird sich wegen der Heterogenität der Kooperationsformen immer zwischen den vier Ausprägungen bewegen, egal auf welcher

¹² Hoffmann-Lange 1992. S36.

¹³ Hoffmann-Lange 1992. S37.

Ebene der Gesellschaft sich diese befinden. Die Tendenz sollte in Richtung jenes Typus gehen, wo die Kooperation auf Elitenebene hoch ist und auch die Forderungen der Basis vollständig berücksichtigt werden.

Zudem sind die handelnden Eliten auch ihrer eigenen Organisation verantwortlich, was die Elitenintegration zusätzlich erschwert. Die Elitemitglieder sind daher in einem Balanceakt zwischen einer Optimierung ihres Einflusses im Elitekörper bzw. des reinen Erhalts der Mitgliedschaft in der Kooperationsform und der Artikulation der Interessen ihrer zweidimensionalen Basis.

Eine komplette Abhängigkeit von den Interessen der Basis würde aber die Eliten ihrer Möglichkeiten zur Mitgestaltung berauben und sie handlungsunfähig machen.

Um die Theorie der gesellschaftlichen Integration von Eliten empirisch anwenden zu können, stellt sich die Frage nach möglichen Indikatoren für eine hohe oder niedrige Repräsentation bzw. Elitenintegration. Dies ist notwendig, um die untersuchte Elite als eine der vier Ausprägungen anzusprechen bzw. Tendenzen anzugeben.

Da im vorliegenden Fall der Untersuchungszeitraum vier Jahre beträgt und der Analysekörper von seiner Entstehung bis zu seinem Ende begleitet werden kann, könnten alle Typen der Elitenintegration inklusive deren Übergangsformen beobachtet werden. Diese Tendenzen und Wandlungen der einzelnen Aggregatzustände sollen auch möglichst an einem historischen Ereignis festgemacht werden, um die Gründe für diese Wechsel verstehen zu können.

Ob dieses Ergebnis in der geplanten Weise mit den gewählten Datengrundlagen erzielbar und verifizierbar ist, wird sich am Ende der empirischen Untersuchung zeigen.

2.2. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen¹⁴

Die Gemeinde Wien war zur Zeit des vorliegenden Analysezeitraums Reichshauptstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie und kein selbstständiges Bundesland. Wien war als administrative Einheit eine Gemeinde Niederösterreichs und damit grundsätzlich in einer gewissen Abhängigkeit begriffen.

Die Gemeinde Wien war allerdings in ihrer Verwaltung autonom und hatte damit den notwendigen Spielraum, der zur Bewältigung der Wirren des 1. Weltkrieges notwendig war. Diese Autonomie bzw. die Angst um den Verlust derselbigen war es auch schließlich, die Bürgermeister Weiskirchner zur Durchsetzung seines Machtanspruches und zum langjährigen Bestehen der Wiener Obmänner-Konferenz verhalf.

Um die vielfältigen Interdependenzen besser verständlich zu machen, ist eine kurze verfassungsgeschichtliche Deskription notwendig.

Die verfassungsgeschichtliche Periode, in die der Analysezeitraum der vorliegenden Arbeit hineinfällt, wird in der Rechtsgeschichte als Konstitutionalismus bezeichnet. Dieser Zeitraum dauerte von 1867-1918, begann mit den historischen Ereignissen des Ausgleichs und der Dezemberverfassung und endete mit dem Zerfall der Gesamtmonarchie Österreich-Ungarn.

Nachdem mit dem Ausgleich die Kompetenzen des ungarischen Landes erstärkt wurden und damit der Komplex der Länder der ungarischen Krone den verbleibenden, cisleithanischen Ländern gegenüberstand, beschäftigt sich auch die Diplomarbeit begrifflich scharf trennend mit Eliten der österreichischen Monarchie. Diese verbleibenden Reichsratsländer wurden ab dem Jahr 1915 offiziell mit Österreich bezeichnet. Dieser Gesamtstaat war im Sinne eines alle Länder gleich behandelnden Föderalismus organisiert.

In diese Periode des Konstitutionalismus kann auch die Entstehung der politischen Parteien zeitlich verankert werden. Das politische Bewusstsein wurde durch die anstehenden sozialen und nationalen Probleme gestärkt und führte schließlich unter den durch die Verfassung von 1867 zur Verfügung gestellten Voraussetzungen zur Bildung

¹⁴ Brauneder. S154ff sowie Pelinka Anton und Sieglinde Rosenberger. S21ff.

von drei ideologischen politischen Gruppierungen, welche auch in weiterer Folge Bedeutung für die verfassungsgeschichtliche Entwicklung erlangen sollten.

Nachdem die erste Phase der konstitutionellen Monarchie, die liberale Ära von 1867-1869, gescheitert war, begannen sich die Parteien sehr rasch zu entwickeln. Waren in dieser ersten Phase die Abgeordneten mit liberaler Weltanschauung nur sehr locker vernetzt, zeigten die entstehenden Parteien eine eigene Programmatik und eine neue organisatorische Dichtheit.

Das christlich-konservative Lager formierte sich 1887 anfänglich als „christlich-sozialer Verein“ nach Karl von Vogelsang und entwickelte sich 1891 zur „Christlich-sozialen Partei“ des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger.

In diesem Lager waren kirchliche und politische Organisationsformen eng verflochten. Durch den Zusammenschluss der städtischen kleinbürgerlichen Christlich-sozialen mit den ländlich-bäuerlichen Konservativen im Jahr 1907 wurde dieses Lager zu einer Großpartei.

Das deutschnational-liberale Lager hatte zum Ziel, das deutsche Element im Vielvölkerstaat zu bewahren. Es hatte eine große Organisationsvielfalt und betrieb den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich.

Auf die Initiative von Viktor Adler vereinte sich das sozialdemokratische Lager am Hainfelder Parteitag 1888/89 in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“. Obwohl diese Partei einen starken internationalen Charakter hatte, vermochte auch sie nicht das immer stärker werdende Nationalitätenproblem in der Monarchie zu lösen.

2.3. Informationen zum Gemeindewahlrecht¹⁵

Das bisher herrschende Wahlrecht wurde durch die Wahlrechtsreform von 1900 grundlegend geändert. So wurde ein 4. Wahlkörper installiert, in dem alle bisher wahlberechtigten und neuen Wählerschichten wählen konnten.

¹⁵ Seliger Maren und Karl Ucakar. S918ff sowie Wiener Magistrat. S536ff.

Bisher durften diese nicht wählen, da entweder die Steuerleistung, die Bildung oder das dazu notwendige Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst fehlte.

Der neue Wahlkörper war auf einen Gemeinderat pro Bezirk begrenzt, so dass die Mandatsanzahl von 138 auf 158 erhöht wurde. Nach der Eingemeindung von Gemeinden am linken Donauufer 1904/05 umfasste der Wiener Gemeinderat 165 Mandate.

Wahlberechtigt waren alle männlichen Staatsbürger ab 24 mit einem drei Jahre dauernden Wohnsitz in Wien. Wahlausschließungsgründe wie Militärdienst, Armenversorgung oder Entmündigung blieben aufrecht. Durch diese Reform wurde die Anzahl der Wahlberechtigten deutlich erhöht.

Die letzten Wahlen vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges wurden im Frühjahr 1914 gemäß §23 des damals geltenden Gemeinderatsstatutes als Ergänzungswahlen für den 3. Wahlkörper des Gemeinderats in allen 21 Bezirken durchgeführt.

Es wurden außerdem Ersatzwahlen aus dem 1. Wahlkörper in den Bezirken 1, 4, 5, 10, 13 sowie aus dem 2. Wahlkörper im 12. und aus dem 4. Wahlkörper im 3., 16. und 21. Bezirk vorgenommen. Zusätzlich wurden auch die Bezirksvertretungen der Bezirke 5, 8, 9, 10, 11 und 15 neu gewählt.

Zur Besetzung gelangten sechs Mandate aus dem 1., ein Mandat aus dem 2., 48 Mandate aus dem 3. Wahlkörper und drei Mandate aus dem 4. Wahlkörper. Das Wahlergebnis stellte sich folgendermaßen dar:

Im 1. Wahlkörper wurden fünf christlich-soziale und ein deutschfreiheitlicher Kandidat gewählt. Im 2. Wahlkörper kam ein Mitglied der christlich-sozialen Partei zum Zug. Im 3. Wahlkörper wurden alle 48 Mandate an die Christlich-Sozialen vergeben.

Die drei Mandate im 4. Wahlkörper wurden an einen christlich-sozialen und zwei sozialdemokratische Kandidaten vergeben.

Im Jahr 1916 wären wieder Ergänzungs- bzw. Ersatzwahlen fällig gewesen, diese wurden aber wegen des Krieges nicht durchgeführt. Die Kontinuität konnte allerdings wegen §24 des Gemeindestatuts vom 24. März 1900 aus rechtlicher Sicht aufrecht erhalten werden.

Nach dem Umsturz konstituierte sich auf Grund der Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 St. G. Bl. Nr. 81 der provisorische Gemeinde-

rat, der auch im Hinblick auf die Bestimmungen des Artikels 10 des Gesetzes vom 12. November 1918 (St.G.Bl. Nr. 5), wonach binnen drei Monaten nach der Wahl der konstituierenden Nationalversammlung die Wahl in den Gemeinderat vorzunehmen war, am 6. März 1919 eine Gemeindewahlordnung beschloss. Dieselbe wurde mit dem Beschluß der n.ö. Landesversammlung vom 12. März 1919 zum Gesetz erhoben (L.G. u. Bdg.Bl.Nr.38/1919)¹⁶.

Die neue Wahlordnung orientierte sich grundsätzlich an jener der konstituierenden Nationalversammlung, es wurden aber einige Anpassungen vorgenommen. Die Gemeindebezirke bildeten die Basis für die Verteilung der Mandate, die Zahl der Mandate des Gemeinderats hatte die Wählerzahl der Bezirke im Vergleich zur Gesamtwählerzahl zur Grundlage. Diese Tatsache führte erstmals zu einer echten Verhältniswahl.

Als Grundlage der Gemeinderatswahl dienten die Wählerziffern der Wahl für die konstituierende Nationalversammlung. Deshalb war auch kein eigenes Wählerverzeichnis notwendig, was administrative Erleichterungen brachte. Allfällige Richtigstellungen und Einspruchverfahren hinsichtlich des Wählerverzeichnisses wurden aber abgewickelt.

An der Wahl nahmen 13 Parteien teil, die Wahlbeteiligung betrug 61,3%. Von den 165 Mandaten erreichten 100 die Sozialdemokraten, 50 die christlich-soziale Partei, acht entfielen auf die tschechoslowakische, drei auf die jüdisch-nationale, zwei auf die deutschnationale und je ein Mandat auf die nationaldemokratische und demokratische Partei.

Bei den Bezirksvertretungen erhielt die sozialdemokratische Partei von 630 Mandaten 339, die christlich-soziale Partei 194 Mandate, 41 Sitze bekam die tschechoslowakische Abordnung, 18 Mandate erhielt die national-demokratische Partei, die vereinigten demokratischen Parteien bekamen 14 Sitze, die deutschnationale Partei 11, die jüdischen Vertreter neun Sitze, die demokratischen Bürger drei Sitze im ersten Bezirk und die deutschnationale antisemitische Partei einen Sitz.

¹⁶ Wiener Magistrat. S536.

3. Biographischer Abschnitt¹⁷

3.1. Der Bürgermeister und die Vizebürgermeister der Wiener Obmänner-Konferenz

3.1.1. Bürgermeister Dr. Dr.h.c. Richard Weiskirchner¹⁸

(24.03.1861 - 30.04.1926)



Abbildung 2: Richard Weiskirchner¹⁹

Richard Weiskirchner wurde am 24. März 1861 in Wien-Margareten geboren. Sein Vater war Lehrer an der Volksschule Margaretenstraße 52.

Die offizielle Anrede war Seine Exzellenz Richard Weiskirchner, Ritter des königlich preußischen Roten Adler-Ordens 1. Klasse, Dr. der Rechte, k.k. geheimer Rat, Ehrenbürger von Deutsch-Altenburg und Jedenspeigen, k.k. Minister a.D.

Seine berufliche Laufbahn startete der promovierte Jurist im Jahr 1883 als Konzeptpraktikant im Wiener Magistrat. Der junge Verwaltungsjurist bekleidete im Magistrat viele kleinere Ämter, bis im Jahre 1897 seine große Karriere begann. Die Wahl seines Mentors Karl Lueger zum Wiener Bürgermeister bedeutete für Weiskirchner den Sprung an die Spitze der Wiener Verwaltung.

¹⁷ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916. S201ff.

¹⁸ Mertens.

¹⁹ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916.

Richard Weiskirchner hatte sehr viele politische Funktionen inne, so war er Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag, Reichsratsabgeordneter von 1897 bis 1911, er war Präsident des Abgeordnetenhauses von 1907 bis 1909 und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien.

Vor seiner Tätigkeit als Bürgermeister von Wien und Nachfolger von Dr. Josef Neumayer vom Jahr 1912 bis zum Jahr 1919 war Richard Weiskirchner Handelsminister (1909-1911) und davor Magistratsdirektor.

Trotz seiner zahlreichen politischen Ämter soll hier nur auf seine Tätigkeit als Wiener Bürgermeister näher eingegangen werden.

Dr. Weiskirchner war nach seiner Tätigkeit als Handelsminister vorerst mit parteiinternen Reorganisationsaufgaben betraut. Diese wurden durch die nach dem Tod Luegers auflebenden Machtkämpfe notwendig. So konnte sich Weiskirchner mit loyalen jungen Kräften umgeben und die Partei um sich strukturieren. Den ersten Erfolg seiner internen Grundlagenarbeit konnte er im Jahr 1912 mit seiner Nominierung als Wiener Bürgermeisterkandidat realisieren.

Am 23.12.1912 wurde Richard Weiskirchner vom Wiener Gemeinderat mit 126 von 155 Stimmen zum neuen Wiener Bürgermeister gewählt. In seinen programmatischen Reden und Vorträgen betonte er stets die Kontinuität zu seinem Mentor Karl Lueger. Diese wiederholte Rückbindung an seinen Vorgänger und Gründervater der christlich-sozialen Partei in Wien wurde ihm oft negativ angekreidet.

Als vorrangige Aufgaben seiner Tätigkeit sah Weiskirchner die Modernisierung und den Ausbau des Wiener Nahverkehrs und die Bereitstellung von Erholungsflächen für die Wiener Bevölkerung an. Die Verbesserung der hygienischen und gesundheitlichen Einrichtungen war auch Teil seiner Pläne für Wien. Auch den Gewerbe- und Kaufmannstand wollte er fördern. Der Realisierung seiner engagierten Vorhaben für die Reichs- und Residenzhauptstadt Wien kam aber der Ausbruch des 1. Weltkrieges zuvor. Seine Aufgaben während des 1. Weltkrieges werden im Kapitel 4.3 ausführlich beschrieben.

Durch die Demokratisierung des Wiener Gemeindewahlrechts und das Aufkommen der sozialdemokratischen Partei wurde er schließlich im Jahr 1919 von Jakob Reumann als Bürgermeister abgelöst.

Nach seiner Funktion als Bürgermeister von Wien war Richard Weiskirchner vom 4.3.1919 bis 9.11.1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, während der ersten Gesetzgebungsperiode des Nationalrats vom 10.11.1920 bis 20.11.1923 dessen Abgeordneter. Als Präsident des Nationalrats in dieser Zeit hatte Weiskirchner eines der höchsten politischen Ämter inne, am 3.12.1920 war Richard Weiskirchner Vorsitzender der 1. Bundesversammlung²⁰.

Am 21. September 1923 teilte Dr. Weiskirchner seinen Parteikollegen den Rückzug aus der Politik mit. Diesem nicht ganz freiwilligen Abgang gingen polemische Attacken der sozialdemokratischen Presse voraus, die sich an seinen zahlreichen Funktionen in Banken, Versicherungen und Industriebetrieben erregte; der ausschlaggebende Punkt für seinen Rückzug dürfte allerdings die Intervention von Weiskirchner beim niederösterreichischen Statthalter gewesen sein, die seiner Tochter eine zweite Ehe ermöglichte. Dies stand in völligem Gegensatz zu den von der christlich-sozialen Partei propagierten Werten.

Nach seinem Rückzug aus dem öffentlichen Leben ging es mit dem Gesundheitszustand von Dr. Weiskirchner schnell bergab. Dr. Richard Weiskirchner starb in der Nacht auf den 30. April 1916 an einer Verkalkung der Schlagadern und des Gehirns, nachdem er zwei Jahre zuvor bereits einen Schlaganfall erlitten hatte.

Die Trauerfeier für den Verstorbenen fand am 4. Mai 1916 statt, an ihr nahmen zahlreiche politische und industrielle Größen der damaligen Zeit teil. In den gehaltenen Grabreden wurde Weiskirchner als konziliante und geschickte Persönlichkeit geehrt und es wurde besonders seiner Verdienste als Bürgermeister von Wien während des 1. Weltkrieges gedacht. Auch die Presse, mit der Weiskirchner während seiner aktiven Tätigkeit zahlreiche Fehden auszufechten hatte, gedachte ihm mehrheitlich positiv und so wurde er trotz aller journalistischer Rhetorik als ausgleichende Persönlichkeit gesehen, was Weiskirchner vor allem der Einberufung der Wiener Obmänner-Konferenzen zu verdanken hatte.

Richard Weiskirchner hinterließ neben seiner Frau Berta seine Tochter Erna und zwei Enkelkinder. Sein Grab auf dem Hietzinger Friedhof wurde als Ehrengrab gewidmet.

²⁰ http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01462/pad_01462.shtml.

3.1.2. Heinrich Hierhammer²¹

Erster Vizebürgermeister der Stadt Wien

(11.5.1857-23.12.1936)



Abbildung 3: Heinrich Hierhammer²²

Heinrich Hierhammer war ab 1889 Vertreter der christlichsozialen Partei im Bezirksausschuss, in den Jahren 1906-1910 dritter, 1911-1914 zweiter und von 1915 bis 1918 erster Vizebürgermeister von Wien. Er war Gemeinderat aus dem 3. Wahlkörper, dessen offizielle Funktionsperiode bis zum Jahr 1920 gedauert hätte.

Heinrich Hierhammer hatte im Laufe seiner politischen Karriere viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, so war er Ritter des preußischen Kronen-Ordens 2. Klasse, Kommandeur des königlich rumänischen Ordens „Stern von Rumänien“ und des kgl. Bulgarischen St. Merander-Ordens und Besitzer des kaiserlich-deutschen Erinnerungszeichen für Verdienste um das Feuerlöschwesen.

Er hatte sehr viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Mandate inne, so war er Vorsitzender-Stellvertreter des Kuratoriums der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Mitglied des Ringtheater-Kuratoriums und Präsident des Wiener Regattaverienes.

Seine gesellschaftliche Stellung war nach dem Wiener Kommunalkalender Bürger und Hausbesitzer, während seiner Tätigkeit als erster Vizebürgermeister war er wohnhaft im 7. Bezirk, Röttergasse 8.

²¹ Wiener Stadt- und Landesarchiv - Biographische Sammlung und Dokumentation (1).

²² Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916.

3.1.3. Franz Hoß²³

Zweiter Vizebürgermeister der Stadt Wien

(4.11.1866 - 12.8.1947)

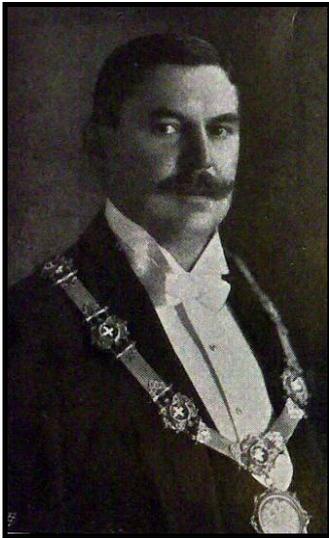


Abbildung 4: Franz Hoß²⁴

Franz Hoß wurde bereits 1893 als Kandidat der christlich-sozialen Partei in den Gemeinderat von Floridsdorf gewählt, bis 1904 war er auch Vizebürgermeister der Gemeinde. Er war maßgeblich an der Eingemeindung von Floridsdorf zu Wien im Jahr 1904 beteiligt und hatte sich dabei große Dienste erworben. 1905 wurde er aus dem 1. Wahlkörper in den Wiener Gemeinderat und in den Wiener Stadtrat gewählt. Im Jahr 1910 wurde er Vizebürgermeister und bis 1919 Stadtrat für Finanzen. Franz Hoß behielt das Amt des Vizebürgermeisters auch in der sozialdemokratisch geführten Gemeindeverwaltung bis 1932.

Franz Hoß wurden viele Ämter und Auszeichnungen zuteil, so war er Kommandeur des kgl. Bulgarischen St. Merander-Ordens, k.u.k. Leutnant in der Reserve der Landwehr, 1. Vorsitzender-Stellvertreter des k.u.k. Bezirksschulrates Wien (später Stadtschulrat von Wien), Obmann des Wiener Fortbildungsschulrates, wo er besonders in Floridsdorf rege Tätigkeit entfaltete.

Franz Hoß war zusätzlich Vorsitzender-Stellvertreter des Kuratoriums der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Mitglied des Aktionskomitees der Wiener freiwilligen

²³ Czeike 1994. S273.

²⁴ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916.

Rettungsgesellschaft und der Donauregulierungskommission als Ersatzmann, Kurator des Jubiläumsfonds für Werkstättengebäude und Volkswohnungen, Mitglied des Ringtheater-Kuratoriums und Verwaltungsrat der Lokalbahn Stammersdorf-Auersthal.

Seine offizielle Berufsbezeichnung als Vizebürgermeister war Haus- und Realitätenbesitzer. Er war während seiner Tätigkeit als Vizebürgermeister wohnhaft in Floridsdorf in der Bentheimstraße 8.

3.1.4. Josef Rain²⁵

Dritter Vizebürgermeister der Stadt Wien

(6.9.1867-24.6.1951)



Abbildung 5: Josef Rain²⁶

Josef Rain wurde aus dem ersten Wahlkörper des Bezirkes Josefstadt gewählt. Die Funktionsperiode dieses Wahlkörpers war eigentlich bis zum Jahr 1916 begrenzt und war daher auch Diskussionsthema in den Sitzungen der Wiener Obmänner-Konferenz, z.B. in der 37. Sitzung am 8. Februar 1916.

Josef Rain war so wie die anderen Mitglieder der Wiener Obmänner-Konferenz Besitzer von mehreren Auszeichnungen, so z.B. des kaiserlich-deutschen Erinnerungs-Zeichens für Verdienste um das Feuerlöschwesens.

²⁵ Wiener Stadt- und Landesarchiv - Biographische Sammlung und Dokumentation (3).

²⁶ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916.

Rains berufliche und gesellschaftliche Stellung wurde im Wiener Kommunalkalender mit Bürger und Realitätenbesitzer vermerkt. Er war außerdem Vorsitzender-Stellvertreter des Kuratoriums der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, beeideter Schätzmeister des Obersthofmarschall-Amtes Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät und Obmann der Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe sowie Mitbegründer der Genossenschaft „Vereinigte Eisfabriken und Kühlhallen in Wien“.

Während der Zusammenkunft der Wiener Obmänner-Konferenz war er wohnhaft im 8. Bezirk, Maria Treugasse 2.

Vizebürgermeister Josef Rain verstarb am 24. Juni 1951 nach kurzem Leiden. Der veröffentlichte Nachruf sprach davon, dass sein Leben von Hilfsbereitschaft, Verständnis und Güte geprägt war.

3.2. Mitglieder des Bürgerklubs in der Wiener Obmänner-Konferenz

3.2.1. Josef Leitner²⁷

(25.9.1860 - 19.10.1928)

Josef Leitner wurde am 25.9.1860 in Korneuburg geboren. Der gelernte Kaufmann war von 1895 bis 1919 Mitglied des Wiener Gemeinderates und in diesem auch als Schriftführer tätig. Er war Mitglied des 2. Wahlkörpers in Hernals, die Funktionsperiode dieses Wahlkörpers dauerte bis zum Jahr 1918.

Leitner war Kurator der Kaiser-Franz-Josef Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien und beruflich Manufakturwarenhändler. Während seiner Tätigkeit als Mitglied der Wiener Obmänner-Konferenz wohnte er im 17. Bezirk, in der Lobenhauergasse 28.

Er war außerdem elf Jahre lang Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag.

Josef Leitner verschied am 19.10.1928 nach langem, schweren Leiden in Wien.

3.2.2. Prof. Heinrich Schmid²⁸

(7.7.1855 - 24.5.1928)

Hofrat Prof. Heinrich Schmid wurde am 7.7.1855 in Waidhofen an der Ybbs geboren. Im Jahre 1900 wurde er für den 4. Wiener Gemeindebezirk in den Gemeinderat gewählt und verblieb dort bis 1923, von 1912 bis 1920 fungierte er auch als Stadtrat. In diesem Bereich hatte er hauptsächlich die Agenden für die Elektrizitätswirtschaft der Gemeinde über. Heinrich Schmid war außerdem in den Jahren 1907 bis 1911 Mitglied des österreichischen Reichsrats.

Heinrich Schmid war Mitglied des 2. Wahlkörpers in Wieden, die Funktionsperiode dauerte bis zum Jahr 1918. Während des Analysezeitraumes war er auch in seinem Wahlbezirk wohnhaft, in der Schaumburgergasse 20.

²⁷ Wiener Stadt- und Landesarchiv - Biographische Sammlung und Dokumentation (2).

²⁸ Wiener Stadt- und Landesarchiv - Biographische Sammlung und Dokumentation (4).

Heinrich Schmid war Professor an der Staatsgewerbeschule im Ruhestand sowie k.k. Regierungsrat. Er war außerdem Mitglied des niederösterreichischen Landesschulrates, Kuratoriumsmitglied des k.k. technologischen Gewerbemuseum und des technischen Museums, Ersatzmann der Donauregulierungskommission, Korrespondent der k.k. Zentralkommission für Kunst und historische Denkmäler und Präsident des Zweigvereines Wieden vom Roten Kreuz.

Am 24.5.1928 verstarb Hofrat Schmid, der laut Nachruf in der Wiener Zeitung „eine äußerst liebenswürdige, konziliante, vornehme Persönlichkeit war und den auch seine Gegner sehr wertschätzten“²⁹.

3.2.3. Leopold von Steiner³⁰

(18.10.1857 - 16.1.1927)

Leopold Steiner wurde in Prag geboren und übersiedelte später nach Wien. Von Steiner erlernte den Malerberuf und wurde während seiner Militärzeit an die bosnische Front geschickt. Als Vertreter des Gewerbes und der Weinbautreibenden war er Gemeinderat von Unter-Döbling. Von 1891 bis 1919 war er Gemeinderat aus dem 3. Wahlkörper im 19. Bezirk Döbling, seine Funktionsdauer hätte grundsätzlich bis zum Jahr 1920 dauern sollen. In den Jahren 1917 und 1918 war er auch Stadtrat. Leopold von Steiner war wohnhaft in Döbling, in der Grinzinger Allee 43.

Er war Obmann des Wiener Bürgerklubs im Gemeinderat und in dieser Funktion Mitglied der Wiener Obmänner-Konferenz. Leopold von Steiner war zusätzlich Oberkurator der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt, Mitglied der Kommission für Verkehrsanlagen, der Donauregulierungskommission und des Amtsvorstandes der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich.

Er war außerdem Präsident des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Niederösterreich und Präsident der k.k. amtlichen Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide.

Im Jahr 1906 wurde Leopold von Steiner geadelt. Er starb am 16. Jänner 1927 in Wien.

²⁹ Wiener Stadt- und Landesarchiv - Biographische Sammlung und Dokumentation (4).

³⁰ <http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/Abgeordnete/ZAbgS/Steiner.pdf>

3.3. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in der Wiener Obmänner-Konferenz

3.3.1. Jakob Reumann³¹

(31.12.1853 – 29.7.1925)



Abbildung 6: Jakob Reumann³²

Jakob Reumann wurde am 31.12.1853 in Wien-Margareten als Sohn einer aus Mödling stammenden Arbeiterin geboren. Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf und besuchte die Volksschule in Wien. Reumann arbeitete als Drechslerlehrling in einer Meerschäum-pfeifenfabrik und legte dort 1871 seine Gesellenprüfung ab. Er gründete die erste Gewerkschaft seines Berufes, den Fachverband der Drechsler, und war dort Obmann und leitender Redakteur des Fachblattes.

Jakob Reumann war Redakteur der Arbeiter-Zeitung. In dieser Funktion bzw. durch seine Verbindungen zur Arbeiterzeitung war er stets Ansprechpartner von Bürgermeister Weiskirchner bei kritischen Artikeln über die Arbeit der Gemeindeverwaltung.

Durch öffentliche Äußerungen zum Aufbau von gewerkschaftlichen Organisationen wurde Viktor Adler auf ihn aufmerksam und holte ihn von München nach Wien zurück.

³¹ Czeike 1995, S665 sowie <http://www.ropeswien.at/online/page.php?P=11324>.

³² Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1920.

Am Hainfelder Parteitag 1888/89 wurde Reumann zum ersten Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SDAP und führte am 1. Wiener Parteitag den Vorsitz.

Nach einem gemeinsam mit dem Parteikollegen Franz Schuhmeier entwickelten Kommunalprogramm trat er für die Errichtung leistbarer gesunder Wohnungen ein. Mit Hilfe der geänderten Wahlordnung, für die sich Jakob Reumann vehement einsetzte, gelang ihm am 31.5.1900 der Einzug in den 4. Wahlkörper des Wiener Gemeinderats, in welchem er danach Mitglied sein sollte.

In seiner Funktion als Klubobmann der sozialdemokratischen Klubs war er damit auch Mitglied der Wiener Obmännerkonferenz. Dem von Bürgermeister Weiskirchner 1917 umgestalteten Stadtrat gehörte Reumann als einziger Sozialdemokrat an.

Im provisorischen Gemeinderat 1918/19 war er einer der drei Vizebürgermeister und wurde schließlich am 22. Mai 1919 von dem am 4. Mai 1919 gewählten Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt. Er war damit direkter Nachfolger von Richard Weiskirchner.

Während seiner Tätigkeit als Wiener Bürgermeister von 1919 bis 1923 war Jakob Reumann Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung (21.10.1918–16.2.1919) sowie Mitglied des Bundesrates bis zu seinem Tod am 29.7.1925 in Klagenfurt (1.12.1920–29.7.1925). Als Mitglied des Bundesrates war er von 1.12.1920 bis 31.5.1921 sowie von 1.12.1924 bis 31.5.1925 dessen Vorsitzender.

In seine Zeit als Bürgermeister fielen vor allem die enormen Probleme nach dem Ende des 1. Weltkrieges hinsichtlich Lebensmittelversorgung und Kohlenvorräte und die Sanierung der Wirtschaft und Finanzen. Außerdem wurde mit 1. Jänner 1922 die Trennung Wiens von Niederösterreich realisiert sowie die Einführung der Wohnbausteuer vollzogen, mit der das erste städtische Wohnbauprogramm finanziert wurde. 1923 wurde Reumann zum Ehrenbürger von Wien ernannt.

Jakob Reumann starb am 29. Juli 1925 auf einem Wörthersee-Schiff in Klagenfurt bzw. während der Beförderung in das Krankenhaus.

3.3.2. Ferdinand Skaret³³

(9.9.1862 -3.1.1941)



Abbildung 7: Ferdinand Skaret³⁴

Ferdinand Skaret wurde in Iglau/Jihlava, Mähren geboren. Er besuchte die Volksschule und absolvierte danach eine Tischlerlehre. Er arbeitete ab 1880 als Tischler in Wien und trat in dieser Tätigkeit dem Fachverband der Tischler bei. Dort wurde er Gewerkschaftssekretär und Redakteur der „Tischler-Zeitung“.

Ferdinand Skaret begann seine Karriere als Sekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Wien. Er war erster Obmann des Konsumvereines "Vorwärts" in Wien, Mitglied des Wiener Gemeinderates von 1906 bis 1923, im Gemeinderat wurde er 1919 Klubvorsitzender. 1918 war Skaret kurzfristig Stadtrat.

Von 21.10.1918 bis 16.2.1919 war Ferdinand Skaret Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung und danach von 4.3.1919 bis 9.11.1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung. Er beendete seine eindrucksvolle politische Karriere als Abgeordneter zum Nationalrat, dem er während der ersten drei Gesetzgebungsperioden von 10.11.1920 bis 1.10.1930 angehörte.

Ferdinand Skaret gehörte der Exekutive der Sozialistischen Internationale an und übte internationale Gewerkschaftsfunktionen aus. Er war zusätzlich Reichsratsabgeordneter im Jahr 1907.

Ferdinand Skaret starb am 3.1.1941 in Wien.

³³ Czeike 1997, S238 sowie <http://www.landtag-noe.at/service/politik/LANDTAG/Abgeordnete/ZAbgS/Skaret.pdf>

³⁴ <http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=119610>

3.3.3. Georg Emmerling³⁵

(12.7.1870 - 12.12.1948)



Abbildung 8: Georg Emmerling³⁶

Georg Emmerling war als Vertreter der Herren Reumann und Skaret bei einigen Konferenzen anwesend, mit der Ernennung von Jakob Reumann zum Vizebürgermeister nahm er an der letzten Konferenz offiziell teil.

Emmerling wurde in Wien geboren und erlernte das Kunstdrechslerhandwerk. Er trat schon 1885 mit 15 Jahren dem Lese- und Fachverein der Drechsler sowie dem Arbeiterbildungsverein bei. Dort lernte er unter anderem Jakob Reumann kennen.

Nach seiner Lehrzeit lebte er einige Jahre im Ausland, dabei studierte er die französische und englische Sprache. Nach seiner Rückkehr nach Wien übernahm er das Geschäft seines Vaters. Danach wurde Emmerling Beamter der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse und im Jahr 1901 Geschäftsführer des Konsumvereines „Vorwärts“. Im gleichen Jahr wurde er auf Empfehlung von Viktor Adler Chefadministrator der Arbeiterzeitung und trug zu deren Aufschwung maßgeblich bei. An der Errichtung des Parteiheimes an der rechten Wienzeile war er führend beteiligt.

³⁵ Czeike 1993. S179f.

³⁶ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1920.

Im Jahr 1912 wurde Emmerling in den Gemeinderat gewählt. Er war dort Mitglied des 4. Wahlkörpers des 2. Bezirks Leopoldstadt, die Funktionsdauer reichte bis 1918.

1919 wurde er zum Vizebürgermeister gewählt, zuvor war er amtsführender Stadtrat für die städtischen Unternehmungen. Im Jahr 1934 wurde Emmerling aller seiner Ämter enthoben, eine schwere Kriegsverletzung in den letzten Kriegsjahren des 2. Weltkrieges verhinderte eine aktive Wiederteilnahme in der Kommunalpolitik.

Georg Emmerling starb am 12. Dezember 1948 in Wien.

3.3.4. Leopold Winarsky³⁷

(20.4.1873 – 22.11.1915)



Abbildung 9: Leopold Winarsky³⁸

Leopold Winarsky wurde am 20.4.1873 in Brunn im damaligen Mähren geboren. Er war nur sehr kurze Zeit in der Wiener Obmännerkonferenz tätig: Er nahm als Delegierter der sozialdemokratischen Partei an den ersten sechs Sitzungen der Konferenz teil, musste dann allerdings zum Kriegsdienst einrücken und wurde ab dem 29. September 1914 durch Gemeinderat Ferdinand Skaret ersetzt.

So konnte Leopold Winarsky seine politischen Überzeugungen und Visionen nicht in diesem wichtigen Gremium einbringen, seine einmalige Stellung in der Wiener Sozialdemokratie blieb aber unbestritten.

Leopold Winarsky starb am 22.11.1915 in Wien an den Folgen einer Hirnblutung, nachdem er am 20. November wegen eines Schlaganfalles in das Wiener Rudolfsplatzhospital eingeliefert worden war und das Bewusstsein nicht mehr wiedererlangte.

³⁷ Wolensky, Madeleine und Josef Vass.

³⁸ [http://www.wien.spoe.at/online/page.php?P=11095 /Bezirksmuseum Brigittenau.](http://www.wien.spoe.at/online/page.php?P=11095/Bezirksmuseum%20Brigittenau)

3.4. Mitglieder des Verbandes der freiheitlich-bürgerlichen Partei in der Wiener Obmänner-Konferenz

3.4.1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller von Jiskor³⁹

(14.8.1876 - 18.7.1932)

Dr. Schwarz-Hiller war wohnhaft im Bezirk Innere Stadt, in der Dominikanerbastei 1. Er war Mitglied des 1. Wahlkörpers für den Bezirk Leopoldstadt, seine Funktionsdauer als Gemeinderat hätte daher auch nur bis zum Jahr 1916 reichen sollen.

Rudolf Schwarz wurde als Sohn eines Kaufmannes am 14. August 1876 in Wien geboren, nach dem Besuch des Gymnasiums begann er das Studium der Rechtswissenschaften in Wien im Jahr 1894 und schloss dieses 1899 mit dem Dr. iuris ab. Danach absolvierte er seine Gerichtspraxis und arbeitete als Konzipient in einer Rechtsanwaltskanzlei. Um 1906 erfolgte die offizielle Namensänderung auf Schwarz-Hiller.

1907 unterstützte er die Kandidatur seines Freundes Julius Ofner bei den Reichsratswahlen und gründete den Freiheitlich-Sozialen Verein Leopoldstadt, dessen Obmann er schließlich wurde.

Ab dem Jahr 1906 führte Schwarz-Hiller seine eigene Kanzlei in Wien als Gerichts- und Hofadvokat, seine Klientel war vorwiegend aus der Wiener Kaufmannschaft. Nach erfolglosen Kandidaturen bei den niederösterreichischen Landtagswahlen 1908 und 1910 kam er als Mandatar der demokratischen Partei in den Wiener Gemeinderat und wurde 1914 zum Leiter der neu gegründeten „Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina“ bestellt, diese erfuhr 1915 eine Namensänderung in „Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge“.

Dr. Rudolf Schwarz-Hiller war Vorstandsmitglied der israelitischen Kultusgemeinde Wien und im Jahr 1916 Mitglied des österreichischen Zentralkomitees zur Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen der jüdischen Bevölkerung im östlichen Kriegsgebiet.

1917 wurde er vom Wiener Gemeinderat in die Leitung des Volksbekleidungsamtes gewählt und in das Aktionskomitee für das jüdische Kultus- und Erziehungswesen berufen.

³⁹ Österreichische Akademie der Wissenschaften 2005. S8.

Als Wiener Delegierter nahm er in den Jahren 1918/19 an den Verhandlungen mit der Entente über die Sicherung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung Wiens teil und saß von 1919 bis 1923 erneut im Gemeinderat für die vereinigten demokratischen Parteien Wiens. Kandidaturen für den Nationalrat 1920 und 1923 waren erfolglos, ebenso für die Jüdische Wahlgemeinschaft 1923.

Aus diesem Grund folgte der Rückzug aus der Politik. Dr. Ritter von Schwarz-Hiller wirkte aber weiterhin in wirtschaftlichen Gremien mit, so war er Verwaltungsrat der Wiener Messe AG oder ab 1926 Vorstandsmitglied des Verbandes reisender Kaufleute. Lange Zeit war Dr. Schwarz-Hiller Mitglied des Schieds- und Ehrengerichtes des Österreichischen Fachschriftstellerverbandes. Im Jahr 1917 wurde er in den Ritterstand erhoben.

Am 18. Juli 1932 starb Dr. Rudolf Ritter von Schwarz-Hiller in Wien.

3.4.2. Dr. Oskar Hein

(20.9.1863 - 22.3.1940)

Oskar Hein wurde in Wien geboren und war Doktor der Rechte. Er arbeitete als Hof- und Gerichtsadvokat und wohnte während seiner Tätigkeit in der Wiener Obmännerkonferenz im ersten Wiener Gemeindebezirk in der Gonzagagasse 1.

Er war Mitglied des 1. Wahlkörpers, Innere Stadt und seine ursprüngliche Funktionsdauer reichte bis zum Jahr 1916.

3.4.3. Dr. Alexander von Dorn-Marwalt⁴⁰

(9.2.1838 - 1.1.1919)

Der adelige Dr. Ritter von Dorn-Marwalt war Mitglied des 1. Wahlkörpers im Bezirk Alsergrund, seine Funktionsdauer wäre im Jahr 1916 beendet gewesen.

Er wurde am 9. Februar 1838 in Wiener Neustadt geboren und war als Leutnant in der Armee angestellt. In den Jahren 1864–68 war er im Handelsministerium angestellt. Im Jahr 1889 gründete er den „Volkswirtschaftlichen Verlag Alexander D.“, dessen Seniorchef er schließlich wurde.

⁴⁰ Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916.

Er war Ritter von Marwalt, Dr. der Rechte, hatte den Titel eines k.k. Kommerzialrat und war bekannter Schriftsteller mit Werken zur Marine oder zum Eisenbahnwesen. International war Dr. von Dorn sehr angesehen und etabliert, so war er Ehrenmitglied der Veteranenvereine in Triest und Görz, Ehrenmitglied des Cobdenklubs in London und der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin.

Neben seinen zahlreichen Funktionen und Ämtern war er korrespondierendes Mitglied der k.k. stat. Zentral-Kommission und des k.k. Handelsmuseums, Vize-Präsident der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Mitglied der Zentralleitung des Vereines „Freie Schule“, Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft, Vize-Präsident des Vereines der Freunde der Feuerbestattung „Die Flamme“ in Wien. Während seiner Funktion als Wiener Gemeinderat und Obmann der liberalen Partei war er wohnhaft im 9. Bezirk, in der Währingerstraße 16.

Bei den Bürgermeisterwahlen in Wien im Jahr 1912 ließ sich Dr. von Dorn neben Alexander Goltz und Jakob Reumann als Kandidat seiner Partei aufstellen.

Dr. Ritter von Dorn-Marwalt starb am 1.1.1919 in Wien.

3.5. Mitglied der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates in der Wiener Obmänner-Konferenz

3.5.1. Alexander Demeter Goltz⁴¹

(25.1.1857 – 14.5.1944)

Alexander Goltz war Akademischer Maler, Mitglied des Kriegspressequartiers und wohnhaft in der Praterstraße 33 im 2. Bezirk. Er war Mitglied des 2. Wahlkörpers seines Heimatbezirkes Leopoldstadt, seine Funktionsdauer reichte bis 1918.

Alexander Goltz wurde am 25.1.1857 in Püsköp-Ladany in Ungarn geboren und ging an die Akademie nach Wien, wo er ab 1892 dauerhaft lebte. In den Jahren 1904-1907 war er Ausstattungschef des Wiener Burgtheaters, in der Saison 1909/10 der Wiener Volksoper. Goltz versuchte sich in vielen künstlerischen Stilen und nahm an vielen Ausstellungen teil. Sein biographisches Vermächtnis lässt annehmen, dass Goltz die Kunst der Tätigkeit als Gemeinderat vorzog.

Wegen einer Studienreise nach Belgien im Jahr 1915 wurde Goltz als Vertreter der bürgerlich-freiheitlichen Partei in der Obmänner-Konferenz von Dr. von Dorn ersetzt. In der 21. Sitzung vom 14. Mai 1915 war er vorerst das letzte Mal zugegen.

Nach der Rückkehr von seiner Studienreise erregte Goltz Aufsehen mit seiner im Wiener Gemeinderat etablierten demokratischen Vereinigung, der Bürgermeister Weiskirchner aber die realpolitische Berechtigung absprach.

Weiskirchner meinte dazu,

dass er sich von einer so kleinen Gruppe nicht kommandieren lasse. Es sei eben der Fehler des Parlaments, dass, wenn drei Leute eine Gruppe bilden, sie ebenso behandelt werden wie die führenden Parteien. Wenn Herr Gemeinderat Stein eine Rede halten wolle, so möge er sie eben halten⁴².

⁴¹ Österreichische Akademie der Wissenschaften 1959. S29 sowie Thieme Ulrich und Fred. C. Willis. S348.

⁴² 95. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Juni 1918. S6.

4. Empirischer Abschnitt

4.1. Die Wiener Obmänner-Konferenz

Die Wiener Obmänner-Konferenz wurde durch eine vom damaligen Wiener Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner einberufene Versammlung am 28. Juli 1914 ins Leben gerufen. Notwendig wurde diese, da eine Beratung und Beschlussfassung in den mit dem Kriege zusammenhängenden dringenden Fragen nicht ratsam erschien, da das Prozedere zu unflexibel war. Den Vorsitz in der Obmänner-Konferenz, deren Beschlüsse immer einstimmig erfolgten, führte Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Die Sitzungen wurden zur Diskussion wichtiger Entscheidungen immer spontan abgehalten, „um den drängenden Forderungen des Tages mit der gebotenen Raschheit entsprechen zu können“⁴³.

So wurde die Obmänner-Konferenz zur ständigen Kriegsinstitution, in welcher Vertretern der Minorität Gelegenheit geboten wurde, „Einblick in die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung zu erhalten und mitzuwirken an der großen und verantwortungsvollen Aufgabe, der Wiener Bevölkerung das Durchhalten in den schweren Zeiten des Weltkrieges zu erleichtern“⁴⁴.

Außer dem Bürgermeister waren auch die Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer, Franz Hoß und Josef Rain ständige Mitglieder. Heinrich Hierhammer wurde ab dem 3. Dezember 1918, an welchem die Konstituierung des provisorischen Gemeinderates stattfand, durch Jakob Reumann als erster Vizebürgermeister ersetzt.

Außer dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern gehörten folgende Herren der Obmänner-Konferenz an:

Die Gemeinderäte Leopold von Steiner, Heinrich Schmid und Josef Leitner, die vom Bürgerklub des Wiener Gemeinderates delegiert wurden, die vom Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei delegierten Gemeinderäte Dr. Hein, Dr. Ritter von Dorn und Dr.

⁴³ Radler. S1.

⁴⁴ Radler. S1.

Ritter von Schwarz-Hiller sowie Jakob Reumann und Ferdinand Skaret vom Verband der sozialdemokratischen Partei. Die genaue Zusammensetzung der einzelnen Sitzungen hat sich über die Jahre mehrmals geändert, obige Personen allerdings waren hauptsächlich anwesend.

Nach Konstituierung des provisorischen Gemeinderates am 3. Dezember 1918 wurde vom Bürgerklub statt Gemeinderat Leopold von Steiner Gemeinderat Kunschak, vom Verband der sozialdemokratischen Partei an Stelle des zum Vizebürgermeister gewählten Jakob Reumann Gemeinderat Georg Emmerling in die Obmänner-Konferenz gewählt. Georg Emmerling war allerdings auch schon zuvor als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Konferenz zugegen.

Aus dieser Beschreibung der Zusammensetzung der handelnden Personen ergibt sich die detaillierte biographische Darstellung in Kapitel 3.

4.2. Anwendung bisheriger Theorie auf tatsächlichen Analysekörper

Eine essentielle Frage ist die praktische Anwendbarkeit der zuvor aufgestellten theoretischen Aussagen auf die Originalprotokolle.

Bei empirischen Arbeiten in der Elitenforschung beginnt die analytische Arbeit grundsätzlich bei der Abgrenzung und Identifizierung der Eliten. So muss zuerst geklärt werden, ob der Analysekörper – die Wiener Obmänner-Konferenz – überhaupt als Elite gesehen werden darf. Die meisten bisher veröffentlichten empirischen Studien auf diesem Gebiet arbeiten auf einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsebene. Die Wiener Obmänner-Konferenz ist dagegen ein Kollektiv, das auf einer unteren politischen Ebene arbeitet und dessen Handlungsspielraum sehr stark von übergeordneten Vorgaben abhängig ist.

In einer gesamtgesellschaftlichen Analyse wäre diese erste grobe Erkenntnis ein gravierendes Problem. In der vorliegenden Arbeit ist aber gerade diese Rückbindung an eine vorgesetzte Administration ein wichtiger Teil der Verhaltensmuster der Elitemitglie-

der und die Grundlage der Wahl des elitetheoretischen Ansatzes. So müssen sie ihre, und die Interessen ihrer Klientel entweder gegen die Vorgaben der Regierung wahrnehmen oder - als Teil ihrer Glaubwürdigkeit trotz einer eklatanten Abhängigkeit von dieser Regierung - diplomatisch aber bestimmt gegen unpopuläre Maßnahmen vorgehen. Diese Methoden sind erwartbar und nach Studium der Originalprotokolle eindeutig zu bestätigen.

Der gesamte Ablauf der Wiener Obmänner-Konferenzen ist über die Jahre hinweg gesehen in vier unscharf abgrenzbare inhaltliche Teile zu differenzieren.

So ist der erste Teil der Sitzungen von einem ersten Abtasten und teilweise Misstrauen der Parteien zueinander zu sehen. Dies ist verständlich, wurde die sozialdemokratische und die liberal-fortschrittliche Partei zum ersten Mal in Wien in die Verantwortung geholt und diese Übertragung der Kompetenzen vom Bürgermeister auch unmissverständlich klargemacht. In diesem ersten Teil lassen sich die Oppositionsparteien noch leicht durch politische Floskeln über eine Gefährdung der Autonomie der Gemeinde und eine mögliche Auflösung des Gemeinderates durch die Regierung in ihren Vorhaben einfangen und konditionieren.

Der auf dieses erste Abtasten folgende Teil wird durch produktive Zusammenarbeit gekennzeichnet. Die Parteien sind durch die Kriegswirren und die daraus resultierenden dringenden Entscheidungen zur Versorgung der Wiener Bevölkerung sehr konsensorientiert und kooperativ.

Ein dritter Teil ab dem Jahr 1915 wird durch eine aufkommende Unzufriedenheit mit dem realpolitischen Zustand charakterisiert. So versuchen die Sozialdemokraten nun mehrmals und eindringlicher eine reguläre Zusammenkunft des Gemeinderates zu erwirken, allfällige Drohungen des Bürgermeisters werden nun nicht mehr angenommen. Die liberale Partei unterstützt ihre Oppositionskollegen in dieser Hinsicht. Der Bürgermeister zeigt nun einen Schwenk in seiner Einstellung. Es ist nicht ganz klar zu sagen, ob dies durch eine reale Einschätzung der Situation oder aus reiner Berechnung geschieht. So ist er froh, seine Entscheidungen nicht nur durch die Mitglieder der Obmänner-Konferenz, sondern auch durch ein Votum des Gemeinderates stützen zu können.

In einem vierten Teil hat das nahende Ende des 1. Weltkrieges einen hohen Einfluss auf das Verhalten der Parteien. Sie versuchen sich für eine Zeit nach Kriegsende ins Spiel zu bringen und zukünftige Kompetenzen abzustecken. Die sozialdemokratische Partei, gestärkt durch einen nicht zu leugnenden positiven Trend im Wählerverhalten, handelt nun sehr stark und fordernd in den Sitzungen. Die liberal-fortschrittliche Partei will den erwarteten politischen Fall in die Bedeutungslosigkeit durch geschickte Aktionen so schmerzlos wie möglich gestalten.

4.3. Inhaltliche Analyse der Protokolle der Wiener Obmännerkonferenz

Die Originaldokumente der Protokolle der 112 Sitzungen liegen im Wiener Stadt- und Landesarchiv auf. Diese Protokolle wurden inhaltsanalytisch bearbeitet.

Durch die Analyse der Originalschriften sollen die parteipolitischen Grundpositionen und Kooperationsformen in der Wiener Obmänner-Konferenz und sowie resultierend die allgemeinen Inhalte dieser Konferenzen beschrieben werden.

Es wird versucht, aus den Protokollen bzw. den Wortmeldungen der einzelnen Personen für die Beantwortungen der genannten Forschungsfragen Argumente und Inhalte zu finden.

28. Juli 1914 - 1. Sitzung

In dieser ersten Sitzung der Wiener Obmänner-Konferenz hatte der amtierende Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner den Vorsitz. Als weitere Teilnehmer waren die Vizebürgermeister Franz Hoß und Josef Rain sowie der Gemeinderat Steiner für den Bürgerklub, die Gemeinderäte Goltz, Dr. Schwarz-Hiller und Dr. Löwenstein für die liberale Gruppe sowie die beiden Gemeinderäte Jakob Reumann und Leopold Winarsky für die sozialdemokratische Gruppe zugegen.

Dr. Richard Weiskirchner eröffnet die Konferenz und erklärt, dass er für den 29. Juli 1918 eine außerordentliche „Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ersten Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgespielt haben“⁴⁵, einberufen habe.

⁴⁵ Wiener Stadt- und Landesarchiv–Gemeinderat - 1. Wiener Obmänner-Konferenz vom 28. Juli 1914. S1.

Er behalte sich vor, in dieser öffentlichen Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens „zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten“⁴⁶.

Gemeinderat Goltz vom liberalen Klub erklärt dessen Teilnahme an der Kundgebung und verspricht, dass der liberale Klub den Bürgermeister mit allen Kräften unterstützen werde. Gemeinderat Reumann proklamiert, dass wegen der prinzipiellen Ablehnung des Krieges die Sozialdemokraten an dieser Kundgebung nicht teilnehmen wollen, Reumann bietet aber die Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei für die notwendigen Maßnahmen an.

Folgende allgemeine Inhalte wurden in der ersten Sitzung der Obmänner-Konferenz besprochen: Es wird der Vorschlag des Bürgermeisters unterstützt, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden für die Familien der Soldaten und Verwundeten zu schaffen. Daher soll der Bürgermeister mit dem Landmarschall von Niederösterreich, Prinz Liechtenstein, und dem Statthalter Freiherrn von Bienerth das Einvernehmen über die Organisation und Kontrolle herstellen. Mit Stimmeneinhelligkeit wird eine Spende der Gemeinde Wien von 50.000 Kronen an diese Zentralstelle genehmigt.

Ebenfalls werden die Zahlung von 100.000 Kronen an das Rote Kreuz und die Überweisung von 25.000 Kronen von Niederösterreich an die Zentralstelle als auch die Genehmigung eines Kredites von 1 Mio. Kronen für Reis und Mehl bestätigt. Die Gemeinde Wien will ebenso die Bewirtung von durchziehenden Truppen bezahlen.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller ersucht Bürgermeister Weiskirchner um Intervention bei der Finanz-Landes-Direktion, damit bei der Steuereinhebung mit „größter Milde vorgegangen werde“⁴⁷, der Bürgermeister möchte seiner Bitte entsprechen.

1. August 1914 - 2. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner beginnt mit Ausführungen über die Kriegsvorsorge. Die 1. Gruppe umfasst die Fürsorge für die Verwundeten und Kranken im Kriege, die 2. Gruppe gilt für Soldaten und Angehörige und obliegt für Wien und Niederösterreich der Zentral-

⁴⁶ Wiener Stadt- und Landesarchiv–Gemeinderat - 1. Wiener Obmänner-Konferenz vom 28. Juli 1914. S1.

⁴⁷ Wiener Stadt- und Landesarchiv–Gemeinderat - 1. Wiener Obmänner-Konferenz vom 28. Juli 1914. S3.

stelle für Soldaten und deren Familienangehörigen. Die 3. Gruppe sorgt für die Kombattanten im Krieg durch das vom Kriegsministerium errichtete Kriegsfürsorgeamt. Bürgermeister Weiskirchner bittet die Konferenz um einen Kredit von 5 Mio. für Lebensmittel, dieser Bitte wird einstimmig entsprochen.

Bezüglich der Bitte von Gemeinderat Schwarz-Hiller um Milde bei der Steuereintreibung wurde bereits alles positiv erledigt.

Gemeinderat Reumann bittet, dass auf den en gros Märkten auch im Kleinen verkauft werden soll dürfe, da die Kleinhändler oft mit einzelnen Waren ungenügend versehen, diese auf dem Großmarkt aber vorhanden seien. Gemeinderat Leitner vom Bürgerklub legt in dieser Angelegenheit sofort ein Veto ein, da er die Existenz von tausenden Kleinhändlern gefährdet sieht. Weiskirchner möchte sich in dieser Sache noch nicht festlegen, sondern erst mit dem Magistratsdirektor diskutieren. Es wird beschlossen, dass die Notierung der Preise strengstens überwacht werden soll.

Auch die Familien der einberufenen Ungarn sollen durch die Zentralstelle unterstützt werden.

12. August 1914 – 3. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner trägt vor, dass die Versorgung Wiens gut aufrechterhalten worden sei und die Preistreibereien auf den Märkten aufgehört hätten. Er diskutiert grundsätzliche Fragen des Getreidenachschubs und schlägt als Lösung eine Wiener Mühle ausschließlich für den Wiener Konsum vor.

Gemeinderat Winarsky meldet sich zu Wort, da er keinen Export von Arbeitern auf das Land möchte. Er versichert auf die Arbeiterschaft einzuwirken, dass sie nicht unerfüllbare Forderungen stelle. Er berichtet, dass einzelne Firmen Wohltaten auf Kosten der armen Bevölkerung ausüben würden und dass die Arbeitslosigkeit bereits einen erschreckend hohen Umfang angenommen habe. Gemeinderat Steiner teilt die Sorge um die steigende Arbeitslosigkeit, Dr. Schwarz-Hiller hat ebenso Bedenken wegen der höher qualifizierten Arbeiter.

Gemeinderat Winarsky bittet den Bürgermeister, den allgemeinen Tätigkeitsdrang einzudämmen, da viele Arbeiten von Damen aus der Gesellschaft und Gymnasiasten durchgeführt würden. Diese würden den Arbeitslosen schaden und denken dabei Gutes zu tun.

Gemeinderat Reumann möchte die Vorräte erhoben und den Stand veröffentlicht sehen. Dieser Bitte will der Bürgermeister nicht entsprechen.

In dieser Sitzung meldet sich auch erstmals Vizebürgermeister Franz Hoß zu Wort, er ergreift Partei für die Hausbesitzer, die durch ausbleibende Zinszahlungen der Mieter ebenfalls in finanzielle Bedrängnis kommen könnten. Er bittet daher, dass das Finanzministerium auch die Hauszinssteuer stunden solle, wenn Mieter keinen Zins bezahlen sollten.

Der Bürgermeister wird von der Obmännerkonferenz ermächtigt, wegen der Aufhebung der Getreidezölle, der Bevorschussung von eingelagertem Getreide und en gros Maximaltarifen in Abstimmung mit der Militärbehörde bei der Regierung vorstellig zu werden.

19. August 1914 - 4. Sitzung

Weiskirchner erörtert die Erfolge seit der letzten Sitzung. So fahren die Lokalbahnen wieder nach St. Pölten. Eine öffentliche Kundmachung an die Hausbesitzer hat er unterlassen, da die Sache durch friedensrichterliche Intervention bereits erledigt war. Er erzählt von seinem energischen Entgegenreten gegen die Pläne der Regierung, die Schüler für andere Arbeiten einzuteilen. Er meint, dass die Schule planmäßig beginnen müsse. Auch wenn nicht lehrplangemäß unterrichtet werden könne, so müsse der durch „die Kriegsverhältnisse auftretenden Verrohung“⁴⁸ entgegengewirkt werden. Auf Aufforderung von Weiskirchner soll Gemeinderat Schmid beim Landesschulrate bezüglich eines planmäßigen Schulstarts intervenieren.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller ersucht Bürgermeister Weiskirchner sich für die Wiederöffnung von an der Bahn liegenden und nur aus diesem Grund gesperrten Kohlen-geschäfte und Lager einzusetzen. Weiskirchner möchte dieser Bitte nur begrenzt entsprechen.

Dr. Schwarz-Hiller möchte bezüglich der ungarischen Staatsbürger einen Sesshaftigkeitsnachweis fordern, einige müssten abgeschoben werden, denn „in den Kaffeehäusern werde bereits sehr viel Hasard gespielt“⁴⁹. Außerdem soll das Stadtphysikat mit der Militärverwaltung Einvernehmen herstellen, um Impfstoffe zu bekommen.

⁴⁸ 4. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. August 1914. S2.

⁴⁹ 4. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. August 1914. S4.

Es wird keine Obdachlosigkeit befürchtet, da die Leute keinen Zins zahlen werden und die Delogierungen nicht durchführbar sind.

Es kommt die allgemeine Frage auf, wie der Status der aus Galizien stammenden Juden ist, die rituell getraut sind. Bürgermeister Weiskirchner erklärt, dass kein Unterstützungsanspruch gewährt wird, da dies nach der geltenden Rechtsanschauung ungesetzlich wäre.

Gemeinderat Winarsky bittet um eine schnellere Erledigung der Gesuche um Unterstützung bei der Stadthalterei. Die Bewohner aus den Arbeiterbezirken würden klagen, weil die Abwicklung zu langsam vor sich ginge. Weiskirchner verspricht eine prompte Erledigung. Es wird ebenso vereinbart, dass es für die Magistratsabteilungen Instruktionen für den Umgang mit den Gesuchstellern geben solle.

Gemeinderat Winarsky spricht auch das Problem der ungarischen Staatsbürger an, die seit jungen Jahren in Wien wohnen, aber nicht das Heimatrecht erwerben können und auch in Ungarn ihre Staatsbürgerschaft verloren hätten. Es wird vereinbart, dass nur bereits vor dem 1. Juli 1914 in Wien wohnhafte Ungarn Anspruch auf Unterstützung hätten, um jene, die nur wegen der Unterstützung nach Wien kamen, auszugrenzen. Dieser Vorschlag wird von allen Vertretern einstimmig angenommen.

Gemeinderat Winarsky ist ebenso einverstanden, dass Österreicher aus Feindländern in ihre Heimatgemeinden abgeschoben werden, der von Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller vorgeschlagenen Abschiebung von Arbeitslosen werde er nicht beistimmen.

Dr. Schwarz-Hiller entgegnet, er wolle nur unter Zuhilfenahme des Strafregisters die gefährlichen Personen, wie zum Beispiel ungarische Taschendiebe, abschieben.

Weiskirchner präsentiert ein Programm zur Arbeitslosigkeitssenkung, das zum Beispiel den Bau von Heizanlagen, Wasserleitungsanlagen und der Wienflusseinwölbung vorsieht. Weiskirchner erklärt, dass alle Maßnahmen ca. 30 Mio. Kronen ausmachen würden und daher die Gemeindereserven nicht ausreichend wären. Er hätte aber bereits mit der österreichisch-ungarischen Bank und Postsparkasse Verhandlungen aufgenommen. Gemeinderat Reumann dankt Weiskirchner für seine Maßnahmen.

Gemeinderat Winarsky bringt Beschwerden vor, dass in den städtischen Elektrizitätswerken täglich eine unbezahlte Überstunde zu machen wäre. Er berichtet weiter, dass im

Straßenbahnhof 16 Bewerber gefragt worden wären, ob sie eine Empfehlung von christlich-sozialen Gemeinderäten hätten. Weiskirchner sagt in beiden Fällen Abhilfe und Klärung zu.

7. September 1914 - 5. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner berichtet über die Anzahl der Spitalsbetten und lässt über die Maßnahme abstimmen, Pfleglinge unter Erhöhung der Erhaltungsbeiträge in ihre Familien zu entlassen. Dieser Vorschlag wird mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Er gibt Stellung zu den Notstandsarbeiten und erklärt, durch Ankäufe für die Armenlotterie das Kunst- und ähnliche Gewerbe unterstützen zu wollen.

Die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche würde bereits besser funktionieren. Die Behandlung der Ungarn und Reichsdeutschen sei geregelt.

Bei der Straßenbahn werden neue Mitarbeiter geschult, Pensionisten wurden bereits statt der Einberufenen in Verwendung genommen und durch neue Angestellte sukzessive ergänzt. Die von Gemeinderat Winarsky ausgesprochene Behauptung bezüglich der politisch gefärbten Empfehlungsschreiben konnte nicht nachvollzogen werden.

Winarsky möchte eine Verlängerung des Nachtbetriebes, Leitner und Rain sprechen sich dagegen aus. Gemeinderat Reumann meint, dass vor allem die in der Peripherie wohnende Bevölkerung unter dieser Einschränkung zu leiden habe. Bürgermeister Weiskirchner entgegnet, er habe sich persönlich davon überzeugt, dass ab 9 Uhr keine nennenswerte Frequenz vorhanden sei.

Um Kohle zu sparen, sei eine Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung angedacht. Reumann möchte ein plangemäßes Vorgehen, so seien in den Vororten bereits vermehrt Einbrüche wegen der bereits reduzierten Beleuchtung aufgetreten. Weiskirchner meint, nur dort, wo Gas und Bogenlicht vorkämen, könne reduziert werden.

Die Mieterproblematik wird gelöst, Schwarz-Hiller dankt dafür.

Rain und Dr. Hein bemerken, dass viele Hausbesitzer ebenfalls in Not geraten sind und daher auch deren Standpunkt zu berücksichtigen ist.

Gemeinderat Reumann fragt, ob die Gewährung der Aushilfen Einfluss auf die politischen Rechte der Betroffenen habe, Weiskirchner verneint dies. Das Wahlrecht geht nicht verloren, ein Dekret wurde erstellt.

19. September 1914 - 6. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner erklärt, dass die vor den Ferien erfolgte Ermächtigung zur Erledigung der Kompetenzen des Gemeinderats im Stadtrat erloschen sei.

Daher wolle er in der Obmänner-Konferenz diese Angelegenheit diskutieren, außerdem habe er eine Gemeinderatssitzung einberufen, um alle in der Zwischenzeit verfügten Maßnahmen und Beschlüsse zu ratihabieren und eine neue Ermächtigung einzuholen, in derselben Weise wie bisher die Gemeindegeschäfte fortführen zu dürfen.

Die Ratihabition umfasst folgende drei Gruppen:

1. Die Gegenstände der kurrenten Verwaltung, die gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates durch den Stadtrat erledigt wurden.
2. Die Genehmigung jener Stadtratsbeschlüsse, welche im Plenum eine qualifizierte Mehrheit erfordern.
3. Alle Maßnahmen, die durch die Kriegslage verursacht worden sind.

Alle im Verzeichnis A zusammengestellten Verfügungen des Bürgermeisters und Beschlüsse des Stadtrates anlässlich des Krieges werden nachträglich genehmigt. Für die Dauer des Kriegszustandes wird der Bürgermeister ermächtigt, alle in der Gemeinderatsverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken⁵⁰.

Damit die Gemeindeverwaltung weiter funktioniert, werde er in der nächsten Gemeinderatssitzung obige Anträge stellen:

Die Obmänner-Konferenz werde wie bisher weiterbestehen, er werde alle durch den Krieg notwendigen Verfügungen, sowie alle an den Gemeinderat gehenden Agenden der Obmännerkonferenz vorlegen. Durch die Institution der Obmänner-Konferenz werde die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters entlastet und den Mitgliedern der Opposition die Gelegenheit geboten, Kontrolle zu üben und ihren Klubgenossen über die Tätigkeit der Gemeinde Mitteilung zu machen⁵¹.

Gemeinderat Reumann erklärt, dass sein Klub den Anträgen des Bürgermeisters debattelos zustimme. Gemeinderat Dr. Hein möchte den Vermerk „ohne Präjudiz“⁵² anfügen, sein Klub würde aber sonst grundsätzlich zustimmen. Er hält die Vorgangsweise des Bürgermeisters mit dem Gemeindestatut nicht vereinbar. Außerdem möchte er, dass in

⁵⁰ 6. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. September 1914. S2.

⁵¹ 6. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. September 1914. S2.

⁵² 6. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. September 1914. S2.

diesem Falle ein Mehrheitsbeschluss ausgeschlossen sei und Verfügungen nur auf Grund eines einmütigen Beschlusses möglich seien.

Bürgermeister Weiskirchner sieht durch diesen Antrag die Autonomie der Gemeinde gefährdet, diese möchte er aber auf jeden Fall aufrechterhalten. Er hält die Worte „ohne Präjudiz“ für obsolet, da bereits Klarheit durch die Formulierung „für die Dauer des Krieges“⁵³ vorhanden sei. Er möchte solcherlei Andeutungen im Plenum nicht mehr hören. Er selbst wird im Plenum und in der Regierung die Vorgangsweise erklären und erwartet sich hohe Zustimmung. Gemeinderat Steiner wünscht ebenfalls eine Autonomie der Gemeinde und hält Interpretationen des Gemeindestatutes für entbehrlich.

Dr. Hein fühlt sich missverstanden. Er versichert die Einstimmigkeit seines Klubs um die Autorität des Bürgermeisters zu stärken und betont, dass es im Krieg keine Parteienunterschiede gäbe. Danach werden die Anträge des Bürgermeisters einstimmig angenommen.

Nach diesen kurzen Turbulenzen werden ausführlich Legitimationsprobleme der Flüchtlinge besprochen und die Notwendigkeit die galizischen Flüchtlinge aus sanitären Gründen zu konzentrieren. Mit der Leitung der Fürsorgestelle hat Weiskirchner Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller betraut. Dieser berichtet von seinen Erfahrungen mit Flüchtlingen und den akuten logistischen, sanitären und finanziellen Problemen und ist dem Bürgermeister für seinen Einsatz und sein Entgegenkommen sehr dankbar.

Gemeinderat Reumann möchte eine große Menge an Hasen ankaufen, außerdem bittet er den Bürgermeister hinsichtlich der Beschaffung von Wolle aus Triest und Holland zu intervenieren.

29. September 1914 - 7. Sitzung

Ab dieser Konferenz wird Gemeinderat Skaret den zum Kriegsdienst eingerückten Gemeinderat Winarsky ersetzen.

Weiskirchner präsentiert Zahlen zur Erledigung der Ansuchen und liefert Fakten zur Auspeiseaktion. Reumann möchte auch im 12. Bezirk eine eigene Ausgabestelle; Weiskirchner sagt zu, die Mitglieder der Konferenz mögen ähnliche Wünsche bekanntgeben.

⁵³ 6. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. September 1914. S3.

Bürgermeister Weiskirchner teilt mit, dass er sowie die Herren Steiner, Reumann und Dr. Hein beim Minister-Präsidenten in folgenden Themen vorsprechen werden:

Aufhebung der Getreidezölle, Festsetzung von Maximalpreisen für Getreide und Mahllohn des Getreides, die Einfuhr von argentinischem Rindfleisch, die Aufhebung der Verzehrungssteuer auf Wild und Fische, die Kohlenfrage, die Behandlung der galizischen Flüchtlinge und die Bekämpfung der Seuchengefahr⁵⁴.

Leitner möchte auch die Frage der Aufhebung des Zolls auf Petroleum diskutiert wissen, worauf Weiskirchner einwilligt.

Danach wird die Tagesordnung abgearbeitet: Weiskirchner ist gegen die Reduzierung der Beleuchtung, da nur sehr geringe Ersparnisse auftreten würden und die Nachteile überwiegen.

Großes Diskussionspotential bietet auch wieder die Frage der Seucheneinschleppung durch Kriegsflüchtlinge. Weiskirchner bedauert, bezüglich der Militärverwaltung als Zivilverwaltung machtlos zu sein, da die „Militärtransportverwaltung tue, was sie wolle“⁵⁵.

Gemeinderat Reumann erklärt, in das engere Komitee des Arbeitslosenfürsorgefonds gewählt worden zu sein. Dieser Fond soll zur Unterstützung kleiner Betriebe sowie zur Unterstützung der Armen-Unterstützungsfonds verwendet werden. Der Fond soll von unfallversicherungspflichtigen Unternehmen gespeist werden. Gemeinderat Steiner tritt vehement für die Unternehmer ein, die Belastung derer müsse endlich ein Ende haben.

Gemeinderat Goltz interveniert für die Künstler und Privatgelehrten, die durch den Krieg keine Betätigung mehr finden. Den Künstlern solle mit kleinen Aufträgen geholfen werden. Weiskirchner unterstreicht, dass ihm bereits ein Angebot gemacht worden sei, Bilder durch die Gemeinde zu beehren - das ginge aber dann doch über die Aufgaben der Gemeindeverwaltung hinaus. Es soll ein Berufskomitee entstehen, das subventioniert werden kann.

Reumann erklärt sich mit dem Plan, keine Kränze zu Allerheiligen zu kaufen und stattdessen dem Roten Kreuz zu spenden, nicht einverstanden, da dadurch vielen erwerbslosen Frauen und Mädchen eine Verdienstmöglichkeit entzogen würde. Weiskirchner stimmt zu und möchte eine Mitteilung an die Zeitungen schicken.

⁵⁴ 7. Wiener Obmänner-Konferenz vom 29. September 1914. S3.

⁵⁵ 7. Wiener Obmänner-Konferenz vom 29. September 1914. S8.

14. Oktober 1914 - 8. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner diskutiert die Problematik der grundlegend falschen Nachrichten über die wirtschaftliche Lage der Stadt Wien, die in vielen Zeitungen des Auslandes falsch dargestellt wird.

Es soll daher ein wöchentliches Bulletin über den wirtschaftlichen Stand Wiens an alle größeren Städte Deutschlands und die neutralen Staaten, an die k.u.k. Missionen und k.u.k. österreichisch-ungarischen Konsularvertretungen in auswärtigen Staaten, an das diplomatische Korps am Hofe und an die auswärtigen Konsularvertretungen in Wien übermittelt werden. Die Konferenz ist damit einverstanden.

Danach wird die Diskussion um die dringendsten wirtschaftlichen und sanitären Notlagen begonnen. Bürgermeister Weiskirchner bespricht die immer virulenter werdende Kohlenfrage. Er richtet an die Vertreter der Sozialdemokratie das Ansuchen, bei Notwendigkeit das Einverständnis der Arbeitnehmerorganisationen einzuholen, Überstunden einzulegen. Dadurch solle ein größerer Vorrat geschaffen werden, um für schwierige Zeiten gerüstet zu sein. Es hieße, dass die Arbeiter die Überstundenleistung ablehnen. Reumann verspricht, sich in dieser Angelegenheit zu informieren.

Gemeinderat Steiner regt an, auf die Regierung Druck auszuüben, die galizischen Flüchtlinge nicht in Wien zu belassen, sondern zur Rückkehr in ihre Heimat zu zwingen. Weiskirchner entgegnet, bereits interveniert zu haben, es sei eine Verordnung in Arbeit.

Dr. Weiskirchner berichtet von der Durchführung einer Vereinbarung mit dem Militärkommando bezüglich Gratisfahrten mit den städtischen Straßenbahnen.

Gemeinderat Goltz interveniert wieder für die Künstler. Laut Weiskirchner ist in dieser Angelegenheit noch nichts passiert, da noch keiner vom Berufskomitee bei ihm vorgesprochen habe. Rain berichtet von der Unterstützung des Kunstgewerbes durch Einkäufe für die Armen-Lotterie, um den Geschäftsinhabern den Novemberzins zu ermöglichen. Steiner überlegt ein Preisausschreiben für Kriegserinnerungszeichen, das würde in der Vorweihnachtszeit den Kunstgewerbetreibenden helfen.

Der Magistratsdirektor berichtet von einem Protest der Bezirksvertretung Leopoldstadt gegen einen Aufruf der „Arbeiterzeitung am Abend“ zum Schutz der Soldatenfrauen vor Obdachlosigkeit. Gemeinderat Reumann verteidigt den Aufruf als mit den Gesetzen im

Einklang stehend und erwähnt die Rechtsschutzabteilung der sozialdemokratischen Partei. Diese wirkt auf die Leute dahingehend ein, sich kleinere Wohnungen zu nehmen. Dr. Hein interveniert hier wieder für die Hausbesitzer, die er ebenfalls für schützenswert hält.

17. November 1914 – 9. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner erörtert, dass der Stadtrat bezüglich der Festsetzung von Lebensmittelpreisen dem Minister-Präsidenten eine Resolution übergeben, die Regierung aber in dieser Sache leider komplett versagt habe.

Reumann regt an, die Obmännerkonferenz solle mittels Beschluss ihr Bedauern in dieser Sache aussprechen, Dr. Hein schließt sich an.

Die Resolution wird mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen und lautet wie folgt:

Die Obmänner-Konferenz stellt vor allem fest, dass seitens der Wiener Gemeindevertretung bei der k.k. Regierung alle Schritte wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffeln rechtzeitig unternommen worden sind.

Die Obmänner-Konferenz bedauert einmütig die Schwäche und Hilflosigkeit der k.k. Regierung bei der Lösung für die gesamte Bevölkerung höchst wichtigen Frage und erklärt die k.k. Regierung für alle aus ihrem Versäumnis eintretenden schweren Folgen verantwortlich.

Die Obmänner-Konferenz fordert neuerdings und mit allem Nachdrucke die Festsetzung einheitlicher Höchstpreise für Getreide, Mehl und Kartoffeln für das gesamte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie⁵⁶.

Danach wird die Kohle-Problematik erörtert, die Konferenz beschließt Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung.

Reumann hat sich wegen der angeblichen Überstundenverweigerung der Arbeiterorganisationen in den Kohlewerken erkundigt und kann dies nicht bestätigen. Der Mangel sei alleine auf fehlende Beistellung von Waggons zurückzuführen.

Gemeinderat Goltz bedankt sich namens des Künstler-Fürsorge-Komitees für die bewilligte Subvention.

⁵⁶ 9. Wiener Obmänner-Konferenz vom 17. November 1914. S3.

1. Dezember 1914 – 10. Sitzung

Bei der stattfindenden Diskussion um die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge führt Reumann aus, dass arbeitenden Frauen wie Zeitungsausdrägerinnen oder Hausmeisterinnen vom Magistrat ein ungünstiger Rat bezüglich der Rückgabe ihres Gewerbescheines erteilt wurde. Er findet diese Entwicklung bedauerlich, da dadurch „die Leute direkt zum Müßiggang gezwungen würden“⁵⁷.

Gemeinderat Skaret ergänzt, dass auch Frauen, die sich zur Strickarbeit beworben haben, der Unterhalt gestrichen wurde. Er ersucht den Bürgermeister um Abhilfe in dieser Sache. Weiskirchner bittet um eine genaue Bekanntgabe der Fälle.

Vizebürgermeister Hoß merkt an, dass er persönlich in zahlreichen Fällen mit Erfolg interveniert habe, es habe sich allerdings stets herausgestellt, „dass die Organe im Interesse der Partei vorgegangen seien“⁵⁸.

Weiskirchner präsentiert eine kaiserliche Verordnung bezüglich der Festsetzung der Höchstpreise für Mehl und Getreide, hält aber diese insgesamt für „ganz unzulänglich“⁵⁹ und möchte eine Stellungnahme zu deren Verbesserung.

Die Diskussion um Mehlpreise wird emotional geführt. Weiskirchner möchte der Regierung eine Resolution unterbreiten, in welcher die Konferenz ihrem tiefen Bedauern Ausdruck gibt, da diese Verordnung der Bevölkerung mehr schaden als nützen würde.

Gemeinderat Skaret möchte die Problematik im Gemeinderat in öffentlicher Sitzung diskutiert wissen, Weiskirchner meint, „dass bei aller Zurückhaltung in der Debatte der Gemeinderat durch eine derartige Beratung gefährdet sei; auch wäre die Wirkung einer solchen Debatte nach außen hin keine günstige“⁶⁰.

Dr. Schwarz-Hiller bringt ein Problem der Hausbesitzer bezüglich unentgeltlicher Überlassung leerer Lokale an Gewerbetreibende auf das Tapet.

11. Dezember 1914 – 11. Sitzung

Alle Bemühungen, Höchstpreise für Hasen festzulegen, sind gescheitert. Auch die Preise für Gänse werden von Gemeinderat Skaret kritisiert. Da die meisten Gänse aus Ungarn

⁵⁷ 10. Wiener Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1914. S2.

⁵⁸ 10. Wiener Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1914. S3.

⁵⁹ 10. Wiener Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1914. S4.

⁶⁰ 10. Wiener Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1914. S8.

kommen, soll das Einverständnis mit Ungarn hergestellt werden. Dr. Hein entgegnet skeptisch, dass mit Ungarn in dieser Sache nichts zu erreichen sei.

Es werden logistische Probleme bezüglich der Kohlelieferung diskutiert, das Kriegsministerium werde mit Ochsespannen aushelfen. Gemeinderat Leitner möchte, dass auch Industriellen, die wegen Kohlemangels ihren Betrieb einstellen mussten, Wagen zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinderat Skaret sieht in der fürchterlichen Kohlennot Spekulationsabsichten der Großhändler, ebenso fehlen Kutscher und Lademannschaften.

17. Dezember 1914 - 12. Sitzung

Die Höchstpreise von Mehl stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Der Vorwurf, dass die Preise an der Börse gedrückt wurden und bessere Sorten gar nicht miteinbezogen wurden und dadurch z. B. die Höchstpreise für Weizen sogar niedriger sind als in Budapest, steht im Raum. Die Regierung sollte im Sinne einer besseren Mehlversorgung höhere Mehlpreise befürworten. Aufgrund des nahenden Risikos einer Unterversorgung sei es Aufgabe der Gemeinde, vehementen Protest einzulegen. Sowohl Gemeinderat Reumann als auch Gemeinderat Hein stimmen zu, aber ergänzen, dass die einzige Möglichkeit der Gemeinde darin bestehe, eine einheitliche Fixierung des Höchstpreises zu fordern.

Gemeinderat Leitner informiert, dass die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute ankündigt, den Mehlhandel auszuschalten, weil keine Chance bestehe, Mehl zu erhalten. Eine Feststellung der Höchstpreise für Wien, in der die Frachtdifferenz und ein winziger Zwischengewinn für die Großhändler enthalten seien, sollte verfolgt werden.

Leitner drängt auf ein dringendes Handeln, da es ansonsten in Wien aufgrund des Mehlmangels bald zu Ausschreitungen kommen könnte. Schmid will einen vehementen und eindeutigen Protest. Er ist nicht mit Reumann einer Meinung, der für eine gewisse Einheit zwischen den österreichischen und ungarischen Höchstpreisen eintritt. Dr. von Dorn ist für eine Intervention der Regierung in Ungarn, die eine dortige Änderung der Höchstpreise sicherstellen soll.

Gemeinderat Skaret sieht keine einvernehmliche Lösung mit Ungarn, sondern verlangt von der Regierung eine innerstaatliche Lösung der Krise. Weiters würde er eine Besprechung dieser Thematik in einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung gutheißen.

Bürgermeister Weiskirchner lehnt diesen Vorstoß ab, da er dadurch die Autonomie der Gemeinde gefährdet sieht.

Basierend auf einem Vorschlag von Vizebürgermeister Hoß, der von Gemeinderat Steiner unterstützt wird, wird eine Resolution an den Ministerpräsidenten verfasst: Die k.k. Regierung wird um schleunigste Maßnahmen ersucht. Die Forderung vom 3. Dezember 1914 wird unterstrichen.

Die Konferenz ist sich einig, dass über Höchstpreise im Detailhandel erst zu einem späteren Zeitpunkt nachgedacht werden soll.

Die Konferenz beschließt eine Beratung des Rechnungsabschlusses für 1913 zu einem späteren Zeitpunkt.

Vizebürgermeister Hoß ersucht um die Genehmigung der Subventionsansuchen durch die Stadtratsanträge. Hein, als Vertreter seines Klubs, stimmt pauschal zu; dies sei aber nicht als Zustimmung für alle weiteren Jahre zu sehen. In gleicher Weise stimmt Gemeinderat Skaret von den Sozialdemokraten zu. Die Konferenz bestätigt die Subventionsanträge.

Weiskirchner lobt die Wiener Kriegsfürsorge über alle Maßen und betont die Stärke seiner Partei.

8. Jänner 1915 – 13. Sitzung

Die am 6. Jänner in den Zeitungen gedruckte Stellungnahme der Regierung bezüglich der Höchstpreise für Mehl und Getreide wird besprochen. Ein gehässiger Unterton gegen die Arbeit der Gemeinde wird von Weiskirchner angesprochen. Der Gemeinde Wien wurden 145 Tonnen Mehl aus der österreichischen Staatsverwaltung in Ungarn versprochen. Die Regierung weigert sich trotz intensiver Diskussion mit der Gemeindevertretung noch immer an eine Mehlnapheit in Wien zu glauben.

Weiskirchner verliest einen Erlass des k.u.k. Kriegsministeriums vom 22.12.1914, der sich um die Erhaltung der Getreidevorräte durch die Armee dreht. Es scheint, als sollten die Gemeinden in Niederösterreich ihren Beitrag leisten. Weiskirchner sieht dies als „Attentat auf die Zivilbevölkerung“⁶¹.

Leitner berichtet über seine Vorsprache in der Statthaltereirei. In Wien sei die Situation mittlerweile prekär, die Wiener Bevölkerung glaube an ein Zurückhalten des Mehls, aber die Regierung will kein Mehl gestatten.

⁶¹ 13. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Jänner 1915. S6.

Laut Weiskirchner sollten die eisernen Getreidevorräte der Gemeinde für eine äußerste Not aufgehoben werden. Zur Erfassung von Getreide- und Mehlvorräten habe er bereits Agenten nach Budapest und Mähren gesandt, jedoch noch keine Antwort erhalten.

Sämtliche Versuche seinerseits an Mehl zu gelangen seien fehlgeschlagen. Er findet es seltsam, dass die Heeresverwaltung bis dato nur in Österreich aber nicht in Ungarn requiriert habe. Leitner und Reumann stimmen zu, dass die eisernen Vorräte noch zurückgehalten werden sollen.

Hein argumentiert, dass die Regierung nicht wie damals im Gespräch besprochen handle – sondern genau konträr. Es wurden tatsächliche Militärvorräte versprochen. Alle Teilnehmer der Konferenz sind für die Publikation des Berichtes des Bürgermeisters im Amtsblatt.

Steiner referiert über die rücksichtslose Anwendung des Kriegsdienstleistungsgesetzes in Bezug auf die Verwendung von Gründen für den Bau von Spitalsbaracken. Er fordert auf, dafür billigere Grundstücke zu verwenden und verlangt ein aktives Vorgehen der Gemeinde. Schwarz-Hiller negiert und gesteht der Gemeinde nur die Vertretung ihres Standpunktes in Bezug auf die Festlegung der Entschädigungsansprüche zu.

Dr. Schwarz-Hiller erwähnt die von der Polizei-Direktion festgesetzte frühere Sperrstunde, die betrunkene Soldaten an ihrem Tun hindern solle.

Hoß informiert über den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr und beantragt, dass keine wie sonst übliche Genehmigung des Stadtrates benötigt wird. Die Zustimmung wird erteilt.

11. Jänner 1915 – 14. Sitzung

Die Sitzung wurde von Bürgermeister Weiskirchner aufgrund der prekären Mehlsituation einberufen. Es sei unmöglich von Ungarn Mehl zu erhalten, die Preise würden ausufern. Der Bürgermeister will die Beschlagnahmung von 1000 Tonnen von in Wien lagerndem Mais aus dem Eigentum einer ungarischen Gesellschaft erwirken.

Hein sieht noch höhere Mehlpreise in naher Zukunft und sieht als einzige Möglichkeit, dass Ungarn endlich reagiere. Er unterstützt Weiskirchner in vollem Umfang. Weiskirchner merkt an, dass Ungarn verkündet habe, dass das ungarische Mehl im Land zu verbleiben habe.

Gemeinderat Reumann ist sehr angetan von Weiskirchners Beschlagnahmungsvorschlag.

Dr. Schwarz-Hiller stellt fest, dass Österreich seinen Getreidebedarf nicht einmal in herkömmlichen Zeiten selber decken könne, Ungarn hingegen reichlich an Getreide habe. Es mache daher eigentlich langfristig nur Sinn, den Kaiser bei einer Audienz zu informieren, dass auf Ungarn in dieser Angelegenheit großer Druck ausgeübt werden müsse. Dieses Vorhaben möchte Leitner unterstützen.

Steiner berichtet über enorme Vorratsmengen in Ungarn, befürwortet aber keine Audienz beim Kaiser. Er möchte zuerst den Minister-Präsidenten und den Kriegsminister informiert sehen.

Gemeinderat Skaret meint, dass sowohl in Österreich als auch in Ungarn noch umfangreiche Mehl- und Getreidevorräte vorhanden wären. Eine Audienz beim Kaiser sei für ihn die allerletzte Möglichkeit. Er sieht eine effektive Möglichkeit der Intervention durch das Kriegsministerium.

Rain sieht in der Zivilbevölkerung noch einige Tage Ruhe vor dem großen Sturm. Er befürwortet den Ankauf von Mais, stimmt in allen anderen Punkten aber Steiner zu.

Der wieder anwesende Gemeinderat Goltz lobt den Bürgermeister Weiskirchner und sieht in ihm die einzig starke Persönlichkeit für die Regierung. Er plädiert für eine Rede des Bürgermeisters bei einem Empfang.

Schmid findet diese Idee absurd und ist für ein Gespräch des Bürgermeisters mit dem ungarischen Ministerpräsidenten.

Bürgermeister Weiskirchner und Dr. Hein einigen sich darauf, dass von Ungarn eine adäquate Menge an Getreide oder Mehl verlangt werden solle.

Die Beschlagnahmung von Mais durch die Gemeinde Wien wird befürwortet, das notwendige Geld wird bewilligt. Eine Vorsprache beim Ministerpräsidenten und ein Gespräch beim Kabinettsdirektor mit einer Andeutung einer Kaiseraudienz werden beschlossen.

26. Jänner 1914 – 15. Sitzung

Gemeinderat Leitner teilt mit, dass in der Tramwayremise eine Scharlachepidemie herrscht und erzählt von den Misständen.

Wieder folgt eine lange Diskussion über die problematische Versorgung mit Mehl. Sogar einige Maismehlrezepte sollen auf die Rückseiten der Straßenbahnkarten abgedruckt werden. Durch diese Maisbeschaffung hat Wien nach den Worten des Bürgermeisters

einen Akt der größten Fürsorge geschaffen. Dr. Hein möchte erreichen, dass in beiden Reichshälften die Vorräte festgestellt werden. Weiskirchner hat bereits mit dem Ackerbauminister gesprochen, der zeige sich gegenüber Ungarn aber eher verhandlungsschwach.

Gemeinderat Reumann meint, dass die Regierung der Mehlfraße kraftlos gegenüberstehe, die Verhandlungen hätten keinen Zweck, da „die österreichische Regierung der ungarischen machtlos gegenüber stehe“⁶². Er steht auch dem Erfolg der von der Handelskammer gebildeten Einkaufskommission eher skeptisch gegenüber. „Alle Bemühungen bei der Regierung seien zwecklos. Die Gemeinde müsse sich eben selbst helfen“⁶³.

Skaret erklärt, dass von der Regierung in der Sache der Fürsorge für die Zivilbevölkerung nichts mehr zu erwarten sei. Er warnt davor, dass die Bevölkerung bald zu anderen Mitteln greifen werde. Er meint, dass ein Gang zur Regierung nichts nutzen werde.

Leitner schließt sich Skaret an und erzählt, dass er das bei Budapester Großmühlen bereits bezahlte Mehl nicht bekommen würde, weil dieses beschlagnahmt wurde. Wenn dieser Zustand noch vier Wochen andauern werde, würden Mehlkrawalle entstehen. Er verlangt einen schweren Protest der Konferenz zu diesem Thema.

Im Plenum wird eine Denkschrift an die Regierung wegen des Mehlmangels präsentiert.

Hein wünscht eine schärfere Fassung mit dem Hinweis auf die stattfindende Anarchie in diesem Gebiete. Bürgermeister Weiskirchner beruhigt, die Konferenz stimmt einhellig zu.

Reumann meint, der der Diskussion zugrundeliegende in der Arbeiterzeitung gedruckte Artikel könne nur durch Zufall veröffentlicht worden sein. Abschließend beschließt die Konferenz eine entsprechende Resolution betreffend der Invaliden- und Waisenversorgung, die durch eine Deputation der Obmännerkonferenz dem Kriegsminister zu überreichen ist.

24. Februar 1915 – 16. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner berichtet, dass die Anzahl der Flecktyphuserkrankungen in Ungarn in signifikantem Ausmaß gestiegen sei und fordert Vorsichtsmaßnahmen.

Die anwesenden Herren vom Magistrat informieren über die Verbreitung der Krankheit durch Läuse und eine eigens geschaffene Entlausungsstation.

⁶² 15. Wiener Obmänner-Konferenz vom 26. Jänner 1914. S4.

⁶³ 15. Wiener Obmänner-Konferenz vom 26. Jänner 1914. S4.

Die Gemeinderäte Leitner, Steiner und Skaret sind für diese Vorschläge, sehen aber eine Beschränkung auf Wien als nicht richtig an. Steiner fordert die Errichtung eines Transporthauses für die Inkubationsfrist nach der Entlausung.

Eine Ursache in der niedrigen Impfrate liegt darin, dass nach der Impfung manchmal eine Arbeitsunfähigkeit eintritt und manche Ärzte in diesen Fällen kein Krankengeld anweisen. Reumann ist dies neu, verspricht aber Kontaktaufnahme mit dem Krankenkassenverband.

Es wird über die kaiserliche Verordnung über Getreide und Maisprodukte vom 21.2.1915 referiert. Bürgermeister Weiskirchner meint, es bleibe der Gemeinde nichts anderes übrig, als Folge zu leisten. Steiner beschwert sich, dass diese Verordnung viel zu spät erlassen worden sei und will eine Nachjustierung erreichen. Gemeinderat Skaret kann der Verordnung gar nichts Positives abgewinnen und zeigt absolut kein Vertrauen in die Regierung. Reumann regt sich über die Vorgangsweise der Militärbehörde, die die Bürger in eine prekäre Lage bringe, auf, sieht aber keine Möglichkeit, gegen die Regelung anzugehen. Dr. Schwarz-Hiller meint, dass nicht nur diese Verordnung schlecht wäre, sondern alle. Leitner prognostiziert baldige Krawalle.

Die Konferenz beschließt, der kaiserlichen Verordnung Folge zu leisten. Die Regierung wird aber aufgefordert, die galizischen Flüchtlinge selbst mit Getreide zu versorgen und eine gewisse Menge an Mehl für die Übergangszeit bereitzustellen.

Der Kriegsminister begrüßt die Möglichkeit des Gemüseanbaus auf brachliegendem Land, ebenso wie Weiskirchner. Es wird über mögliche Grundstücke und über Propagandamaßnahmen für dieses Vorhaben diskutiert.

18. März 1915 - 17. Sitzung

Anfangs dominiert die Diskussion um die Meherversorgung. Mittlerweile herrscht Notstand bei den Bäckern, Weiskirchner möchte diesen aus den Gemeindevorräten Mehl geben - es sei sonst nicht auszuschließen, dass es zu Brotkrawallen komme.

Er wolle allerdings die Regierung nicht von ihren Pflichten entheben sondern er warte auf eine definitive Verbrauchsregelung seitens ebendieser: „Hätte die Gemeinde nicht ihre Vorräte, von der Regierung würde sie nichts bekommen“⁶⁴. Er meint, eine Gemeinde

⁶⁴ 17. Wiener Obmänner-Konferenz vom 18. März 1915. S3.

könne nicht verpflichtet werden, für sechs Monate Vorräte einzulagern, er habe aber trotzdem für so lange Zeit vorgesorgt.

Leitner interveniert für die Detailhändler, die seit 14 Tagen ohne Mehl dastünden. Bei der Vorsprache im Ministerium sei er auf die Gemeinde verwiesen worden.

Steiner dankt Weiskirchner, dass die Bevölkerung aus den städtischen Vorräten Mehl bekommt. Er meint die Konferenz und vor allem Weiskirchner haben seit Ausbruch des Krieges vorbildlich gehandelt. Er richtet an die Mitglieder der Opposition die Bitte, „alle parteipolitischen Gegensätze ruhen zu lassen und zusammenzuarbeiten, um diese schwere Zeit glücklich zu überstehen“⁶⁵.

Reumann erinnert sich nicht an irgendein Problem in dieser Richtung und findet daher die Äußerung Steiners entbehrlich. Er hebt noch einmal die stete Unterstützung der Opposition hervor. Reumann meint auch, dass die Gemeinde die Vorräte herausgeben solle, da die Regierung der Sache ratlos gegenüberstehe. Auch an die Detailhändler solle das Mehl verteilt werden.

Weiskirchner will das Mehl nur gegen Barbezahlung herausgegeben, die Konferenz ist dafür. Gemeinderat Reumann freut sich, dass die Bevölkerung Mehl bekommt, spricht aber gleichzeitig die hohen Fleischpreise an. Weiskirchner möchte Schweine aus Deutschland importieren.

Dr. Hein meldet sich zu Wort und erklärt für seine Fraktion, dass seit Kriegsbeginn alle parteipolitischen Gegensätze ruhen würden und hält ein anderes Vorgehen für äußerst unpatriotisch. In Ungarn sei noch genug Mehl vorhanden, daher solle die Gemeinde die Abgabe beschränken bis die in Aussicht gestellte Verordnung wirksam sein.

Gemeinderat Schmid begründet die Äußerung von Steiner. Sie bezieht sich darauf, dass in letzter Zeit immer öfter gehässige Artikel in der Arbeiterzeitung erschienen sind, die Weiskirchner kritisieren. Er bittet daher Reumann, auf die Arbeiterzeitung AZ einzuwirken, ungerechte Angriffe zu unterlassen.

Gemeinderat Skaret erwidern, dass seine Partei nicht so direkt Eingriff auf die AZ nehmen will und der Redaktion keine Zensur auferlegen möchte.

⁶⁵ 17. Wiener Obmänner-Konferenz vom 18. März 1915. S5.

Dr. Schwarz-Hiller erwähnt, dass bisher nur einmütige Entscheidungen getroffen wurden, auf die Sonntags- und Montags-Zeitungen sowie den „Morgen“ haben er und seine Partei keinen Einfluss.

7. April 1915 - 18. Sitzung

Steiner spricht im Namen des Bürgerklubs Weiskirchner seinen Dank aus, Mahlprodukte aus Ungarn zu besorgen. Steiner drückt dem Bürgermeister auch seinen Dank für die Freigabe der Brotreserve aus.

14. April 1915 - 19. Sitzung

Gemeinderat Leitner beschwert sich, dass die Bäcker ungenießbares Brot verkaufen. Wieder gibt es einen Konflikt mit den Ungarn wegen Mehl, da diese angeblich noch Weizenmehl besitzen und Wien nur mehr Maismehl zur Verfügung hat. Die Obmänner-Konferenz beschließt eine Mischung des Mehls und eine schärfere Kontrolle der Bäcker durch das Marktamt.

Weiskirchner fragt die Konferenz, ob er mit der Ausgabe der Reisvorräte beginnen solle. Nach einer intensiven Diskussion einigt sich die Konferenz darauf, die Ausgabe auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Weiskirchner kritisiert einen Kompetenzkonflikt zwischen Innenministerium und Kriegsministerium, da die Soldaten Probleme mit dem Brotbezug haben. Eine Grundsatzdiskussion brandet auf, man will sich aber in die Angelegenheiten der Ministerien nicht einmischen sondern nur informiert bleiben.

Danach teilt Weiskirchner mit, dass in den letzten Nummern der Sonn- und Montagszeitung vom 12. April wieder Artikel erschienen sind, die die Autonomie der Gemeinde gefährden.

Die Konferenz muss solche Angriffe während des Krieges abwehren. „Die Konferenz habe während des Krieges die Autonomie der Gemeinde zu schützen und dürfe, da sie schwere Opfer zur wirtschaftlichen Sicherung der Gemeinde aufgeboden habe, derlei Vorwürfe nicht ruhig hinnehmen“⁶⁶.

Reumann erklärt für seinen Verband, „gegen jeden Angriff auf die Autonomie der Gemeinde zu protestieren und alle Vorwürfe gegen die Obmänner-Konferenz [...] zurück-

⁶⁶ 19. Wiener Obmänner-Konferenz vom 14. April 1915. S13.

zuweisen⁶⁷. Hein spricht sich in demselben Sinn aus und ersucht für die nächste Sitzung eine Formulierung des Protestes vorzulegen. Weiskirchner sagt zu.

20. April 1915 - 20. Sitzung

Gemeinderat Skaret von der sozialdemokratischen Partei interveniert für eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel an die wirklich bedürftigen Bürger.

Bürgermeister Weiskirchner erzählt, dass der Statthalter von Oberösterreich eigenmächtig die Ausfuhr von Rindern verboten habe. Die Konferenz ermächtigt daher den Bürgermeister, gegen dieses Vorgehen bei der Regierung vorstellig zu werden.

Dr. Weiskirchner will von Dr. Hein wissen, wie er zur geplanten Kundgebung wegen der Zeitungsartikel stehe. Hein antwortet eher zurückhaltend, weil die problematischen Äußerungen bloß von einer Zeitung und nicht von einer autoritären Stelle kamen. Steiner meint, dass die Regierung eine Einschränkung in dem Sinne versuche, dass der Bürgermeister ernannt werde. Dieses Streben sei aber immer von allen Parteien zurückgewiesen worden. Er sei daher für eine Protesterklärung, da man solche Strömungen schon im Kern ersticken müsse.

Gemeinderat Reumann meint sich bereits klar ausgedrückt zu haben. „Wenn er auch kein Anhänger des derzeitigen Gemeindewahlrechtes sei, so werde er doch stets gegen eine Einengung der Gemeinde-Autonomie protestieren⁶⁸, daher will auch er eine Protesterklärung unterstützen. Dr. Hein schließt sich mit seinem Verband nun doch an.

Die Obmänner der im Gemeinderat vertretenen Parteien einigen sich auf folgende Protesterklärung:

Die Obmänner-Konferenz, in welcher alle Parteirichtungen des Wiener Gemeinderates vertreten sind, hat in ihrer Sitzung vom 20. April 1915 einhellig erklärt, dass sie in der Ernennung der Bürgermeister durch die Regierung für Städte mit eigenem Statut und insbesondere für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eine durch nichts gerechtfertigte Zurücksetzung dieser Gemeinwesen gegenüber allen übrigen Gemeinden erblicke und von ihr keineswegs eine Verbesserung der Gemeindeverwaltung, sondern vielmehr nur eine völlige Lahmlegung der für die Stadtentwicklung so wichtigen Selbstverwaltungskräfte erwarten könne⁶⁹.

⁶⁷ 19. Wiener Obmänner-Konferenz vom 14. April 1915. S13.

⁶⁸ 20. Wiener Obmänner-Konferenz vom 20. April 1915. S9.

⁶⁹ 20. Wiener Obmänner-Konferenz vom 20. April 1915. S9.

Weiskirchner teilt mit, dass vom Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens das Ansuchen gestellt wurde, eine Gemeinderatssitzung einzuberufen und anschließend die ordnungsgemäße Tätigkeit des Gemeinderats aufgenommen werden solle. Die Debatte darüber wird eröffnet.

Steiner führt aus, dass es eine solche Überlegung schon vor Jahreswechsel gegeben hatte und verworfen wurde, da der Krieg eine Verschärfung erfahren hatte. Die Situation der Zentralmächte wäre momentan sehr günstig und man solle die Gegner nicht durch Bekanntmachung verschiedener interner Entscheidungen ermutigen.

Gemeinderat Hein von den Liberalen erklärt, da nun auch ein anderer Klub diesen Wunsch geäußert hat, sich diesem Verlangen anzuschließen.

Reumann führt aus, dass die Sozialdemokraten im Laufe der Zeit bewiesen hätten, keine Schwächung der Monarchie, sondern einen dauerhaften Frieden erreichen zu wollen. Er sei nicht der Meinung, dass in einer Gemeinderatssitzung Äußerungen fallen müssten, die eine schädigende Wirkung haben und nennt als positives Beispiel den Linzer Gemeinderat.

Gemeinderat Schmid will diesen Vergleich nicht gelten lassen: Äußerungen über die innere Lage in Wien hätten ungleich größere Auswirkungen, der Moment sei sehr kritisch und zu Entgleisungen könne es im Gemeinderat immer kommen. Bei einer möglichen Auflösung des Gemeinderats würde die Bevölkerung einen Beamten an ihrer Spitze haben, was nicht im allgemeinen Sinne sein kann. Die christlich-soziale Partei habe aber eine öffentliche Sitzung nicht zu fürchten.

Skaret befürchtet keine Streitigkeiten. Die Sozialdemokraten wollen aber eine Tribüne, um z. B. die bevorstehende Seuchengefahr, die Mehlprobleme und andere Dringlichkeiten besprechen zu können und versprechen ein ordnungsgemäßes Benehmen ihrer Kollegen. Skaret ist überzeugt, dass das Ausland sehr wohl über die wirtschaftliche Lage unterrichtet sei und die Vorteile die Nachteile übertrumpfen, da nur sehr knappe Mitteilungen über die Sitzungen der Konferenz veröffentlicht würden. Er meint auch, dass so schnell die Regierung den Gemeinderat auch nicht auflösen werde.

Vizebürgermeister Hierhammer glaubt nicht an friedliche Gemeinderatssitzungen, es würde an ein Wunder grenzen, wenn es zu keinen Zusammenstößen käme.

Weiskirchner erklärt, im Sinne des §69 des Gemeinderatsstatuts eine öffentliche Sitzung einzuberufen, wenn wenigstens 52 Mitglieder des Gemeinderats dies schriftlich verlangen. Er selbst ist der Meinung, dass der gewünschte Erfolg einer öffentlichen Sitzung nicht erreicht würde und der Burgfrieden zwischen den Parteien ein Ende hätte. Weiskirchner würde es aber als eine Erleichterung seiner Verantwortung sehen, wenn er sich auf Gemeinderatsbeschlüsse stützen könnte. Für eine solche Sitzung will er aber keine Verantwortung übernehmen.

14. Mai 1915 - 21. Sitzung

In dieser Sitzung werden die täglichen Probleme der Nahrungs- und Rohstoffversorgung besprochen.

8. Juni 1915 - 22. Sitzung

Weiskirchner hat durch ein geschicktes Geschäft Weizenmehl organisiert. Reumann dankt dafür.

Es folgt eine Diskussion wegen einer neuen Verordnung der Regierung wogegen eine Resolution beschlossen wird. Die Verordnung setzt die Ungültigkeit von Käufen der künftigen Ernte der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder fest. Weiskirchner möchte wieder die Verhandlungen der österreichischen mit der ungarischen Regierung wegen Getreide forcieren.

Es wird abschließend ein Komitee mit allen Parteien beschickt, das die Errichtung von Kühlanlagen berät. Dies ist wegen der erwarteten Fleischnot notwendig, da die Einfuhr von argentinischem Rindfleisch nicht möglich ist.

Wegen des Personalmangels im öffentlichen Dienst sollen Schaffnerinnen bei den städtischen Straßenbahnen eingesetzt werden. Gemeinderat Steiner hat vor allem in den Nachtstunden Bedenken, Bürgermeister Weiskirchner will die Frauen aber ohnehin nicht für Nacharbeit verwenden.

Abschließend berichtet Weiskirchner von seiner Audienz beim Kaiser und teilt mit, dass „Seine Majestät allen Funktionären der Gemeinde für ihre Tätigkeit den wärmsten Dank allergnädigst auszusprechen geruht habe“⁷⁰.

⁷⁰ 22. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Juni 1915. S18.

21. Juli 1915 - 23. Sitzung

Skaret ergreift sogleich das Wort und bedauert, dass es seiner Partei trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, dass die Gemeinde ihre ordentliche Tätigkeit wieder aufnehmen konnte. Vor allem für die Steuereinnahmen und -ausgaben stünden er und seine Parteigenossen auf dem Standpunkt, dass dafür keine weitere Grundlage bestehe.

Die Befürchtungen für allfällige Zusammenstöße im Gemeinderat seien hinfällig und unbegründet. „Es mache den Eindruck, als ob der Herr Bürgermeister auf den Spuren des Minister-Präsidenten wandle“⁷¹. Er solle vom eingeschlagenen Weg abgehen und dem Gemeinderat seine regelmäßige Tätigkeit wiedergeben.

Hein unterstützt Skaret und erzählt von einem bereits übermittelten schriftlichen Protest. Auch er hält die Befürchtung einer Entgleisung im Gemeinderat für unbegründet.

Steiner verteidigt den Bürgermeister. Es seien von der Opposition Forderungen gestellt worden, die einen „Zusammenstoß der Parteiengegensätze“⁷² annehmen lassen. Die Majorität werde den Beschluss verteidigen, es sei die einzige Möglichkeit, „die autonome Gemeindeverwaltung aufrechtzuerhalten“⁷³.

Weiskirchner bestätigt den Protest der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderatspartei nach § 106 Gemeindestatut und wird diesen der Regierung zur Entscheidung vorlegen.

28. Juli 1915 - 24. Sitzung

In dieser Sitzung werden Diskussionen zur Mehllversorgung und Ernte, zu Vorräten und der Kohlenversorgung geführt. Gemeinderat Leitner bedankt sich erneut beim Bürgermeister im Namen aller Handelstreibenden.

16. August 1915 - 25. Sitzung

Es findet eine politische Diskussion um die Besetzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt statt.

31. August 1915 - 26. Sitzung

Diese Sitzung wurde hauptsächlich einberufen, um den Inhalt der Audienz beim österreichischen Ministerpräsidenten festzulegen.

⁷¹ 23. Wiener Obmänner-Konferenz vom 21. Juli 1915. S1.

⁷² 23. Wiener Obmänner-Konferenz vom 21. Juli 1915. S2.

⁷³ 23. Wiener Obmänner-Konferenz vom 21. Juli 1915. S2.

Am Ende der Konferenz kommt eine Diskussion über die Versorgung der Stadt mit Obst und Eiern dazu.

23. September 1915 - 27. Sitzung

Ab dieser Sitzung nimmt anstelle von Gemeinderat Goltz Dr. von Dorn für die freiheitlich-bürgerliche Partei an den Obmänner-Konferenzen teil.

Die Bestimmung des Handelsministers bezüglich Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln stellt eine Katastrophe für Wien dar. Bürgermeister Weiskirchner plädiert daher zum Minister-Präsidenten zu gehen und wird von allen in diesem Vorhaben unterstützt.

Diese Verordnung muss aber laut Dr. Schwarz-Hiller von der Gemeinde als politische Behörde erster Instanz publiziert werden und trägt die Unterschrift des Bürgermeisters oder des Magistrats. Die Bevölkerung würde daher sagen, die Wiener Verwaltung sei unfähig. Es soll daher bei der Audienz klargestellt werden, dass die Gemeinde nicht mehr in der Lage sei, die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises weiterzuführen.

Letztendlich wird aber beschlossen, dass die Gemeinde Wien wohl oder übel diese Verordnung ausführen muss, aber keinerlei Verantwortung für die Folgen für Wien tragen möchte.

Abschließend folgt eine Diskussion wegen der bevorstehenden Brennholznot. Die russischen Kriegsgefangenen sollen mit der Zustimmung aller Parteien zum Holz schlagen verwendet werden.

8. Oktober 1915 - 28. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner möchte anfänglich wieder die Freigabe der Reis- und Fettvorräte diskutieren. Dr. Hein ist grundsätzlich dagegen, Gemeinderat Schmid will das Fett ausgeben, Reis noch nicht. Gemeinderat Leitner will Fett und Teile von Reis freigeben. Weiskirchner würde gerne Reis ausgeben.

Man sieht hier die christlich-soziale Partei auf keiner akkordierten Linie.

Gemeinderat Skaret hält die Ausgabe der Reisvorräte für nicht unbedingt notwendig, jene von Fett allerdings schon. Dr. Schwarz-Hiller möchte die Reserven überhaupt nicht angreifen.

Schwarz-Hiller fragt Weiskirchner nach der vom Innenministerium etablierten Einkaufsstelle, für die laut Weiskirchner die Gemeinde keine Zustimmung gegeben hat.

Gemeinderat Skaret will nicht, dass die Gemeinde von dieser Stelle abhängig ist, „es sei unerfindlich, dass man die Gemeinde Wien in solcher Weise behandle“⁷⁴.

Reumann führt aus, dass dieser Fall zeige, dass “die Gemeinde in allen wichtigen Sachen desavouiert werde“⁷⁵. Er will unbedingt eine öffentliche Diskussion im Gemeinderat um auf die Regierung Druck ausüben zu können.

Dr. Hein von den Liberalen unterstützt Reumann und meint, dass die Nichteinberufung des Gemeinderates den Einfluss der Gemeinde gegenüber der Regierung schmälere.

Speziell seine Partei habe Weiskirchner von Anfang an unterstützt und er meint, dass eine Diskussion im Gemeinderat mehr Gewicht habe als eine Audienz beim Ministerpräsidenten. Die Regierung würde den Gemeinderat in dieser Zeit sicher nicht auflösen. Viele Irrtümer, vor allem in der Approvisionierungsfrage, könnten geklärt werden. Er kann den Verzicht auf die Öffentlichkeit einfach nicht gutheißen.

Gemeinderat Schmid spricht im Namen seiner christlich-sozialen Partei. Diese glaubt, dass die Regierung den Gemeinderat sofort auflösen würde, weil ihr die Gemeinde unangenehm und lästig sei.

Leitner meint ebenfalls, dass die Einberufung einer Gemeinderatssitzung das „Grab der autonomen Verwaltung bedeute“⁷⁶. Die Zensur würde die Masse der Bevölkerung uninformiert lassen, auch die Bezirksvertretungen würden aufgelöst.

Skaret versteht die Haltung der christlich-sozialen Partei nicht, die Gemeinde verzichte auf alle ihre Rechte. Er schlägt vor, einen gewissen Handlungsrahmen vorab festzulegen.

Dr. Dorn meint, die Autorität der Gemeindevertreter gegenüber der Regierung sei zu gering. Er möchte eine Audienz des gesamten Gemeinderates beim Ministerpräsidenten.

Steiner unterstellt der Opposition, dass es ein politischer Wunsch wäre, den Gemeinderat aufzulösen und sie deshalb dessen Einberufung verlangt.

Gemeinderat Reumann verwehrt sich strikt gegen diese Anschuldigung, es sei die Pflicht und das Recht der Gemeinde, die ihr zur Verfügung stehende Tribüne zu nutzen. Hein verwehrt sich ebenfalls und erinnert an gemeinsame Stellungnahmen zum Schutz der Autonomie.

Weiskirchner ersucht um Ruhe und möchte die Debatte nicht eskalieren lassen.

⁷⁴ 28. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Oktober 1915. S5.

⁷⁵ 28. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Oktober 1915. S6.

⁷⁶ 28. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Oktober 1915. S7.

27. Oktober 1915 - 29. Sitzung

Ein Erlebnisbericht, der die missliche Lage der Bevölkerung veranschaulichen soll, wird verlesen. Die Konferenz beschließt, erneut eine Resolution wegen der Mehlproblematik in Richtung der Regierung zu verabschieden.

10. November 1915 - 30. Sitzung

Es herrscht eine rege Debatte zwischen Weiskirchner und Reumann bezüglich diverser Äußerungen in der Arbeiterzeitung. Es handelt sich dabei um eine angebliche Bagatellisierung eines Angebots für 40.000 Waggons Getreide von Weiskirchner, daher bittet die AZ um Aufklärung. Bürgermeister Weiskirchner meint, er könne nicht sämtliche Offerte veröffentlichen und deren eventuelle Ablehnung rechtfertigen.

Reumann nimmt die Arbeiterzeitung in Schutz.

Die Sozialdemokraten bitten nun doch um eine teilweise Freigabe der Reismüllvorräte, Weiskirchner möchte in der nächsten Sitzung über die Abgabe von 60 Waggons entscheiden.

7. Dezember 1915 - 31. Sitzung

Steiner berichtet von seiner Reise nach Berlin und den hiesigen Approvisionierungsmaßnahmen. In Berlin sei die Lage nicht günstiger als in Wien. Probleme mit der Milchversorgung kämen nun ebenfalls auf. Wien leide unter der Unfähigkeit der Zentralen Einkaufsstelle in Berlin.

Wegen diverser Probleme mit der Gas-Versorgung soll wieder eine Deputation zum Ministerpräsidenten gesandt werden. Grundsätzlich herrscht die Meinung, dass sich die ungarische Regierung viel besser präsentieren würde als die österreichische. Steiner will, dass der Minister-Präsident darauf aufmerksam gemacht wird, dass sie sich bei seiner Untätigkeit direkt an Seine Majestät wenden werden.

Dr. Hein möchte, dass die Gemeindevertretung bei der Audienz ihre Demission in Aussicht stellen soll. Diese Forderung bleibt unkommentiert im Raum stehen.

9. Dezember 1915 - 32. Sitzung

Weiskirchner hat die Konferenz einberufen, um das Ergebnis der Audienz wegen der Kohlenversorgung der Gaswerke zu verkünden. Der Minister-Präsident hat eine Auflistung bekommen, in der die Gemeinde alle ihre Aktivitäten darlegt.

Laut Steiner hat die Zivilstaatsverwaltung von der Militärbehörde die gleiche Meinung wie die Gemeinde Wien. Es geht darum, Wien in die erste Klasse der Kohlenbezieher hineinzureklamieren.

Gemeinderat Skaret spricht an, dass der Zustand bezüglich der Mehlversorgung noch schlimmer als im Vorjahr ist.

15. Dezember 1915 - 33. Sitzung

Wegen des Kohlenproblems ist erneut ein Beschluss zu fassen. Anscheinend liegt das Problem nur bei der Verfügbarkeit von Waggons. Die Konferenz beschließt einstimmig, 200 Waggons für drei Jahre anzumieten.

Dr. Hein möchte von Weiskirchner wissen, warum die liberale Partei nicht zu einer im Rathaus stattfindenden Kundgebung für Wiens Heldensöhne eingeladen war. Er sei zwar mit solchen Veranstaltungen einverstanden, es sollte aber keine Parteisache sein.

Weiskirchner entgegnet, dass der niederösterreichische Landesausschuss geladen habe und nur Bürgermeister geladen waren, auch von seiner Partei. Mitglieder der Gemeindevertretung seien überhaupt nicht geladen gewesen.

22. Dezember 1915 - 34. Sitzung

Ein allgemeiner Impfzwang soll eingeführt werden, die Obmänner-Konferenz hat dies wiederholt bei der Regierung interveniert.

5. Jänner 1916 – 35. Sitzung

Ein sehr dringendes Problem der Stadt ist die starke Erhöhung der Mehlpreise mit dem 1. Jänner 1916. Es wird ein Schreiben des Ministers Prinz Hohenlohe verlesen, in welchem die Verhältnisse aufgeklärt werden sollen.

Steiner will sich damit nicht zufrieden geben und verlangt eine Forderung an die Regierung, diese Verordnung außer Kraft zu setzen, auch Hein bezeichnet diese Verordnung als antisozial.

Hoß als Mitglied der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zieht sich aus der Affäre und erwähnt, dass dieser Beirat nicht wirklich eingreifen könne. Daher wolle er persönlich seine Konsequenzen ziehen. Er unterstützt den Wunsch von Steiner.

Schwarz-Hiller schließt sich den Anregungen an und fragt nach einer Strategie der Obmänner-Konferenz, wenn die Regierung nicht ihrem Wunsch entsprechen würde. Er hält die Durchführung für äußerst schwierig.

Dr. von Dorn möchte, dass die beiden Teilnehmer der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt bei der nächsten Sitzung einen scharfen Protest einlegen sollen. Er bezieht sich auf die „vitalsten Interessen der Bevölkerung“⁷⁷.

Er kritisiert die Arbeit der Verkehrsanstalt heftig. Weiskirchner sieht die Gemeinde Wien in der Gewalt dieser Institution und ist machtlos. Dr. von Dorn bestätigt Weiskirchner, dass es sich um keine Kritik am Bürgermeister handeln soll und er dem Bürgermeister das vollste Vertrauen entgegenbringt.

Reumann möchte eine Mitteilung der heutigen Sitzung an die Zeitungen herausgeben, in der die klare Ablehnung der Konferenz gegen die neue Verordnung erkennbar ist. Er spricht für alle Bevölkerungsgruppen und nimmt die Gemeinde in Schutz, da die Verordnung überfallsartig käme. Außerdem findet er den Inhalt des Schreibens des Ministers sehr scheinheilig.

Weiskirchner ist bereit, dieses Kommuniqué hinauszugeben und im Falle einer Konfiszierung an alle Gemeinderäte zu verteilen. Skaret unterstützt das Vorhaben ebenfalls und meint, der Protest könne gar nicht scharf genug sein.

Darauf unterbricht Bürgermeister Weiskirchner die Sitzung, um sich sofort mit den Klubobmännern des Gemeinderates zum Innenminister zu begeben.

7. Jänner 1916 – 36. Sitzung

Weiskirchner berichtet von der spontanen dreistündigen Audienz der Obmänner beim Minister-Präsidenten. Sie konnten die Brisanz des Falls gut darlegen und eine Änderung der Verordnung erwirken.

Reumann äußert sich genügtuend, dass es der Konferenz gelungen ist, den angeblich sozialpolitischen Hintergrund der Verordnung zu revidieren. Er jubelt über den Erfolg.

Leitner meint im Namen aller, „dass er dem Herrn Bürgermeister sowie den Herren Klub-Obmännern für die glänzende Durchführung dieser Angelegenheit den wärmsten Dank

⁷⁷ 35. Wiener Obmänner-Konferenz vom 5. Jänner 1916. S23.

ausdrücke. Der Erfolg sei überraschend gewesen und er hoffe, dass die Obmänner-Konferenz auch in Zukunft weitere Erfolge aufweisen werden⁷⁸.

Weiskirchner dankt ebenfalls den Klubobmännern Steiner, Dr. Hein und Reumann und führt den Erfolg auf das einmütige Zusammenwirken zurück.

8. Februar 1916 – 37. Sitzung

Weiskirchner berichtet, dass die Herren Reumann, Emmerling und Skaret bei ihm wegen der im Jahr 1916 fälligen Gemeinderatssitzung zur Audienz waren und mehr über sein Vorgehen erfahren wollten bzw. wie er sich hinsichtlich der Wiedereinberufung des Gemeinderats verhalte.

Bezüglich Wahlen meint er, dass die Regierung auf dem Standpunkt ist, dass während des Krieges keine Wahlen stattfinden sollten.

Er zitiert aus dem Antwortschreiben des Minister-Präsidenten, das bezugnehmend auf die §§23,24 der Wiener Wahlordnung ausführt:

„Im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse, durch die ein großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung an der Ausübung des Wahlrechts behindert ist würde dies [...] eine bedeutende Verkürzung des Wahlrechtes bedeuten“⁷⁹, daher sollen Gemeindevertretungswahlen bis auf weiteres verschoben werden. Es würde auch in der Wiener Zeitung eine dementsprechende Mitteilung offiziell erscheinen. Bezüglich einer Verlängerung der Mandate wird es kein kaiserliches Patent geben.

Weiskirchner hätte mit den Sozialdemokraten eine Burgfriedenswahl vereinbart, sodass jede Partei unter Wahrung ihres gegenwärtigen Besitzstandes in die Wahl eingetreten wäre. Reumann steht auf dem Standpunkt, dass die Wahlen im gegenseitigen Einverständnis stattfinden sollen, da die sozialdemokratische Partei wegen ihres geringen Mandatsstandes im Gemeinderat auf keinen Fall auf irgendein Mandat verzichten kann. Das Mandat aus dem 20. Bezirk wäre durch den Tod von Winarsky obsolet, die große Arbeitergruppe in diesem Bezirk würde keinesfalls auf ihren Vertreter verzichten. Er muss daher auf die bereits geringe Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte bestehen.

⁷⁸ 36. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Jänner 1916. S5.

⁷⁹ 37. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Februar 1916. S3.

Er wirbt daher noch einmal für Burgfriedenswahlen ohne Durchführung eines Wahlkampfes und meint, das Ansehen des Gemeinderat würde dadurch sogar noch steigen.

Dr. Hein ist strikt dagegen. Er möchte eine Mandatsverlängerung durch kaiserliches Patent und argumentiert die Ansicht seines Klubs mit der sonst stattfindenden Schmälerung des Wahlrechts.

Gemeinderat Steiner hält die Argumentationslinie von Dr. Hein nicht haltbar und erklärt ihm noch einmal die Vorteile der Burgfriedenswahl, wo das Interesse der Wähler auf keinen Fall ignoriert würde, da der parteimäßige und bezirkweise Bestand beibehalten wird. Außerdem hätte der Bürgermeister die statuarische Pflicht, Wahlen abzuhalten. Er pocht auf die Einhaltung der Gesetze, da die Gemeinde eine autonome erste Instanz wäre. Steiner ergänzt seine Ausführungen durch den Beschluss seines Klubs nach Forderung nach Burgfriedenswahlen und bittet die Obmänner-Konferenz, sich seinen Ausführungen anzuschließen.

Bürgermeister Weiskirchner befürchtet durch eine automatische Verlängerung die Funktionsunfähigkeit des Gemeinderates, da viele Mandate durch den Tod der Vertreter hinfällig seien. Er möchte außerdem die Mandate der zum Kriegsdienst einberufenen Kollegen ruhen lassen, da diese durch Statut vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Skaret appelliert nochmals ironisch an die fortschrittliche Partei von Dr. Hein sich der Mehrheit in der Konferenz anzuschließen. Gemeinderat Schmid bringt ebenfalls Punkte für die gewollten Burgfriedenswahlen ins Treffen und warnt vor einem umfangreichen Wahljahr 1917, in dem Gemeinderats-, Landtags- und Reichratswahlen stattfinden und für Konfusion in der Bevölkerung sorgen würden. Bei dieser Äußerung kommt klar hervor, dass alle Teilnehmer der Konferenz an ein baldiges Ende des Weltkrieges glauben.

Gemeinderat Skaret kann auch den Argumenten der liberalen Partei keine Stichhaltigkeit abgewinnen. Dr. von Dorn rudert ein wenig zurück und behauptet, durch den Beschluss seiner Partei gebunden zu sein. Er persönlich wäre aber ebenfalls für die Durchführung der Burgfriedenswahlen. Er bittet Weiskirchner um einen Aufschub, um seine Parteifreunde von der neuen Linie zu überzeugen.

Weiskirchner kann diesen Aufschub nicht leicht gewähren, da er die Wahlen sofort ausschreiben müsste und dies dem Minister-Präsidenten und dem Statthalter berichten muss. Rain wundert sich, dass gerade die liberale Partei diese Einstellung zeigt und warnt noch einmal vor einer automatischen Verlängerung der Mandate. Nach Kriegsende hätte der Gemeinderat andere Sorgen als die Durchführung von Wahlen. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass die liberale Partei die Verantwortung für ihr Verhalten tragen könnte.

Dr. Hein bittet um einen Aufschub von 8 bis 10 Tagen, was bei Reumann Erstaunen hervorruft. Er kritisiert die Trägheit des Parteiapparats und die Parteiorganisation der Liberalen scharf. Er findet die unflexible und eingeschränkte Handlungsmöglichkeit von Dr. Hein lächerlich. Dr. Hein bestätigt erneuert die Bindung an den Parteibeschluss. Dr. von Dorn kann ebenfalls keine positive Erledigung versprechen, will aber den Entschluss seiner Partei schriftlich übermitteln.

Bürgermeister Weiskirchner möchte daher den Minister-Präsidenten und den Statthalter von geplanten Ergänzungswahlen berichten und einen möglichen negativen Beschluss der liberalen Partei als Information anhängen.

Bezüglich der Bitte nach einer Wiedereinberufung des Gemeinderats führt Weiskirchner aus, dass die Situation nun eine andere als im August 1914 sei und er dem Vorschlag der sozialdemokratischen Herren Folge leisten wird.

Er wolle daher nach Rücksprache für die letzte Februarwoche eine Gemeinderatsitzung einberufen und einige Punkte abhandeln. So möchte er die Verfügungen des Bürgermeisters und der Stadtratsbeschlüsse sowie die beiden alten und das neue Budgetprovisorium genehmigen lassen. Diese Sitzung findet am 22. Februar statt. Eine weitere Sitzung soll andere wichtige Themen behandeln.

Steiner stimmt namens des Bürgerklubs dem Vorhaben zu, Skaret ist sehr erfreut und erinnert, dass seine Partei wiederholt um eine Einberufung des Gemeinderats gebeten hat und verspricht die volle Kooperation seiner Partei für die geplanten Beschlüsse. Er erwähnt, dass seine Partei die am 22. September 1914 erteilte Ermächtigung für längst abgelaufen hält.

Auch Dr. Hein sichert dem Bürgermeister die volle Unterstützung zu und begrüßt die geplante Gemeinderatssitzung.

Alle Parteien versprechen, „dem Antrage des Bürgermeisters zuzustimmen und mit Rücksicht auf die außerordentliche Zeit der Erledigung dieser Tagesordnung keinerlei Schwierigkeit zu bereiten“⁸⁰.

14. Februar 1916 – 38. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner bringt die Zuschrift des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte vom 10. Februar zur Vorlesung. Die Mandatare bleiben hinsichtlich der bekannten Position von Dr. Hein unverändert und wollen weiterhin eine Verlängerung der Mandate und keine Ergänzungswahlen aus dem 1. Wahlkörper.

Weiskirchner berichtet, gleich nach Bekanntgabe der Position der liberalen Partei mit dem Minister-Präsidenten und dem Statthalter Rücksprache gehalten zu haben. Die beiden stehen auf dem Standpunkt, keinerlei Wahlen durchführen zu lassen und Weiskirchner hat daher um ein offizielles Schreiben gebeten. Das angeforderte Schreiben von der k.k. niederösterreichischen Statthalterei hat er bereits erhalten und sieht sich deshalb außer Stande, die fälligen Ergänzungswahlen auszuschreiben.

Reumann sieht die Regierung im Irrtum und möchte diesen Erlass nicht unkommentiert zur Kenntnis nehmen. Er beantragt daher, eine „Rechtsverwahrung zu beschließen“⁸¹, dass das Gemeindestatut eine automatische Verlängerung nicht vorsehe.

Weiskirchner erwidert, dass im Falle von Wahlen, die in den übertragenen Wirkungsbereich fallen, keinerlei Rechtsmittel zur Verfügung stehe. Den Standpunkt der Obmänner-Konferenz wolle er der Regierung mitteilen.

Dr. von Dorn diskutiert grundsätzlich, ob Wahlen überhaupt in den übertragenen und nicht in den autonomen Wirkungsbereich der Gemeinde gehören.

Weiskirchner berichtet weiter, dass der Minister-Präsident Graf Stürgkh das Vorhaben der Gemeinderatsitzung nicht unterstützen wollte, der Innenminister und der Statthalter hätten hingegen positiv reagiert. Ein Regierungsvertreter würde jedoch für die erste Sitzung nicht abkommandiert werden, allerdings wird vielleicht die zweite Sitzung unter Beobachtung genommen. Die Tagesordnung wird noch einmal präzisiert.

Alle Verfügungen des Bürgermeisters und die in die Kompetenz des Gemeinderats fallenden Beschlüsse des Stadtrates, nachträgliche Genehmigung des

⁸⁰ 37. Wiener Obmänner-Konferenz vom 8. Februar 1916. S12.

⁸¹ 38. Wiener Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1916. S5.

Budgetprovisoriums von 1. Juli 1915 bis 30. September 1915 sowie 1. Oktober 1915 - 31. März 1916. Genehmigung des neuen Provisoriums für 1. April 1916 - 30. Juni 1916 sowie Genehmigung der Hauptrechnungsabschlüsse für 1913, das erste Halbjahr 1914 sowie des Hauptvoranschlags für das Verwaltungsjahr 1915/16. [...] Der Bürgermeister bittet alle Herren auf ihre Kollegen einzuwirken, was der Regierung eine Handhabe zum Einschreiten bieten könnte⁸².

3. März 1916 – 39. Sitzung

Es werden vorbereitende Gespräche für die Behandlung der Budget-Beratung in der nächsten Gemeinderatssitzung geführt. Steiner schlägt vor, nur eine Debatte zu führen und durch eine einzige Abstimmung zu erledigen.

Hein erklärt, dass sein Verband den Beschluss gefasst habe von einer Spezialdebatte abzusehen, wenn in der generellen Debatte eine größere Anzahl von Rednern ihrer Partei zu Wort gelange. Daher plädiert er für eine Begrenzung der Redezeit.

Die Majorität und die Sozialdemokraten einigen sich darauf, die beiden Rechnungsabschlüsse ohne Debatte und das Budget durch eine Debatte und eine Abstimmung zu erledigen. Dr. Hein erklärt sich an den Beschluss seiner Partei gebunden und bleibt dem Bürgermeister die Antwort vorerst schuldig.

8. März 1916 – 40. Sitzung

In dieser Sitzung werden außer den wöchentlichen Statusbesprechungen über die Rohstoff- und Lebensmittelversorgung keine weiteren Punkte besprochen.

27. März 1916 – 41. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner möchte in der Gemeinderatssitzung vom 28.3.1916 Gemeinderäten, die mehr als 25 Jahre gedient haben, ein künstlerisch gestaltetes Diplom überreichen. Alle sind mit dieser netten Geste einverstanden.

5. April 1916- 42. Sitzung

Um den Haushalt zu sanieren, möchte die Gemeinde Wien neue Steuern einführen. Es folgen vielfältige Vorschläge der Parteien. Weiskirchner bedankt sich am Ende für die sachliche Debatte und will die Vorschläge filtern: Einerseits in jene, die durch autonomen

⁸² 38. Wiener Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1916. S4.

Beschluss erledigt werden könnten und jene, für die eine kaiserliche Genehmigung durch die Regierung zu erfolgen hat.

11. April 1916 – 43. Sitzung

Weiskirchner liest ein Schreiben von Skaret als Obmann-Stellvertreter bezüglich Erhöhung der indirekten Steuern vor. Dieser kann an der Besprechung beim Ministerpräsidenten nicht teilnehmen, da der sozialdemokratische Gemeinderatsklub einen ablehnenden Standpunkt einnimmt.

18. April 1916 – 44. Sitzung

In dieser Sitzung werden alleine Berechnungen über die neuen Steuern angestellt, außerdem gibt es breite Diskussion darüber, den Straßenbahnfahrkartenpreis zu erhöhen.

9. Mai 1916 – 45. Sitzung

Es erfolgt wieder eine Diskussion um Steuern: Die Sozialdemokraten wollen die billigen Theatertickets von der Lustbarkeitssteuer befreien.

12. Mai 1916 – 46. Sitzung

Die „Miles“, die vom Ministerium für Inneres legitimierte Einkaufs-Stelle GmbH, steht im Mittelpunkt der Kritik. Es gab im 10. Bezirk Ausschreitungen wegen mangelndem Fett. Die Konferenz ermächtigt den Bürgermeister zum Einkauf von drei Waggons Fett. Die Deklaration lautet „ausländisches Fett“, da dieses laut Verordnung des Ministeriums nicht an die Höchstpreise gebunden ist. Die Obmänner-Konferenz versucht offensichtlich, die Bestimmungen der Regierung eigenmächtig zu umgehen.

Das Versagen in der Versorgung Wiens mit vor allem Eiern und Fett wird auf die unzureichende Organisation der Miles geschoben. Die Konferenz und alle Parteien des Gemeinderats wollen daher der Miles die Lebensmittelversorgung entziehen und in die Hände einer Zentrale legen, welche durch Fachmänner vertreten ist und auf rein gemeinnütziger Basis arbeitet. Diese Kundgebung wird einmütig verabschiedet.

Anlässlich der letzten Unruhen wurden Plakate aufgeklebt, die eine Art Ausgangssperre nahelegen. Hierhammer befürchtet, dass die feindliche Presse diese Situation ausnutzen

werde und daraus katastrophale Zustände in Wien konstruieren würde, so wie zum Beispiel, dass die Bevölkerung nicht einmal mehr das Haus verlassen könne.

24. Mai 1916 – 47. Sitzung

Weiskirchner holt sich die Genehmigung der Teilnehmer für den Ankauf von Fett, bei dem die Gemeinde die Differenzkosten zu tragen hätte. Er könne nicht garantieren, die Kosten von der Regierung zurückerstattet zu bekommen.

Gemeinderat Leitner ist dafür. Er opfert gerne die Kosten um dafür die Ruhe in der Reichshaupt- und Residenzstadt zu erhalten, da diese für den siegreichen Krieg unbedingt notwendig wäre.

Auch Skaret ist für den Ankauf und sieht die Gemeinde in einer ungeheuerlichen Zwangslage. Er vermutet absichtliches Handeln der Miles.

Dr. Hein stimmt ebenfalls zu, verlangt aber ein energischeres Auftreten gegenüber der Regierung, um diese Verluste garantiert ersetzt zu bekommen. Er bittet auch um eine vertrauliche Sitzung im Gemeinderat.

Weiskirchner will einen geeigneten Zeitpunkt für eine solche Debatte abwarten, da die Bevölkerung sonst unnötig beunruhigt werde. Gemeinderat Steiner ist ebenfalls für ein Abwarten. Die Sozialdemokraten Skaret und Reumann möchten keinerlei Aufschub und halten eine spätere Gemeinderatsitzung für vertretbar.

16. Juni 1916 - 48. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner will im 16. Bezirk einen Heldenhain für alle im Weltkrieg gefallenen Wiener errichten. Die Obmännerkonferenz stimmt den Plänen und Ausführungen des Bürgermeisters zu. Die Fettsituation hat sich gebessert, einige Vorräte wurden vom Armeekorps aus dem Lager des Militärs überlassen.

20. Juli 1916- 49. Sitzung

In dieser Sitzung wird über den geplanten Fetttankauf verhandelt.

11. August 1916 – 50. Sitzung

Weiskirchner berichtet, dass er beim Kriegsministerium bezüglich einer Anfrage abgewiesen wurde, obwohl alle Mitglieder der Deputation einen guten Eindruck hatten. Es ist

geplant, mit Dr. Dinghofer, dem Bürgermeister von Linz, gemeinsame Sache bezüglich des Lebensmitteleinkaufs zu machen.

23. August 1916 – 51. Sitzung

In dieser Konferenz wird über die Fleisch- und Fettversorgung debattiert.

2. September 1916- 52. Sitzung

Weiskirchner präsentiert eine Zuschrift eines Österreichers aus dem russischen Gefangenenlager in Antipicha. Dieser Brief schildert die menschenunwürdigen Bedingungen in diesem Lager. Schwarz-Hiller schlägt vor, diesen Brief an Prinz Karl von Schweden zu senden, der schon öfter bei Übelständen in russischen Gefangenenlagern interveniert hat. Weiskirchner verspricht, nichts unversucht zu lassen, den unglücklichen Gefangenen zu helfen.

12. September 1916 – 53. Sitzung

Es wird wieder versucht, die problematische Lebensmittelversorgung in den Griff zu bekommen. Verschiedene Vorschläge werden von den einzelnen Mitgliedern vorgetragen. Dr. Schwarz-Hiller ist hier immer wieder federführend.

29. September 1916 – 54. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner erwähnt einen Artikel in der Arbeiter-Zeitung vom 29. September 1916, in dem er in der Eierfrage kritisiert wird. Es wird behauptet, dass er im Interesse der Händler gehandelt hätte. Er möchte anmerken, dass er keinen Schritt in diesem Thema ohne Zustimmung der Konferenz getätigt habe und appelliert erneut an Reumann. Hein wiederholt, dass die Bevölkerung einen Brot- und Kartoffelmangel nicht aushalten könne. Abschließend wird erwähnt, dass Weiskirchner mit den Obmännern der Parteien bei der Regierung bezüglich Refundierung des Verlusts beim Schweinefett vorsprechen möchte.

3. Oktober 1916 – 55. Sitzung

Gemeinderat Skaret berichtet vom Arbeiterkonsumverein „Vorwärts“ mit seinen 56 Filialen. Diese hätten die Versorgung im Griff. Er lobt die sozialdemokratische Organisationsvielfalt.

10. Oktober 1916 – 56. Sitzung

In dieser Sitzung wird das Vorhaben erwogen, zu Allerseelen das Abbrennen von Kerzen auf den Friedhöfen zu verbieten um dem Petroleummangel entgegen zu wirken.

Vizebürgermeister Hierhammer ist aus Pietätsgründen dagegen und meint, man solle ein Verbot der Regierung abwarten. Er möchte die Bevölkerung mit einer derartigen Regelung nicht gegen die Gemeindeverwaltung aufbringen.

13. Oktober 1916 – 57. Sitzung

Weiskirchner verweist auf einen Artikel in der „Neuen Freien Presse“, in dem Vorschläge zur Behebung der Lebensmittelknappheit gemacht werden. Außerdem erwähnt er eine Rede des Präsidenten des Kriegs-Ernährungsamtes, in dem erschreckende Berichte von der deutschen Kartoffelnot enthalten sind.

Bezüglich Mehlabgabestellen und deren veränderter Dotierung möchte Hein den Gemeinderat befragen, da sehr viele Geschäftsleute betroffen sind.

Schwarz-Hiller meint, das Projekt könne nicht gegen die Opposition beschlossen und daher in der Obmänner-Konferenz nicht behandelt werden. Eine derartige Verordnung sei von der Regierung zu erlassen.

Skaret und Reumann modifizieren ihren Standpunkt und wollen sich dem Beschluss der Konferenz beugen. Dr. Hein möchte weiterhin den Gemeinderat einberufen.

Weiskirchner erklärt, dass die Obmänner-Konferenz und der Stadtrat einige Vorschläge zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung an die Regierung herangetragen hätten und die Gemeinde eine Ermächtigung zur Realisierung des Projekts erhalten hätte. Wenn allerdings keine Einigkeit herrsche, werde er damit vor den Gemeinderat gehen.

18. Oktober 1916 – 58. Sitzung

Auf einmal sind sich alle Parteien einig und wollen die Einberufung des Gemeinderats verhindern. Gemeinderat Steiner gibt die Zustimmung im Namen des Klubs der

christlich-sozialen Partei, Hein für den bürgerlich-freiheitlichen Verband und Skaret im Namen der sozialdemokratischen Partei. Damit gibt es die immer wieder abgelehnte Rayonierung von Mehl. Der Gemeinderat braucht daher nicht mehr bemüht werden.

7. November 1916 – 59. Sitzung

Diese Sitzung wird für allgemeine Berichterstattungen verwendet.

17. November 1916 – 60. Sitzung

Nun wird auch eine Brotrayonierung ins Treffen gebracht, deren Umsetzung aber anders ablaufen soll. Wien hätte dann zwei Systeme und könnte das Bessere weiter ausbauen. Die Konferenz ist sich hinsichtlich der Brotrayonierung einig. Schmid berichtet über die Fertigstellung des Naschmarktes.

1. Dezember 1916 – 61. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner informiert über die Inkraftsetzung des Amtes für Volksernährung und erläutert dessen Statut. Er führt weiter aus, dass das Verlangen der Konferenz nach einem Sitz der Gemeinde Wien in diesem Amt nicht berücksichtigt wurde. Dr. Hein von den Liberalen befürwortet aber eine gewisse Unabhängigkeit durch eine spezielle Kommission, da Wien dadurch eigene Forderungen gegenüber dem Approvisionierungsbeirat stellen könnte.

Reumann und Skaret sowie Steiner unterstützen keine eigene Kommission sondern wollen einen Sitz in der Direktion des Ernährungsamtes. Im Ernstfall sei die Gemeinde Wien dann vor Angriffen besser gefeit.

Dr. von Dorn unterstützt die Forderung seines Parteikollegen und möchte ebenso eine entsprechende Kommission.

14. Dezember 1916 – 62. Sitzung - 28. Dezember 1916 – 63. Sitzung - 4. Jänner 1917 – 64. Sitzung

In diesen drei Sitzungen werden keine für diese Forschungsarbeit relevanten Punkte besprochen.

31. Jänner 1917 – 65. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner teilt mit, dass eine Wohnungszählung durchgeführt werden soll. Gemeinderat Skaret unterstreicht die Unterstützung seiner Partei für den Mieterschutz.

Es gibt Probleme bei der Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebes. In der Gemeinderatssitzung soll ein Appell zur verringerten Nutzung des öffentlichen Verkehrs stattfinden. Reumann bittet Weiskirchner vor Einführung neuer Beschränkungen im Straßenbahnverkehr die Obmänner-Konferenz zu befragen, was Weiskirchner zusagt.

Skaret schildert die unglaublichen Zustände bei der Kohlenausgabe am Westbahnhof und bittet um eine Vermehrung der Abgabestellen.

12. Februar 1917 – 66. Sitzung

Die Straßenbahndirektion ersucht um eine empfindliche Reduktion der Betriebszeiten um eine notwendige Stromersparnis zu erreichen.

Dr. Schwarz-Hiller wirft der Direktion Misswirtschaft vor und hält diesen Zustand auch hinsichtlich des Sanitätswesens für unerträglich. Weiskirchner entschuldigt dieses Vorgehen mit dem verstärkten U-Boot Krieg und einer unerwarteten Verschlechterung des Bahnfuhrparks.

Steiner will ohne Rücksprache mit seinem Klub keine Stellungnahme abgeben. Er warnt vor der Lächerlichkeit Wiens, wenn man in Deutschland erfährt, dass wegen 20 Waggons Kohle die Straßenbahn für den Mittagsverkehr eingestellt werden muss. Eher sollen Theater und Vergnügungslöcale sperren und die betuchten Leute auf den Lichtkonsum verzichten. Die Einstellung des Mittagsverkehrs hält er für eine Katastrophe.

Dr. Hein will ebenfalls der Entscheidung seines Klubs nicht vorgehen. Die Konferenz sei zu spät informiert worden um einen Beschluss in dieser Frage zu fassen. Schmid schiebt die Probleme auf die Regierung, die immer alles sehr optimistisch darstellt.

Der Sozialdemokrat Reumann erkennt den Ernst der Lage, insbesondere die Arbeiterschaft wäre betroffen. Viele Fabriken würden zu Mittag sperren und die Arbeiter können sich die Mittagessen im Gasthaus nicht leisten. Der Verkehr in der Mittagszeit sei unbedingt aufrechtzuerhalten. Seine Partei werde auch in der Gemeinderatsitzung diesen Standpunkt vertreten. Falls das nicht möglich sei, sollten die Arbeitgeber die Arbeiter in

den Räumlichkeiten pausieren lassen. Der Stadtratbeschluss sei vor der Konferenz erfolgt, was sehr ungünstig sei.

Von Dorn schließt sich Reumann an und kritisiert die überfallsartige Umsetzung.

Schwarz-Hiller will keine Sonderlösung für eine einzige Bevölkerungsgruppe und verlangt einen Aufschub von drei Tagen damit die Regierung die Arbeitgeber zwingen kann, den Arbeitern den Aufenthalt in der Betriebsstätte zu gewähren.

Die Meinungen differieren sehr: Die Sozialdemokraten wollen die unbedingte Aufrechterhaltung des Mittagsverkehrs, die liberale Partei ist strikt dagegen und der Bürgerklub verlangt eine Vorsprache bei der Regierung.

„Da es nicht Sache der Obmänner-Konferenz sei, Majoritätsbeschlüsse zu fassen, müsse die Beschlussfassung dem Gemeinderate vorbehalten werden“⁸³.

14. Februar 1917 – 67. Sitzung

Weiskirchner schildert die Audienz beim Arbeitsminister wegen der Kohlenfrage, dieser hat sich gemeinsam mit ihnen zum Kriegsminister begeben und die dramatische Lage in Wien geschildert.

Der Ministerrat hat sich schließlich damit beschäftigt und das verlangte Quantum der Gemeinde Wien zugesprochen.

Daher muss die drakonische Maßnahme im Betrieb der Straßenbahn nicht durchgeführt werden. Die Gemeinde hat sich zwar durchgesetzt, aber nur der harte Gemeinderatsbeschluss vom 12. Februar 1917 hat die Regierung zu diesem Handeln gezwungen.

Damit beschließen die Herren eine abendliche Verkürzung der Betriebszeiten und längere Intervalle in der verkehrsarmen Zeit.

Ein wesentlicher Teil des Erfolges war die Vorreihung von Wien von der dritten in die erste Klasse der Kohlenbezugsberechtigten durch einen Erlass des Arbeitsministers. Allerdings gilt diese Vorreihung nur unter Vorbehalt, deshalb kommt nur geringer Optimismus auf.

Dr. Schwarz-Hiller freut sich über den Erfolg und legt einem gemeinschaftlichen Beschluss keine Steine mehr in den Weg.

⁸³ 66. Wiener Obmänner-Konferenz vom 12. Februar 1917. S30.

Weiskirchner erwähnt abschließend, dass im „Berichte der Rathauskorrespondenz über die letzte Gemeinderatssitzung außerordentlich viele Stellen von der Zensur gestrichen worden seien“⁸⁴ und er dies bei der Regierung ansprechen möchte.

20. Februar 1917 – 68. Sitzung

Weiskirchner berichtet über seinen Briefverkehr mit dem Ministerpräsidenten wegen der schleppenden Kohleversorgung und unterstreicht damit seine guten Beziehungen.

6. März 1917 – 69. Sitzung

Die Kohlelieferungen an das E-Werk haben sich eingependelt. Skaret wirft aber ein, dass die Bergarbeiter infolge Unterernährung nicht mehr so leistungsfähig seien und daher die Kohleförderung in den heimischen Gruben stark zurückgehe.

23. März 1917 – 70. Sitzung

Es wird wieder die schlechte Lebensmittelversorgung angesprochen. Skaret spricht für die kleinen Leute: Er „könne sich vorstellen, dass wohlhabende Leute ohne Kartoffel leicht leben können, unmöglich aber eine arme Familie“⁸⁵.

29. März 1917 – 71. Sitzung

Die Kohlelieferung hat sich verbessert. Bürgermeister Weiskirchner hat Zusendungen der Bevölkerung wegen einer Verlängerung der Straßenbahnbetriebszeiten erhalten, er hat daher die Direktoren eingeladen einen Bericht abzugeben. Die Direktion hat nichts einzuwenden.

Die Konferenz stimmt einmütig zu, die Betriebszeiten wieder zu verlängern. Außerdem wird die Errichtung einer städtischen Gemüsetrocknerei beschlossen.

11. April 1917 – 72. Sitzung

Das städtische Gaswerk beantragt die Erwirkung eines Verbotes der Verwendung von Gas zur Raumheizung im nächsten Winter. Reumann und Skaret sind dagegen. Die sozialdemokratische Partei kann die Auswirkungen nicht spontan abschätzen und bittet

⁸⁴ 67. Wiener Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1917. S11.

⁸⁵ 70. Wiener Obmänner-Konferenz vom 23. März 1917. S13.

um einen Aufschub von acht Tagen, da die Maßnahmen tief in das Privatleben der Bevölkerung einschneiden. Von diesem geplanten Verbot würden die ärmsten Schichten der Menschen betroffen, die am wenigsten dafür können.

Dr. Hein möchte die Maßnahme im Gemeinderat besprechen, da eine vertrauliche Behandlung des Kohlenproblems nicht mehr notwendig sei. Die Kriegsgegner sind bereits genau über die wirtschaftliche Lage unterrichtet. Eine Verschiebung von acht Tagen scheint für alle vertretbar zu sein.

18. April 1917 – 73. Sitzung

Es folgt eine erneute Diskussion um die Versorgung bzw. wegen der neuen Ernte. Die Bevölkerung glaubt, dass Lebensmittel zurückgehalten werden.

Skaret meint, dass seine Parteifreunde fast täglich Streiks in den Munitionsfabriken abwickeln müssen. Man stehe jeden Moment vor der Gefahr, dass die Streiks um sich greifen.

Reumann bezeichnet die Notlage als prekär. Die Bevölkerung sei nicht mehr in der Lage die Situation durchzustehen. Es muss

endlich das Eingeständnis gemacht werden [...] wir seien wirtschaftlich geschlagen und können den Krieg nicht weiter führen. Es müsse der Regierung die Frage vorgelegt werden, ob sie es darauf ankommen lassen wolle, dass durch öffentliche Explosionen der Volksmassen, durch öffentliche Kundgebung des Hungers unsere Ohnmacht eingestanden werde, oder ob sie nicht dem Ernst der Situation Rechnung tragen und entsprechende Verfügungen treffen wolle⁸⁶.

Bürgermeister Weiskirchner will angesichts der schwerwiegenden Probleme am nächsten Tag beim Minister-Präsidenten vorsprechen.

Steiner ist nicht derselben Meinung wie Reumann. Er will nicht öffentlich eingestehen, dass Österreich wirtschaftlich geschlagen ist. Es müsse alles aufgeboten werden, da „die Morgenröte des Friedens“⁸⁷ nahe.

Dr. Hein schließt sich Reumann an. Da immer auf die Gemeinde die Vorwürfe zurückfallen, sei keine Zurückhaltung gegenüber der Regierung notwendig. „Man könne wohl an dem ursprünglichen Verteidigungsplan festhalten, aber in der gegenwärtigen Situation

⁸⁶ 73. Wiener Obmänner-Konferenz vom 18. April 1917. S8.

⁸⁷ 73. Wiener Obmänner-Konferenz vom 18. April 1917. S8.

nicht mehr an so weitgehende Eroberungspläne denken⁸⁸. Die Bevölkerung könne das Leiden nicht mehr ertragen. Von einer Veröffentlichung rät er ab.

Dr. von Dorn möchte auch kein öffentliches Eingeständnis. Er will aber ein Kommuniqué publizieren, in dem die Ohnmacht der Obmänner-Konferenz gegenüber der Zentralmächte bzw. der Regierung dargestellt wird. Eine Deputation soll zum Ministerpräsidenten geschickt werden um eine Garantie zur Deckung der Versorgung zu erhalten. Der Minister-Präsident könnte durch eine Einberufung des Gemeinderats motiviert werden.

4. Mai 1917 – 74. Sitzung

Das geplante Gasverbot wurde durch die Sozialdemokraten entschärft und der Entwurf der Verordnung wird nun neu vorgelegt. Diese Verordnung wird wie gewünscht von der Regierung erlassen.

Die Versorgung mit Kartoffeln wurde für eine weitere Woche unterbrochen.

24. Mai 1917 – 75. Sitzung

Für das neue Budget ging das Magistrat davon aus, dass der Gemeinderat alle finanzpolitischen Maßnahmen erneuern werde. Es folgen lange Ausführungen über den finanziellen Stand der Gemeinde. Keiner der Obmänner will sich festlegen, eine umgehende Besprechung der Sachverhalte in den einzelnen Klubs und eine sofortige Berichterstattung werden zugesagt.

4. Juni 1917 – 76. Sitzung

Die Aufstandsbewegung hat die Straßenbahner ergriffen. Alle Arbeiter wollen eine Lohn-erhöhung, auch die Mitarbeiter von Gas- und E-Werk haben Memoranden überreicht. Skaret spricht sich grundsätzlich für eine Erhöhung aus, die Leistbarkeit für die Gemeinde sei eine andere Frage. Es folgt eine allgemeine Gehaltsdiskussion und eine Debatte über die Privilegien diverser Berufsgruppen.

Dr. Schwarz-Hiller „möchte über ein Thema sprechen, welches vielleicht Unruhe hervorrufen wird“⁸⁹: Die Steuerkraft Wiens soll in kommunalen Angelegenheiten der Stadt

⁸⁸ 73. Wiener Obmänner-Konferenz vom 18. April 1917. S11.

⁸⁹ 76. Wiener Obmänner-Konferenz vom 4. Juni 1917. S15.

Wien erhalten bleiben. Österreich steht vor Verfassungsänderungen, daher sollen ein neues Gemeindestatut und ein neuer Verwaltungsapparat entworfen werden.

Das ehemalige Schlagwort von der Reichsunmittelbarkeit Wiens ist nicht durchsetzbar, Schwarz-Hiller will aber die Befreiung Wiens von den Landesfinanzen. Derzeit gibt es eine Zahlung von mehr als 40% an das Land, die Gemeinde muss sich stets mit dem Land einigen. Das Budget Wiens belastet die Bevölkerung enorm, die finanzielle Unabhängigkeit Wiens wäre im Interesse der Bürgerschaft. Dr. Hein will ebenfalls die Reichsunmittelbarkeit, also die finanzielle Loslösung von der Landesverwaltung.

21. Juni 1917 – 77. Sitzung

In dieser Sitzung findet eine emotionale Diskussion wegen der geplanten Erhöhung der Straßenbahn-Tarife statt.

5. Juli 1917 – 78. Sitzung

Es wird eine Kohlenversorgungskommission fix eingerichtet, in der der Bürgermeister und die Vizebürgermeister Mitglieder sein sollen.

Gemeinderat Skaret warnt vor einer schrecklichen Zeit in punkto Lebensmittelversorgung.

16. August 1917 – 79. Sitzung

Die 79. Sitzung ist die erste nach einer kurzen Sommerpause.

Weiskirchner berichtet, dass Schriftführer Radler ein Verzeichnis über die Tätigkeit angelegt hat und überreicht dieses an die Herren als Widmung.

Reumann spricht sich für einen Unterhalt für Frauen aus.

Die Lohndiskussion brandet erneut auf, Dr. von Dorn möchte Lohnkosten sparen und die Verwaltung reformieren. Er schlägt eine Aufnahmesperre für Beamte vor. Dr. Schwarz-Hiller ist ebenfalls gegen die hohe Anzahl von Beamten. Das Versorgungsprinzip unterdrückt den Unternehmensgeist, weil jeder nach einer sicheren Anstellung strebt. Er spricht andauernde Lohnkämpfe an, auch verliere die Verwaltung ihren Unabhängigkeitsstatus. Außerdem betont er die Beamtenstellung ein Politikum. Er wiederholt daher seinen Wunsch nach einer Reform der Verwaltung. Gemeinderat Steiner ist ebenfalls für eine Verwaltungsreform.

Schmid spricht für den Gewerbestand und bittet um eine Kredithilfe, um nicht einseitig die Beamten zu unterstützen. Alle Teilnehmer der Konferenz sind dafür.

29. August 1917 – 80. Sitzung

Diese Sitzung wird durch die Diskussion um die Einführung von neuen Steuern geprägt, um die Finanzierung der Gemeindeaufgaben zu gewährleisten. Dr. von Dorn schlägt eine Fenstersteuer nach Pariser Vorbild vor. Reumann meint, dass in der Neuen Freien Presse bereits über die Realisierung dieser Steuer berichtet wurde.

In diesen Belangen gibt es aber Kompetenzkonflikte mit dem Staat, der einige Steuern selber einführen will.

Gemeinderat Reumann von den Sozialdemokraten will sich zu dieser Frage nicht äußern, da seine Klientel keinen Einfluss auf die Wiener Gemeindeverwaltung habe. Wenn seiner Wählerschicht eine größere Vertretung zugesprochen werden würde, könnte er sich auch aktiver einbringen. Seine Partei kann nur eine neutrale Haltung zum Thema einnehmen, eine Diskussion ist für ihn überflüssig. Seine Partei hat bisher in die gesamte Gebarung keinen Einblick bekommen. Gemeinderat Schmid bedauert die Einstellung Reumanns.

Vizebürgermeister Hoß führt aus, dass er solche Äußerungen auch schon im Gemeinderat vernommen hat. Er erinnert an die Bearbeitung der Wahlordnung und ermahnt zur Zusammenarbeit.

Reumann erwidert „die Art der Behandlung der Wahlordnung habe etwas verletzendes“⁹⁰. Er will zumindest Informationen an die Bevölkerung ausgeben, wenn schon die Erledigung nicht durchführbar ist.

Jakob Reumann will auch ausführlichere Berichte in den Tageszeitungen über die Bemühungen der Gemeinde in der Kartoffelversorgung. Bürgermeister Weiskirchner kritisiert die Zeitungen grundsätzlich.

Dr. Hein entschuldigt die unreflektierte Arbeitsweise der Zeitungen. Weiskirchner will die Vertreter der Zeitungen persönlich sprechen und an ihre Wahrheitspflicht erinnern, da die vielen unrichtigen Notizen in den Blättern zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen.

⁹⁰ 80. Wiener Obmänner-Konferenz vom 29. August 1917. S15.

17. September 1917 – 81. Sitzung

Es wird über die Einführung neuer Steuern gesprochen. Die Obmänner klagen darüber, dass die Regierung die Gemeinde im Stich lässt und keine Unterstützung zur Bewältigung der Krise bietet.

Vizebürgermeister Hierhammer kritisiert die Journalisten und meint, dass diese die Bevölkerung aufhetzen.

24. September 1917 – 82. Sitzung

Die Steuerdiskussion geht weiter. Schwarz-Hiller spricht für seine Klientel und möchte eine Dienstbotensteuer und eine Klaviersteuer verhindern.

16. Oktober 1917 – 83. Sitzung

Reumann möchte mehr Züge im Straßenbahn-Betrieb zur optimierten Erschließung der Außenbezirke. Einige Intervalle seien schon geändert worden ohne die Konferenz davon zu informieren. Dies würde vor allem die Arbeiter auf dem Heimweg behindern.

7. November 1917 – 84. Sitzung

Nach dem wöchentlichen Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens wird ein Vergleich zwischen den Lebensmittelkartensystemen in Wien und Berlin vorgestellt. Danach folgt eine allgemeine Diskussion zum Versorgungszustand.

Dr. Hein meint, aus dem Bericht kommt klar heraus, dass „wir vollständig von der Hand in Mund leben“⁹¹.

Weiskirchner verspricht, hinsichtlich der Milch, Fett- und Kohlenfrage bei der Regierung vorzusprechen und betont, dass sich die Gemeinde bisher keine Versäumnisse vorzuwerfen hat.

Reumann warnt vor der sicher kommenden Katastrophe im heurigen Winter; die Bevölkerung werde das nicht mehr aushalten, „mit dem Ernährungsminister sei nichts anzufangen“⁹². Weiskirchner entgegnet, dass die Versorgung nun drei Jahre lang funktioniert habe und auch weiterhin funktionieren wird. Er hätte so wie alle anderen in

⁹¹ 84. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. November 1917. S16.

⁹² 84. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. November 1917. S17.

der Konferenz die Katastrophe schon eher erwartet, aber „es sei immer wieder gelungen, die Klippe zu überwinden“⁹³.

20. November 1917 – 85. Sitzung

Es folgt ein Bericht über die Kohlenversorgung. Die Gemeinde überlegt, ein eigenes Kohlebergwerk kaufen.

Weiskirchner berichtet von der Audienz bei der Regierung und meint, „das Schlussergebnis sei trostlos“⁹⁴.

Steiner will die Regierung anweisen, sich um die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung zu kümmern, da anderenfalls immer die Gemeindeverwaltung für alles verantwortlich gemacht werde. Der Reichsrat solle den Missstand lösen.

Skaret findet die Bitte von Steiner merkwürdig und führt aus, dass im Ernährungsausschuss die Agrarier in der Mehrheit sind und auch nur drei Wiener einen Sitz haben.

Dr. Hein erklärt, dass die aktuelle Situation vom Minister-Präsidenten sehr niederschmetternd geschildert wurde: Es sei kein Plan erkennbar, es bestehe eine Abhängigkeit von Ungarn. Gleichzeitig hinterfragt er die Verhandlungsmacht der österreichischen Regierung gegenüber Ungarn. Bürgermeister Weiskirchner möchte alle Wiener Abgeordneten ohne Rücksicht auf die Partei zu einer Konferenz einladen, an der auch die Obmänner teilnehmen sollen. Alle stimmen dieser Idee zu.

Gemeinderat Skaret fordert die Einbeziehung der Hausbesorgerwohnungen in den Mieterschutz, der Bürgermeister möchte dieser Bitte entsprechen.

18. Dezember 1917 – 86. Sitzung

Die Gesundheitsverhältnisse stellen sich trotz der Jahreszeit positiv dar. Weiskirchner berichtet von dem Gebiet an der Donau, welches von Kaiserin Maria Theresia der Gemeinde geschenkt wurde und durch ein Jagdservitut belastet ist. Das Gebiet wurde zuvor nicht genutzt, während des Krieges aber schon und ist daher in Mitleidenschaft gezogen. Er möchte dort einen landwirtschaftlichen Betrieb zur Gemüseversorgung einrichten und bereits die volle Unterstützung von Kaiser Karl. Auch die Lobau soll

⁹³ 84. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. November 1917. S17.

⁹⁴ 85. Wiener Obmänner-Konferenz vom 20. November 1917. S14.

eingemeindet werden, was ebenso einen Vorteil für die Versorgung Wiens darstellt. Dieses Areal soll als Naturpark deklariert werden.

15. Jänner 1918 – 87. Sitzung

Es gibt erneut gravierende Probleme mit der Kohlenversorgung für das Gaswerk, das die Gasversorgung für Wien nur bis Mitte Februar gewährleisten kann. Die Büros werden derzeit auf höchstens 10 Grad aufgeheizt woraus viele Krankenstände resultieren.

Die Schuld wird wieder auf das Arbeitsministerium geschoben, das den Nachschub nicht sicherstellen kann.

Außerdem ist eine weitere Einschränkung geplant, diese wird aber von der Konferenz nicht kritiklos hingenommen werden. Das Eisenbahnministerium stellt die Lage nicht so dramatisch dar, Dr. Hein kritisiert die Informationspolitik der Regierung.

Gemeinderat von Steiner nimmt wieder die Gemeindeverwaltung in Schutz, im eigenen Kompetenzbereich wurde alles Menschenmögliche unternommen. Er will daher das Arbeitsministerium darauf aufmerksam machen, dass „die Regierung dafür verantwortlich gemacht werden müsse, wenn durch die Beschränkung der Abgabe von Gas nicht nur eine schwere wirtschaftliche, sondern auch eine moralische Depression in der Bevölkerung zu erwarten sei“⁹⁵.

Es folgt eine weitere Debatte um die Herabsetzung der Kohlenquote. Die Sozialdemokraten unter Reumann sind dagegen. Schmid von den Bürgerlichen entgegnet, dass eine Senkung der Quote vorzuziehen sei, da somit wenigstens eine höhere Anzahl von Bürgern weniger bekommt, bei Reumann würden viele Menschen überhaupt nichts erhalten. Schmidt will die unsoziale Haltung der Sozialdemokraten betonen. Es folgt eine rege Diskussion. Gemeinderat Skaret unterstützt Reumann und meint, die Reduktion der Quote würde die Missstände in der Kohleversorgung nicht verringern, da das „Protektionswesen nicht auszurotten sei“⁹⁶. So würde der Kleinhändler zuerst den Hausbesitzer beliefern, dann den Hausmeister, den Wirten, und so weiter. Für die sozialdemokratische Klientel würde so nichts überbleiben, egal wie man es anlegt.

Skaret echauffiert sich, dass

die Leute zu ihm kämen und zu seinen Parteigenossen und sagen, wie lange sie noch zusehen wollen. [...] Man kann sich kaum eine Vorstellung von den un-

⁹⁵ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S9.

⁹⁶ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S12.

glaublichen Zuständen machen. Sie hätten die größte Mühe, die Leute immer wieder zurückzuhalten. Der sofortige Ausbruch sei schwer zu verhindern. In Wiener Neustadt stehe alles zum Streik bereit⁹⁷.

Reumann behauptet, dass Kohle hinterzogen würde und verlangt einen Wachmann für jeden Kohlenhändler.

Hoß ist eher für Schmidts Vorschlag. Dr. Schwarz-Hiller findet das Argument richtig, will sich aber dem Vorschlag der Sozialdemokraten anschließen. Die Reduktion würde die Bevölkerung deprimieren, die „Gemeinde habe keine Veranlassung, für die Sünden der Regierung zu büßen“⁹⁸.

Wieder gibt es ein negatives Signal im Tagblatt, das die Gemeinde der Untätigkeit bei der Mehllversorgung bezichtigt. Auch in fremdsprachigen Zeitungen wird berichtet. Daher sollen Zwangsmaßnahmen wie die Herabsetzung der Mehllquote ergriffen werden.

Dr. Hein sei darauf hingewiesen worden, dass die ausländische Presse Österreich-Ungarn schädigen möchte. Er will die Sache vor den Gemeinderat bringen. Ungarn müsse seine Verpflichtungen erfüllen und die Regierung müsse energischer auftreten.

Gemeinderat Skaret von den Sozialdemokraten sieht schwarz und meint, dass alle Vorräte nur mehr bis Februar halten werden. Er würde es für ein „nicht mehr gut zu machendes Versäumnis halten, wenn nicht morgen im Gemeinderat ein klares Bild über den Stand der Dinge“ gegeben wird⁹⁹.

Skaret will die Selbstversorgerquote senken aber weiß, dass dies eine heikle Frage für die ideologische Ausrichtung der christlichsozialen Partei sei, „aber solle die städtische Bevölkerung schließlich die ganze Last des Krieges allein auf ihre Schultern nehmen?“¹⁰⁰.

Weiskirchner entgegnet, dass man dann auch verlangen müsse, die ungarische Quote anzupassen. Dr. Schwarz-Hiller will das Thema ebenfalls vor den Gemeinderat bringen.

16. Jänner 1918 – 88. Sitzung

Es gibt Arbeiteraufstände in den Fabriken. Bürgermeister Weiskirchner bittet die sozialdemokratischen Teilnehmer ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft geltend zu machen, um diese Zustände zu beenden.

⁹⁷ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S12.

⁹⁸ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S12.

⁹⁹ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S17.

¹⁰⁰ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S17.

Skaret entgegnet, dass diese Aufruhre nicht geplant waren sondern eine spontane Aktion darstellten. Dr. Schwarz-Hiller nimmt Skaret die Unwissenheit nicht ab und findet die wilden Streiks beunruhigend.

Schwarz-Hiller hat vernommen, dass ein Generalstreik zur Herbeiführung des Friedens geplant sei. Die Obmänner sind sich unsicher, ob sie dieses Thema im Gemeinderat ansprechen sollen. Schließlich sind sie sich einig, dieses heikle Thema im Plenum öffentlich zu besprechen, um diverse Gerüchte in der Bevölkerung zu entschärfen.

26. Jänner 1918 – 89. Sitzung

Es gibt keine Besserung in der Kohlenzufuhr seit dem Bericht vom 15. Jänner. Es folgt eine Diskussion um die Holzversorgung bzw. um Zukauf von Bauholz. Dieses Thema möchte von Rain nicht im Gemeinderat diskutiert werden, da er wegen der Offenlegung der Gemeinderatsprotokolle eine inferiore Verhandlungsposition fürchtet.

Der Holzbedarf wird vorausblickend für den Wiederaufbau geplant, seitens der Obmänner-Konferenz sollen die Regierung und das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft vorgewarnt werden. Es folgen allgemeine Diskussionen über die Lebensmittelversorgung.

6. Februar 1918 – 90. Sitzung

Die Teilnehmer der Konferenz diskutieren den Ankauf von verschiedenen Gründen rund um Wien. Dr. von Dorn möchte den Himmel und den Kahlenberg erwerben, da man in der Mulde zwischen Cobenzl und Kahlenberg eine herrliche Cottageanlage bauen könnte. Dr. Hein ist ebenfalls für eine Ergänzung des Wald- und Wiesengürtels.

Weiskirchner will die Länderbank als Strohhalm in die Verhandlungen schicken. Der Gemeinderat solle die Transaktion nachträglich genehmigen.

Es wird außerdem die Einrichtung einer Landwirtschaftsstelle beschlossen und es erfolgt eine politische Einigung auf den Obertierarzt.

5. März 1918 – 91. Sitzung

Durch die zunehmende Anzahl von heimkehrenden Kriegsgefangenen hat sich eine neue Herausforderung entwickelt. Die neue Situation erzeugt Probleme in der Stadt, die Konferenz beschließt, die Regierung um die Bekanntgabe ihrer Pläne zu bitten.

Gemeinderat Skaret berichtet von seinen Erfahrungen mit Kriegsinvaliden, die eine Gefahr für die eigenen Familien darstellen. Viele von ihnen sind an Tuberkulose und Skorbut erkrankt. Die unzulängliche Behandlung der Heimkehrer würde Unmut erzeugen. Gemeinderat Steiner berichtet von Problemen des Fremdenverkehrsamtes mit der Unterbringung von Fremden.

29. März 1918 – 92. Sitzung

Ein sehr wichtiges Thema in dieser Sitzung ist wieder die Frage der Fleischversorgung. Gemeinderat Skaret meint, „wer keinen Einblick in die Arbeiterfamilien hat, könne sich nicht vorstellen, wie die Verhältnisse sind“¹⁰¹.

Dr. Hein will die Fleischproblematik an die Öffentlichkeit bzw. in den Gemeinderat bringen. Er plädiert für eine Regelung der Verteilung, derzeit herrsche Anarchie.

Jakob Reumann spricht indirekt für die Arbeiter Wiens: „die Bevölkerung Wiens könne diesen Zustand nicht länger ertragen“¹⁰².

17. April 1918 – 93. Sitzung

In dieser Sitzung werden vor allem Gehaltsfragen diskutiert, insbesondere die geplanten Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst.

Reumann setzt sich für die Beschleunigung der Auszahlung eines Unterstützungsbeitrages ein. Er möchte eine Entscheidung hinsichtlich der Kriegszulage und will nicht auf das Parlament warten, da er dessen Entscheidungsgewalt negativ einschätzt.

14. Mai 1918 – 94. Sitzung

Gemeinderat Skaret beschwert sich über die Qualität des Essens in den Kriegsküchen.

Reumann fragt nach dem Status der Diskussion um das neue Budget. Gemeinderat Rain hofft, dass diese Frage bis Mitte Juni im Gemeinderat beraten werden könne aber vielleicht der Druck nicht nachkomme.

Reumann will daher die unwichtigen Sachen vom Druck aussparen, Weiskirchner will das Budget ordnungsgemäß erledigt haben und keine überstürzten Aktionen zulassen.

¹⁰¹ 92. Wiener Obmänner-Konferenz vom 29. März 1918. S9.

¹⁰² 92. Wiener Obmänner-Konferenz vom 29. März 1918. S13.

7. Juni 1918 – 95. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner liest ein Schreiben von Gemeinderat Goltz vor:

Der unterzeichnete Obmann beehrt sich, Seiner Exzellenz davon Mitteilung zu machen, dass sich die `demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates' gebildet hat. Ihr gehören an: Die Gemeinderäte A.D. Goltz, Alois Moisl, Gustav Schäfer, Josef Stein und Dr. Blasiel. Zugleich erlaube ich mir, den Beschluss der Vereinigung mitzuteilen, dass unser Obmann nur an solchen Obmänner-Konferenzen teilnehmen wird, die sich ausschließlich mit der technischen Vorbereitung der Gemeinderats-Sitzungen befassen, es jedoch ablehnt, dort in fachliche Beratungen einzugehen, da unsere Vereinigung nur die im Statut vorgesehenen Körperschaften, Stadtrat und besonders den Gemeinderat wegen der Kontrolle durch die Öffentlichkeit als hiezu berechtigt anerkennt¹⁰³.

Goltz wurde daraufhin von Weiskirchner eingeladen, der Sitzung beizuwohnen, weil die Budgetverhandlung vorbereitet wird. Goltz allerdings übermittelt,

dass wir an den Verhandlungen der Obmänner-Konferenz nicht teilnehmen können, weil wir dieselben jetzt, nachdem die Tagung des Gemeinderates nicht gehindert ist, für überflüssig und unwichtig halten – unserer Ansicht nach gehörten alle diese sachlichen Fragen vor das öffentliche Forum der Gemeinderats-Sitzungen¹⁰⁴.

Weiskirchner verteidigt die Notwendigkeit der Konferenz und nennt ihren wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Gemeinderats-Sitzungen während der letzten zwei Jahren und dass diese dadurch außerordentlich sachlich und in würdiger Form verlaufen würden.

Von Dorn meint, die Obmänner-Konferenz fasse keine Beschlüsse und maße sich daher auch keine Rechte an - die Verantwortung selber bleibe bei den verantwortlichen Stellen.

Es folgt eine Diskussion über den Ablauf der Budgetberatungen im Gemeinderat.

Hein spricht Weiskirchner noch einmal wegen der neuen Gruppe um Goltz an und bittet um dessen persönliche Meinung. Weiskirchner erwidert leicht säuerlich,

dass er sich von einer so kleinen Gruppe nicht kommandieren lasse. Es sei eben der Fehler des Parlaments, dass, wenn drei Leute eine Gruppe bilden, sie ebenso behandelt werden wie die führenden Parteien. Wenn Herr Gemeinderat Stein eine Rede halten wolle, so möge er sie eben halten¹⁰⁵.

¹⁰³ 95. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Juni 1918. S5.

¹⁰⁴ 95. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Juni 1918. S5.

¹⁰⁵ 95. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Juni 1918. S6.

15. Juni 1918 - 96. Sitzung

Der Ablauf der Budgetberatung wird bestätigt. Es mangelt an Ideen für neue Steuern. Alle Möglichkeiten werden bereits von der Regierung ausgeschöpft.

Eine lebhafte Diskussion um die Aufnahme von Anleihen entsteht. Dr. Schwarz-Hiller vertritt seinen Standpunkt mit einer nachdenklichen Aussage und meint, dass „die heutige Generation durch den Krieg ohnehin furchtbar leide, während die andere Generation die Wohltaten des Krieges genießen werde“¹⁰⁶.

17. Juni 1918 – 97. Sitzung

Weiskirchner eröffnet diese außerordentliche Zusammenkunft aus einem ernsten Grund. Die Brotquote ist von der Regierung auf die Hälfte reduziert worden, da die Vorräte zu Ende sein und die von Deutschland erwartete Aushilfe nicht käme.

Die Regierung meinte, dass Weiskirchner diese Tatsache zur Kenntnis nehmen soll. Dieser erwiderte die Aufforderung mit heftigem Protest und einer Einberufung der Obmänner-Konferenz und des Gemeinderates. Das Stadtoberhaupt könne diese Entscheidung nicht zur Kenntnis nehmen und nicht die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt übernehmen.

Regierungsrat Schmid findet die Situation katastrophal, weil niemand die Bevölkerung darauf vorbereiten konnte. Skaret sagt, „die Leute seien der Sache überdrüssig, unterernährt, erschöpft. [...] Wenn kein Wandel geschieht, legen wir uns lieben zuhaufe nieder, als dass wir bei den geringen Rationen unsere Muskelkraft hergeben sollen“¹⁰⁷. Das Militär hingegen feiert trotz der leidenden Zivilbevölkerung ausgelassene Feste, seine Partei habe die Vertrauensleute aller Bezirke zusammengezogen.

Leitner berichtet aus seinem Bezirk. Die Leute führen bereits revolutionäre Reden: „Uns ist es gleich, ob wir verhungern oder erschossen werden“¹⁰⁸.

Die Sozialdemokraten befürchten eine Arbeitsniederlegung in den Fabriken. Reumann will daher die Bevölkerung aufklären und die Tätigkeit der Obmänner-Konferenz vorteilhaft präsentieren. Es soll daher eine Stellungnahme im Gemeinderat erfolgen und alle unternommenen Schritte bei der ungarischen und deutschen Regierung dargelegt werden. Ein ausführlicher Bericht soll in den Tageszeitungen veröffentlicht werden.

¹⁰⁶ 96. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Juni 1918. S9.

¹⁰⁷ 97. Wiener Obmänner-Konferenz vom 17. Juni 1918. S3.

¹⁰⁸ 97. Wiener Obmänner-Konferenz vom 17. Juni 1918. S3.

Dr. Hein will ebenfalls eine ungeschminkte Darstellung in den Gemeinderat bringen, die letzten Reserven der Stadt Wien aber nicht angreifen.

9. Juli 1918 – 98. Sitzung

Das erste Diskussionsthema dieser Sitzung ist die Funktionsgebühr für den Bürgermeister, die Vizebürgermeister und die Bezirksvorsteher. Keiner hat etwas gegen eine Erhöhung einzuwenden. Dr. von Dorn will sich aber wieder mit seinem Klub beraten.

Bürgermeister Weiskirchner verlangt die Einführung einer Personaleinkommenssteuer. Er kennt und würdigt alle Gegenargumente, aber „in der gegenwärtigen außerordentlichen Zeit treten alle Argumente vor der Not des Augenblicks zurück“¹⁰⁹.

30. August 1918 – 99. Sitzung

Bei dieser Sitzung ist außer dem Bürgermeister, Vizebürgermeister Hierhammer, den Gemeinderäten Schmid und Leitner sowie Dr. Schwarz-Hiller kein weiterer Teilnehmer zugegen.

Die Verantwortlichen der Wiener Straßenbahn überlegen, ob sie angesichts des heurigen Winters den Betrieb bereits reduzieren oder ob sie auf ein nahes Ende des Krieges hoffen sollen.

Vizebürgermeister Hierhammer unterbreitet aufgrund der Verbreitung unfassbarer Lügengeschichten in den Medien den Vorschlag, dass die Pressevertreter eingeladen und über die wahren Verhältnisse aufgeklärt werden sollen.

9. August 1918 – 100. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner erinnert daran, dass heute die 100. Sitzung der Obmänner-Konferenz stattfindet. Am 28. Juli 1914, am Tage der Kriegserklärung gegen Serbien, hatte die erste Sitzung getagt.

Er gedenkt jener Herren, welche an der Obmänner-Konferenz teilgenommen haben und leider verstorben sind. Er dankt den Kollegen herzlich und verbindlich für ihre Zusammenarbeit und spricht die Erwartung aus, „dass die Obmänner-Konferenz in diesem

¹⁰⁹ 98. Wiener Obmänner-Konferenz vom 9. Juli 1918. S9.

Sinne weiter dem Bürgermeister zur Seite stehen werde, so lange sich die Notwendigkeit in der Kriegszeit ergibt“¹¹⁰.

Weiskirchner teilt mit, dass er informiert wurde, dass italienische Flieger über Wien geflogen sind und Flugzettel abgeworfen haben. Er bedauert das Versagen des Abwehrapparates und wartet auf weitere Nachrichten.

Bürgermeister Weiskirchner war beim Kaiser zur Audienz und hat ihm von den katastrophalen Verhältnissen berichtet. Es gibt erneut Einschnitte im öffentlichen Verkehr. Dr. Schwarz-Hiller und alle anderen Teilnehmer der Konferenz halten es für unmöglich, dass die Obmänner-Konferenz oder der Stadtrat derartig schwerwiegende Beschlüsse fällen. Das solle der Gemeinderat tun, da dieser von der Bevölkerung gewählt wurde und daher verantwortlich ist.

16. September 1918 – 101. Sitzung

Die österreichisch-ungarische Regierung hat eine Aktion zur Erreichung des Friedens gesetzt und erste Besprechungen mit den Kriegsgegnern geführt. Der Gemeinderat will dies nicht unkommentiert lassen und mit einem öffentlichen Bekenntnis zum Frieden die Arbeit der Regierung unterstützen.

Vor allem die sozialdemokratische Partei ist hier federführend und hat bereits einen Vorschlag entworfen. Bürgermeister Weiskirchner sieht die ersten Schritte der Regierung nicht so optimistisch wie Jakob Reumann, hofft aber, durch die Friedenskundgebung des Wiener Gemeinderates den Bestrebungen der Monarchie eine bisher nicht enthaltene Stärke zu geben.

7. Oktober 1918 – 102. Sitzung

Der Bürgermeister bemerkt, dass es Pflicht der Gemeindevertretung sei, den „neuesten Friedensschritt der Regierung zu begrüßen und neuerlich ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck zu geben. [...] weil die Stadt Wien als größtes deutsches Gemeinwesen der Monarchie daran in erster Linie interessiert sei“¹¹¹, will er auch den Antrag der deutschen Sozialdemokraten wegen des Zusammenschlusses aller Deutschen reflektieren.

Die Streiks haben die Gaswerkstätten erreicht.

¹¹⁰ 100. Wiener Obmänner-Konferenz vom 9. August 1918. S1.

¹¹¹ 102. Wiener Obmänner-Konferenz vom 7. Oktober 1918. S1.

19. Oktober 1918 – 103. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner war beim Ernährungsminister vorstellig und will mit dem ernüchternden Ergebnis noch nicht an die Öffentlichkeit gehen, sondern vorerst die Beschlüsse des Nationalrates abwarten. Die Stadt Wien steht vor einer Hungersnot, die Regierung ist ohnmächtig. Der ganze Apparat versagt, es ist keine Exekutive präsent.

Ob der deutsche Nationalrat eine Exekutive etabliert, kann Weiskirchner nicht beantworten. Er will aber vorbringen, dass sich der deutsche Nationalrat auch für die Bevölkerung Deutschösterreichs einsetzt.

Weiskirchner ist maßlos enttäuscht, dass er als Bürgermeister des „größten deutschen Gemeinwesens“¹¹² nicht Mitglied des deutschen Nationalrates sei.

Es wird von Weiskirchner empfohlen, die Bevölkerungsanzahl von Wien zu reduzieren. Alle Ausländer wie Ungarn und Polen sollen freiwillig die Stadt verlassen.

Gemeinderat Reumann möchte diese Äußerung nicht unkommentiert im Raum stehen lassen und warnt vor möglichen resultierenden Feindseligkeiten in der Bevölkerung.

Die Obmänner wollen einen eigenen Ernährungs-Ausschuss etablieren, der anfänglich in der Person der Obmänner-Konferenz besteht und später im Gemeinderat gewählt wird. Hein sieht dies auch als Entlastung der Konferenz.

21. Oktober 1918 – 104. Sitzung

Bürgermeister Weiskirchner berichtet, dass heute die Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs stattgefunden hat.

3. November 1918 – 105. Sitzung

Diese Sitzung wurde wegen der Vergebung einer 250 Mio. Kronen Anleihe einberufen, da befürchtet wird, dass Wien ansonsten später kein Geld mehr beschaffen kann.

Ferdinand Skaret ändert die Tagesordnung und führt an, dass auf allen Gebieten der deutschösterreichischen Verwaltung Änderungen eingetreten seien, und erinnert, dass die Mandate des Gemeinderats längst abgelaufen sind. Er hält es für absurd, dass der Gemeinderat unberührt bleibt und die Christlich-sozialen so weiter „fortwirtschaften“¹¹³ wollen.

¹¹² 103. Wiener Obmänner-Konferenz vom 19. Oktober 1918. S2.

¹¹³ 105. Wiener Obmänner-Konferenz vom 3. November 1918. S7.

Bürgermeister Weiskirchner hat schon vorab mit Jakob Reumann gesprochen. Er will vorher noch die Konstituierung der Landesversammlung abwarten, da es dadurch Auswirkungen auf die Gemeinde geben könnte.

Gemeinderat Skaret meint, es sei auch im Interesse der Bürger Wiens, dass eine größere Anzahl von Gemeinderäten die Arbeiter vertritt.

6. November 1918 – 106. Sitzung

Die Konferenz erteilt der Gemeinde die Ermächtigung dringend benötigte Kohle für das Gaswerk ankaufen zu dürfen. Das Problem bei der Gasversorgung besteht nun eher darin, die ehemaligen Kriegsgefangenen durch herkömmliche Arbeiter zu ersetzen. Reumann will den Gefangenen mehr Lohn bieten damit sie in Wien bleiben und hofft, dass das Lohnniveau später durch ein größeres Angebot an Arbeitskräften wieder sinken wird. Das E-Werk kämpft ebenfalls mit einem Mangel an Arbeitskräften.

Sparmaßnahmen bei der abendlichen Beleuchtung werden von Reumann und Schwarz-Hiller kategorisch abgelehnt, da sich sonst laut Dr. Schwarz-Hiller die Kriminellen zusammenrotten würden. Dr. von Dorn schiebt die Lösung der Probleme auf die Regierung.

Schmid ist in der Frage der erwarteten Wohnungsnot der Meinung, dass nach dem Krieg ein großer Zuzug zu erwarten sei und freie Wohnungen für die Deutschösterreicher zu reservieren seien. Außerdem würden bereits die Hausbesitzer mit Zinssteigerungen beginnen, obwohl das Mieterschutzgesetz noch nicht aufgehoben sei. Es wird beschlossen, gegen dieses strafbare Verhalten entschieden vorzugehen.

11. November 1918 – 107. Sitzung

Weiskirchner hält einen Nachruf auf den verstorbenen Staatssekretär Dr. Viktor Adler, Reumann drückt im Namen der sozialdemokratischen Partei Dank aus.

Wegen der allgemeinen Arbeitseinstellung und angesichts des geplanten Demonstrationzuges wird die Gemeinderatssitzung vom nächsten Tag verschoben. Weiskirchner bittet Skaret, über die Einzelheiten des Demonstrationzuges zu informieren.

Skaret teilt mit, dass am 11. November im Staatsrat der Gesetzesentwurf über die Erklärung Deutschösterreichs behandelt wurde und dass am 12. November die Erklärung Deutschösterreichs als Republik erfolgen werde und daher die Leute schwer von der

Straße wegzuhalten seien. Die Demonstration werde aber vorrausichtlich koordiniert und würdig ablaufen. Die Versorgung Wiens werde weiterhin aufrechterhalten.

Bürgermeister Weiskirchner hält den Augenblick der Verkündung des Anschlusses an die Republik Deutschland für äußerst unpassend, möchte sich aber in die Angelegenheiten der Nationalversammlung nicht einmischen. Der deutsche Botschafter hätte ihn vor 14 Tagen gewarnt, vor einem endgültigen Friedensschluss mit einem solchem Gedanken an die Öffentlichkeit zu gehen..

Weiskirchner zitiert daher aus verschiedenen ihm zugegangenen Telegrammen aus Bern, wo die

Entente aus einem vor Abschluss der Friedensverhandlungen erfolgten Anschlusse Deutschösterreichs an Deutschland die Konsequenzen dahin ziehen, die Bevölkerung Deutschösterreichs nicht nur nicht zu verproviantieren, sondern sie auch den in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht äußerst schweren Friedensbedingungen zu unterwerfen wie Deutschland. [...] Es ist nach meiner Information in der französischen Botschaft Gewissheit, dass, wenn deutsche Truppen von Norden nach Wien einrücken, Entente jede Lebensmittelhilfe verweigert. [...] Aufgrund authentischer, in der französischen Botschaft erhaltener Informationen kann ich mitteilen, dass Entente entschlossen ist, Deutschösterreich keinerlei Nahrungsmittel zukommen zu lassen, wenn Anschluss an Deutschland ausgesprochen wird¹¹⁴.

Als Grund für diese Einstellung wird angesehen, dass die Entente diesen Machtzuwachs Deutschlands nicht wolle und Weiskirchner schlägt als „treu zu seinem Volke haltender Deutscher“¹¹⁵ vor, die Absicht des Anschlusses nicht kundzutun und die Entente im Glauben zu belassen, dass Deutschösterreich in dieser Frage noch keine Entscheidung habe. Man nütze daher dem deutschen Volke viel mehr, wenn noch kein Entschluss gefasst werde. Er könne leider einen solchen Beschluss der Nationalversammlung nicht verhindern, aber Wien würde die Entente zur Aufrechterhaltung der Versorgung unbedingt brauchen. Er sucht nach einer Möglichkeit, diesen Beschluss noch in irgendeiner Weise aufzuhalten und bittet die Herren um entsprechende Vorschläge.

Dr. Schwarz-Hiller schließt sich dem Bürgermeister an und meint, diesen Anschluss nicht ohne Rücksicht auf die schweren Konsequenzen durchzuführen. Er bittet um eine vertrauliche Zuschrift der Obmänner-Konferenz an den Staatsrat.

¹¹⁴ 107. Wiener Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918. S1.

¹¹⁵ 107. Wiener Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918. S2.

Die Sozialdemokraten Skaret und Reumann meinen, dass die Entente ohnehin nicht helfen werde und daher die Besorgnis des Bürgermeisters irrelevant sei. Gemeinderat Kunschak von den Bürgerlichen möchte eine Delegation zum Staatsrat schicken, um die Haltung der Gemeinde kundzutun. Diese soll zur Außenwirkung der Gemeindeverwaltung dienen und die Pflichtverbundenheit der Gemeinde signalisieren. Dr. von Dorn von den Liberalen hält eine Deputation für überflüssig und will eine vertrauliche Mitteilung an den Staatsrat verfassen. Reumann befürchtet mögliche Unstimmigkeiten in der Nationalversammlung. Weiskirchner meint dazu, es reiche ihm die schriftliche Protokollierung der heutigen Sitzung, eine vertrauliche Note wäre nicht sinnvoll.

Dr. Schwarz-Hiller hält die ganze Sache nicht nur für eine politische Frage, sondern für eine Frage der Menschlichkeit. Es gäbe bereits Unstimmigkeiten in der Nationalversammlung, er ersucht daher den Bürgermeister unverzüglich mit den maßgebenden Personen des Staatsrates in Verbindung zu treten und den Standpunkt der Obmänner-Konferenz bekanntzugeben.

Weiskirchner will diesem Wunsch entsprechen, und sagt, „er sei ja für den Anschluss an Deutschland aber dagegen, dass der Beschluss im jetzigen Moment gefasst werde“¹¹⁶.

Gemeinderat Dr. Hein will ebenfalls den Standpunkt der Stadt Wien gegenüber der Entente veröffentlichen, da gerade die Stadt Wien sonst in höchste Not geraten würde. Vizebürgermeister Hoß fordert ebenso, dass der Bürgermeister die Gefahren für Wien aufzeigt und dies nicht unkommentiert bleibe.

Gemeinderat Reumann schlägt vor, den Bürgermeister alleine zu entsenden, eine Abordnung der Obmänner-Konferenz hält er für nicht sinnvoll, da dies eine Unstimmigkeit implizieren würde.

Weiskirchner möchte all diesen Bitten entsprechen und sofort einigen Herren des Staatsrates die Befürchtungen Wiens mitteilen. Er will auch um eine Garantie für Lieferungen von Kohle und Kartoffeln aus Deutschland bitten. Der Standpunkt der Obmänner-Konferenz ist jener, dass keiner etwas gegen den Anschluss an Deutschland hat, aber alle den Zeitpunkt des Beschlusses für falsch halten.

Weiskirchner verlässt mit gebotener Eile die Obmänner-Konferenz, die mit der Tagesordnung fortfährt.

¹¹⁶ 107. Wiener Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918. S3.

Weiskirchner kehrt gegen Ende der Sitzung zurück und berichtet von seinem Treffen. Die Herren Seitz und Dinghofer von der Nationalversammlung hätten die Problematik seit acht Tagen besprochen und wollen in Artikel 2 der Nationalversammlung vorlegen, dass die augenblickliche Verkündung des Anschlusses als das „geringere Übel unter verschiedenen Übel erscheine“¹¹⁷.

Die Idee der Entente, den tschechoslowakischen, den ungarischen Staat und Deutsch-österreich zu einer Gemeinschaft zu verschmelzen wäre inakzeptabel. Die beiden Präsidenten haben versichert, dass Deutschland die Versorgung Wiens soweit wie möglich sicherstellen werde. Ob es dies aber überhaupt könne, entziehe sich aller Kenntnis.

Die beiden Herren sind überzeugt, dass die Entente trotzdem Lebensmittel und Rohstoffe liefern werde, da sie gegen den Bolschewismus kämpfe und eine Ausbreitung in den Westen, die durch die Existenz von Hungerkrawallen geschehen könnte, verhindern wolle. Außerdem würde nach der Beseitigung der heutigen imperialistischen Machthaber eine Regierung kommen, „die den Grundzügen der Menschlichkeit nähertrete“¹¹⁸.

Anschließend Weiskirchner beginnt die Diskussion um die Demokratisierung des Gemeinde-Wahlrechtes mit einem Angebot an die Oppositionsparteien.

Der Gemeinderat bestünde derzeit aus insgesamt 165 Mandaten: 114 Christlich-sozialen, zwei Wilden, 17 Deutschfreiheitlichen und sieben Sozialdemokraten, in Summe 140. 25 Mandate sind nicht mehr besetzt.

Weiskirchner hat bereits mit Reumann gesprochen und die 25 freien Mandate den Sozialdemokraten in Form einer Kooptierung durch den Gemeinderat angeboten. Durch die neue Zusammensetzung würden sich das Präsidium, der Stadtrat, die Ausschüsse und der Schriftführer ändern.

Den Sozialdemokraten würden damit eine Vizebürgermeister-Stelle, sechs Stadtratsmandate und zwei Schriftführerstellen angeboten. Die Deutschfreiheitlichen bekämen eine Stadtratsstelle und Schriftführerstelle mehr, somit würden diese eine bevorzugte Behandlung erfahren. Er begründet seine Aussage mit den schlechten Ergebnissen der liberalen Partei bei den letzten Landtags- und Reichsratswahlen.

¹¹⁷ 107. Wiener Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918. S7.

¹¹⁸ 107. Wiener Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918. S7.

Reumann fordert zusätzlich eine Demokratisierung der Bezirksvertretungen, was sich in erster Linie auf die Arbeiterbezirke bezieht.

Reumann will das Angebot von Weiskirchner grundsätzlich nicht annehmen und fordert mehr Zugeständnisse. Er führt die Zahlen nach den Wahlen aus dem 4. Wahlkörper von 1912 aus: Es würde sich die Verteilung auf 71 Christlich-soziale, 75 Sozialdemokraten und 19 Freiheitliche ändern. Er macht daher ein Angebot an Weiskirchner über 82, 60, 23 und meint, dass damit alle Parteien gut auskommen würden. Er verlangt auch die Einführung einer Frauenquote. Die christlich-sozialen und die sozialdemokratischen Gemeinderäte sollen je zehn Mandate, die freiheitliche Partei vier Mandate für Frauen reservieren.

Dr. Hein hält das Angebot für vertretbar und verweist darauf, dass diese Zusammensetzung nur für den provisorischen Gemeinderat gelte und ohnehin neu gewählt werden würde. Das zukünftige Wahlrecht wird keine Unterscheidung mehr in Wahlkörper und Wählerklassen vorsehen. Auch gegen die Einführung des Frauenwahlrechts hat er nichts einzuwenden.

Gemeinderat Schmid sieht Probleme im bürgerlichen Klub, da bei Reumanns Vorschlag sehr viele feste Gemeinderäte ihre Mandate aufgeben müssten was zu Unmut führen wird. Beim Frauenwahlrecht bleibt er zögerlich.

Dr. Hein begrüßt die Demokratisierung des Gemeinderates und will das Vorhaben unbedingt unterstützen. Beim Thema der Frauen verweist er auf Errungenschaften in England.

Gemeinderat Skaret erkennt die Problematik, warnt aber vor einer Ignoranz der allgemeinen Strömungen in Deutschösterreich. Er merkt an, dass bei Wahlen nach dem alten Wahlkörpersystem die Mandate ebenso wie vorgeschlagen verteilt würden. Er erwähnt auch, dass in den christlich-sozialen Kreisen die Haltung zu einer Frauenvertretung sehr positiv sei und man sich dieser sehr schlecht verschließen könnte.

Bürgermeister Weiskirchner will eine dementsprechende Verordnung noch diese Woche durchführen. Er überlässt daher bis zur Vornahme der definitiven Neuwahlen den Sozialdemokraten den Einfluss in den Vertretungen und dem Präsidium. Die Bezirksvertretungen werden aufgelöst und derweilen von Kommissionen geleitet, in welchen alle Parteien vertreten sind. Er bestätigt auch eine entsprechende Vertretung der Frauen im Gemeinderat.

16. November 1918 - 108. Sitzung

Die Kartoffelversorgung steht im Mittelpunkt der Diskussion. Ideen, das Gemüse aus Oberösterreich geliefert zu bekommen, werden verworfen, da schon Salzburg und Tirol von diesen Ländern versorgt werden. Es bleibt nur das prinzipielle Versprechen der ungarischen Regierung, für die notwendigen Lieferungen zu sorgen. Ebenso sind wieder die Fettversorgung, die Mehllieferung und die Zuckerfrage Themen der Besprechungen. Kohle solle aus den tschechoslowakischen Gebieten kommen, doch gestalten sich die Verhandlungen als sehr schwierig.

Gemeinderat Reumann warnt eindringlich vor einem Kohlenmangel für die Fabriken, da sonst Tausende von Arbeitern keine Beschäftigung haben werden. Er prophezeit Ausschreitungen und möchte wiederholt an die deutsche Regierung herantreten.

Dr. Schwarz-Hiller fürchtet ebenfalls eine hohen Arbeitslosenrate und die damit verbundenen sozialen Probleme. Er erwähnt den internationalen Charakter der Kohlennot und die einzig mögliche Hilfe durch das Ausland.

Gemeinderat Skaret geht auch auf das Problem der möglichen Entlassungen ein. Dr. Schwarz-Hiller möchte aus der politischen Frage eine wirtschaftliche Frage machen und die Entente um Hilfe bitten. Er meint, wenn „man mit dem Argument der Menschlichkeit komme, werde man keine Fehlbite tun“¹¹⁹.

Es wird überlegt, ob eine Sonderdeputation der Gemeinde Wien an den deutsch-österreichischen Verhandlungen mit der Entente in der Schweiz teilnehmen solle. Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller ist sehr dafür, um der rein politischen Mission der Regierung eine Note der Menschlichkeit zu geben.

Die Konferenz ermächtigt abschließend den Bürgermeister, die Anregung von Dr. Schwarz-Hiller bei den verantwortlichen Stellen einzuleiten.

21. November 1918 - 109. Sitzung

Diese Sitzung wurde wegen des außerordentlich tristen Zustandes des Arbeitsmarktes einberufen. Der Kohlenmangel hat die Situation verschärft und auch der Staats-Sekretär für öffentliche Arbeiten hat einschneidende Sparmaßnahmen angekündigt. Reumann spricht für die Arbeiter und verlangt Produktionssteigerungen in Industrien, die auch im Winter arbeiten können. Auch die Gewerbetreibenden sollen Kredite bekommen.

¹¹⁹ 108. Wiener Obmänner-Konferenz vom 16. November 1918. S.7.

Dr. Hein stimmt den langen und detaillierten Ausführungen von Reumann seitens seiner Partei vollinhaltlich zu. Goltz will dadurch auch den Einfluss der Gemeinde Wien in Deutschösterreich stärken. Reumann spricht noch die düstere Lage der Krankenkassen an, die ebenfalls Unterstützung benötigen würden.

Die Obmänner-Konferenz stimmt gegen einen Ankauf der Spanischen Hofreitschule und des Areals rund um das Arsenal.

Hinsichtlich der Gesandten in die Schweiz zur Kontaktaufnahme mit der Entente hat Weiskirchner neben Baron Slatin und Mag. Rat Rosskopf Dr. Schwarz-Hiller gewählt.

Die Regierung hat diese Delegation wegen ihrer Größe kritisiert und es wurde befürchtet, dass auch Graz und Linz Vertreter reklamiert hätten. Daher wurde der Baron zum „inoffiziellen Vertrauensmann“¹²⁰ der Gemeinde Wien ernannt.

Als offizieller Vertreter der Stadt Wien wird nun Dr. Ritter von Schwarz-Hiller mit den notwendigen Kompetenzen versehen und in die Schweiz zu Verhandlungen geschickt.

27. November 1918 - 110. Sitzung

Diese Sitzung wird mit der Besprechung der formalen Fragen bezüglich der Konstituierung des provisorischen Gemeinderates begonnen.

Es wird sich darauf verständigt, dass den Sozialdemokraten die linke Seite des Saales, die Mitte den deutsch-freiheitlichen und den zwei deutsch-nationalen sowie die rechte Seite des Saales den christlich-sozialen Mandataren zur Verfügung gestellt wird. Den Frauen werden die Plätze in den ersten Reihen zugewiesen. Es soll zuerst das neue Präsidium und der Stadtrat durch Zuruf gewählt werden. Danach sollen seitens der Parteien kurze Erklärungen ausgeführt werden.

Weiskirchner möchte noch formale Fragen geklärt wissen, was vor allem die Angelobung des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter betrifft.

Dr. Hein möchte eine Protestnote wegen des Verlusts eines Mandats für seine Partei abgeben, die dringende und notwendige Demokratisierung des Gemeinderats will er aber auf keinen Fall blockieren.

Zur gemeinsamen Bezahlung von Aushilfen aus Amerika will Weiskirchner eine Vollmacht für die Verhandlung im Bund deutscher Städte. Dr. Hein warnt vor staats-

¹²⁰ 109. Wiener Obmänner-Konferenz vom 21. November 1918. S10.

rechtlichen Schwierigkeiten, da der Umfang des Staatsgebietes noch nicht festgelegt ist und hält die Verhandlungsposition von Wien alleine für bedeutend stärker.

Danach werden wieder die drohenden Sparmaßnahmen und die Versorgung der Stadt Wien besprochen. Prag und Agram wollen ebenfalls keine Lebensmittel an Wien abgeben.

2. Dezember 1918 – 111. Sitzung

Gemeinderat Goltz von der demokratischen Vereinigung nimmt an dieser Sitzung teil. Bürgermeister Weiskirchner befragt die anwesenden Herren, ob in der am 3. Dezember stattfindenden ersten Sitzung des provisorischen Gemeinderates Erklärungen der einzelnen Parteien zu erwarten seien. Es erfolgt eine Einigung, dass alle Parteien Erklärungen abgeben werden.

Es werden weitere Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich beschlossen, Gemeinderat Skaret ist im Prinzip dafür, nur nicht für die Reduktion der Straßenbahn, da dies vor allem die Arbeiter betreffen würde. Gemeinderat Goltz von der demokratischen Vereinigung hingegen will den Tram-Verkehr komplett einstellen, um den Leuten Kohle geben zu können.

Ein wichtiges Thema ist die Versorgung mit Kohle seitens der Entente. Diese will nicht kreditieren und fordert Sicherheiten, ebenso werden keine Kronen angenommen sondern nur Dollar. Die Stadt Wien wäre kreditwürdig denn sie besitzt ein umfangreiches Immobilienvermögen, dazu kommen noch Immobilien der Unternehmungen.

Bürgermeister Weiskirchner berichtet von einem Schreiben des Staatssekretärs für Äußeres, in welchem er Weiskirchner bittet, die finanzielle Transaktion gemeinsam mit den anderen Städten Deutschösterreichs zu organisieren.

Nachdem die Schweiz die Vorschläge des deutschösterreichischen Gesandten nicht angenommen hat, steht es um die Kreditwürdigkeit der neuen Republik miserabel. Die Entente nimmt auch das Vermögen der Banken nicht als Sicherheit, da dies nur Papier sei.

Die Gemeinde Wien mit ihren stabilen Vermögenswerten solle den „Schrittmacher“¹²¹ spielen. Um Eifersüchteleien der Provinzstädte zu vermeiden, sollen diese in den Ver-

¹²¹ 111. Wiener Obmänner-Konferenz vom 2. Dezember 1918. S6.

handlungsprozess eingebunden werden. Die Städte sollen ihr unbewegliches Vermögen verpfänden und so Deutschösterreich über die erste Zeit hinweg helfen.

Nach Friedensschluss und Einberufung der definitiven Nationalversammlung hofft der Staat, seine Kreditwürdigkeit wieder zu erlangen. Die Gemeinde Wien muss daher in der Zwischenzeit für den Staat einspringen.

Die Obmänner-Konferenz beugt sich dem Druck der realen Verhältnisse und folgt mangels Alternativen dem Ansinnen des Staatsrates.

Der bereits in Bern weilende Gemeinderat Dr. Ritter von Schwarz-Hiller erhält eine zeitlich beschränkte Vollmacht zur Durchführung der Verhandlungen mit der Entente.

16. Dezember 1918 – 112. und letzte Sitzung der Obmänner-Konferenz

In der 112. und letzten Sitzung der Wiener Obmänner-Konferenz nimmt der Sozialdemokrat und spätere Bürgermeister Jakob Reumann erstmals als Vizebürgermeister teil. Er ersetzt den bisherigen Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer. Diese Sitzung findet nach der der Konstituierung des provisorischen Gemeinderats statt.

In der letzten Sitzung wird erläutert, dass bezüglich der Kohlenversorgung ein Vertrag von Deutschösterreich mit der tschecho-slowakischen Republik mit dem Ziel geschlossen wurde, die Versorgung wie bisher aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde Wien als Teil von Deutschösterreich würde davon profitieren. Zusammenfassend wird festgehalten, dass die Rohstoffversorgung weiterhin sehr triste ist und dringend ausreichend Vorräte für den Winter eingelagert werden müssen.

Bürgermeister Weiskirchner tritt später der Konferenz bei und berichtet, dass eine rasche Aktion bezüglich der Friedensverhandlungen zu erwarten sei.

Bezüglich der Rohstoffversorgung stimmt Weiskirchner dem allgemeinen Konsens zu, dass man „nicht um den Preis der Gegenwart die Zukunft sichern könne“¹²². Dies bedeutet, dass die vorhandenen letzten Vorräte teilweise an die Bevölkerung verteilt werden und damit von der bisherigen Strategie abgegangen wird, die Reserven bis zuletzt zu lagern.

¹²² 112. Wiener Obmänner-Konferenz vom 16. Dezember 1918. S5.

Ein wichtiges Thema in dieser Sitzung ist die Flüchtlingsfrage. Bürgermeister Weiskirchner meint, er sei gewiss „objektiv und vom Menschlichkeitsgefühl beseelt“¹²³ doch gerade den Zuzug von jüdischen Flüchtlingen aus Böhmen und der Ukraine kann er nicht unterstützen. Sogar aus Palästina wird ein Flüchtlingsstrom erwartet. Wien kann diese Flüchtlinge nicht aufnehmen, da die Ernährungssituation katastrophal ist und sich die Bevölkerung sicher nicht tolerant zeigen wird. Er appelliert an das allgemeine Interesse.

Vizebürgermeister Jakob Reumann differenziert sehr bestimmt: Er wolle auch wegen dieser Massenzuströme vorstellig werden, aber nicht weil es sich um jüdische Menschen handle, sondern er eine entsetzliche Situation in Wien befürchte.

Gemeinderat Emmerling warnt wie sein Parteikollege vor einer Unterscheidung der Flüchtlinge, da man sonst leicht in den Verdacht kommen könnte, eine bestimmte Bevölkerungsschicht zu benachteiligen. Er will in dieser Sache den Staat in die Pflicht nehmen.

Bürgermeister Weiskirchner entgegnet, dass es sich bei den anderen Flüchtlingen früher wenigstens um österreichische Staatsbürger handelte und nun diese alle Ausländer wären. Wenn sie bedürftig sein, solle sich der eigene Staat darum kümmern.

Auch Dr. Hein von den Liberalen spricht sich gegen den beobachteten Massenzuzug aus. Die Obmänner-Konferenz ermächtigt den Bürgermeister Weiskirchner einmütig, bei den verantwortlichen Stellen vorzusprechen.

Die letzte Wiener Obmänner-Konferenz endete ohne die Kenntnis, dass keine weiteren Sitzungen mehr folgen würden. Aus den Protokollen ist nicht ersichtlich, dass sich die Teilnehmer auf eine andere Vorgehensweise verständigt hätten. Die umfassende Veränderung der parteilichen Kräfteverhältnisse im provisorischen Wiener Gemeinderat hatte abrupt nach dieser Sitzung zum Ende der Obmänner-Konferenz geführt.

Außerdem war die Obmänner-Konferenz nur als Institution während des Krieges installiert worden wodurch nach Kriegsende der Berechtigungsgrund verloren ging.

¹²³ 112. Wiener Obmänner-Konferenz vom 16. Dezember 1918. S7.

5. Ergebnis der empirischen Untersuchung

Nach Durchsicht aller 112 Originalprotokolle der Wiener Obmänner-Konferenz sollen nun die Aussagen und Handlungen der Teilnehmer mit dem theoretischen Grundgerüst zusammengeführt werden.

Die Wiener Obmänner-Konferenz wurde mit dem Ziel einberufen, langwierige und schwierige Verhandlungen im Gemeinderat zu vermeiden. Bürgermeister Weiskirchner tat dies mit dem Wissen, die bisher bedeutungslose Opposition in den politischen Entscheidungsalltag zu befördern. Er hatte diese Kooperationsform aber auch deswegen gewählt, um einen möglichen Machtverlust durch unpopuläre Einzelentscheidungen minimieren zu können. Seine anfänglichen Antworten auf die Forderungen nach einer Einberufung hatte er mit einem nicht nachvollziehbaren möglichen Verlust der Gemeindeautonomie begründet. Nur einmal wurde am Anfang des Krieges der Gemeinderat zu dem Zweck einberufen, bisherige und zukünftige Entscheidungen des Gremiums pauschal und ohne Diskussion zu genehmigen.

Später erfuhr seine Einstellung eine Kehrtwendung, er begrüßte sogar eine Miteinbeziehung des Gemeinderats in die wichtigsten Entscheidungen. Diese Änderung der Taktik sieht aber nur auf den ersten Blick demokratisch aus, realiter wurde der Gemeinderat zu einer bloßen Abstimmungsmaschinerie. Die Themen der Sitzungen wurden vorab in der Konferenz besprochen, sogar etwaige Eskalationen in der Diskussionskultur wurden zuvor im Keim erstickt. Bot ein Thema Konfliktpotential, wurde dieses erst gar nicht in die Tagesordnung integriert.

Analysiert man nun die Handlungen der involvierten Akteure in Bezug auf das theoretische Grundgerüst, so kann man abwechslungsreiche Muster identifizieren. Wie Bürgermeister Weiskirchner in der ersten Sitzung am 28. Juli bemerkt, möchte er die Obmänner der im Gemeinderat vertretenen Parteien für die Teilnahme an einer öffentlichen Kundgebung gewinnen. Diese erste Konferenz ist vorerst nur zur Vorbereitung einer Gemeinderatssitzung am nächsten Tag bestimmt, in der Weiskirchner zum Ausbruch des 1. Weltkrieges Stellung nehmen will.

Während die freiheitlich-liberale Partei unter ihrem Obmann Alexander Goltz sofort ihre Teilnahme und Unterstützung zusagt, sind die Sozialdemokraten unter Reumann deutlich zurückhaltender und betonen ihre prinzipielle Ablehnung des Krieges. Die Sozialdemokraten möchten aber der Aktion keine Steine in den Weg legen.

Die Liberalen unter Dr. Schwarz-Hiller nutzen diese Zusammenkunft für die Platzierung eines Anliegens zugunsten ihrer Wählerschaft. Aus den Handlungen und dem Inhalt der ersten Konferenz kann man eine stark ausgeprägte vertikale Integration der Elitemitglieder erkennen, eine hohe Elitenintegration ist nur bedingt identifizierbar.

Die folgenden Obmänner-Konferenzen sind ebenso durch eine starke Positionierung der einzelnen Parteien geprägt, so intervenieren die Sozialdemokraten hauptsächlich für die Arbeiterschaft und die sozial bedürftigen Gemeindebewohner, die liberale Partei hingegen für ihre Klientel, die sich augenscheinlich aus einer gut situierten und hoch gebildeten Bevölkerungsschicht rekrutiert. Sonst sind diese ersten fünf Sitzungen von allgemeinen Informationen und notwendigen Entscheidungen für das tägliche Leben in der Gemeinde Wien bestimmt. Die Wahrnehmung der Interessen der Nichteliten, also die Präsentation der Eliten, ist weiterhin dominant.

Erst am 19. September 1914, also in etwa zwei Monate nach Einberufung der ersten Konferenz bekommt die Wiener Obmänner-Konferenz unter Dr. Weiskirchner einen konstitutiven Charakter. Es stellt sich nämlich das Problem, dass die übliche automatisch erteilte Genehmigung des Gemeinderats für die Gemeinderegierung abgelaufen war und der Bürgermeister für seine Entscheidungen keine Rechtsgrundlage mehr aufweisen konnte. So bittet er in der sechsten Sitzung die Opposition, alle notwendigen Schritte und Bestätigungen für eine Weiterarbeit in einer Gemeinderatssitzung einzuholen. Im gleichen Zug erteilt der Gemeinderat die Ermächtigung zur dauerhaften Einrichtung der Obmänner-Konferenzen. Nun treten zum ersten Mal Meinungsverschiedenheiten auf. Während die sozialdemokratische Partei unter Reumann den Ausführungen des Bürgermeisters debattelos zustimmt, verlangen die liberalen Teilnehmer eine Relativierung und beziehen sich auf das Gemeindestatut. Sie wollen eine mögliche Überstimmung in den Konferenzen durch Verankerung einmütiger Beschlussfassungen. Weiskirchner will auf diese Relativierung nicht eingehen und droht erstmals mit einem möglichen, durch eine Uneinigkeit der Parteien auftretenden, Verlust der Autonomie der Gemeinde Wien.

Dieses Machtinstrument der Drohung eines Autonomieverlustes wird Weiskirchner später noch öfter verwenden. Die liberale Partei zeigt sich beeindruckt und sichert dem Bürgermeister die volle uneingeschränkte Unterstützung zu. Eine erste Kollision von horizontalen und vertikalen Interessen wurde daher zugunsten einer intakten Elitenintegration entschieden.

Bereits zehn Tage später wird eine Rückbindung an einen vorgesetzten administrativen Körper sichtbar. Der Disput mit der Militärverwaltung wird die Zusammenarbeit der Teilnehmer der Obmänner-Konferenz vorerst festigen und angesichts der Visualisierung der übergeordneten Elite die eigene Elitenintegration maßgeblich stärken. Der Bürgermeister betont mehrmals die Machtlosigkeit der Gemeinde gegenüber dem Militär.

In der 20. Sitzung vom 20. April 1915 wird seitens der Opposition erneut versucht, eine Wiedereinberufung des Wiener Gemeinderats zu erwirken. Bürgermeister Weiskirchner lässt sich diesmal zu einer Provokation hinreißen. Wissend um die komfortable Mehrheit von 135 von 165 Mandaten seiner Partei im Gemeinderat, möchte er gerne eine Versammlung genehmigen, wenn dies 52 Abgeordnete verlangen. Die Elitenintegration wird durch diese Ignoranz ein weiteres Mal auf die Probe gestellt.

Im Juli 1915 folgen die ersten Anzeichen einer schwindenden Kooperationsbereitschaft zwischen den Elitemitgliedern. Die sozialdemokratische Partei bezichtigt den Bürgermeister einer undemokratischen und autoritativen Haltung, da er sich erneut weigert, den Gemeinderat einzuberufen. Die Androhung des Autonomieverlusts beginnt die Opposition immer weniger zu beeindrucken. Erstmals wird ein offizieller Protest gegen dieses Vorgehen der Regierung vorgelegt. Die vertikale Integration beginnt die horizontale Integration zu überflügeln.

In der 28. Sitzung vom 8. Oktober 1915 kommt es zu einer weiteren scharfen Diskussion wegen der Einberufung des Gemeinderats. Die Regierung hat eine unpopuläre Entscheidung ohne Einbindung der Gemeinde getroffen, die Wien in eine noch größere Abhängigkeit bringt. Die sozialdemokratischen Obmänner sind darüber sehr erzürnt und verlangen eine sofortige Einberufung des Gemeinderats, um auf die Regierung Druck ausüben zu können. Auch die freiheitlich-liberale Partei sieht durch die Nichteinberufung eine Schwächung der Position gegenüber der Regierung. Die christlich-soziale Partei

unterstellt der Opposition Absichtlichkeit und mutmaßt subversive Tendenzen. Nur mit Mühe kann eine Eskalation verhindert werden. Erstmals überwiegt die vertikale Integration gegenüber der Elitenintegration. Dieser Zustand ist aber temporär und bleibt in latenter Form erhalten.

In der 37. Obmänner-Konferenz führt das unermüdliche Werben der sozialdemokratischen und der liberalen Partei für eine Wiedereinberufung des Gemeinderats zu einem unerwarteten Erfolg. Der Bürgermeister möchte die Einberufung nun ohne erkennbaren Grund genehmigen. Ein Beweggrund könnte die immer schwächer werdende Integration innerhalb des Elitekörpers sein.

Die liberale Partei unter Dr. Hein möchte in der 31. Sitzung einen radikalen Weg zur Ausnutzung der Schwäche der vorgesetzten administrativen Einheit einschlagen und die Demission der Gemeinderegierung als Druckmittel für eine effektivere Regierungspolitik einsetzen. Diesem Vorhaben fehlt aber der nötige Nachdruck und daraus resultierend die notwendige Unterstützung der anderen Elitemitglieder. Es handelt sich hier um einen ersten Versuch, aus der Abhängigkeit der Regierung auszubrechen. Die Elitenintegration wird aber dadurch nicht nachhaltig gestört.

Bei einer späteren Zusammenkunft wird jedoch gegen die übergeordnete Einheit an einem Strang gezogen. So wird unter Billigung aller Parteien eine Verordnung des Ministeriums durch eine falsche Warendeklaration umgangen, um die Interessen der Nicht-Eliten wahrnehmen zu können. Dadurch wird eine Rückbindung zugunsten der Repräsentation vollständig aufgegeben. Das genaue Gegenteil passiert in der 58. Konferenz. Hier wird eine nicht absehbare Debatte im Gemeinderat durch eine Einigung der Obmänner in letzter Minute verhindert. Keines der Elitemitglieder will eine öffentliche Niederlage riskieren und bevorzugt daher einen nichtöffentlichen Konsens.

Es treten aber auch Situationen auf, wo der wieder regelmäßig zusammenkommende Gemeinderat eine Unstimmigkeit der Obmänner saniert und ein Beschluss die Position gegenüber der Regierung stärkt. So möchte z. B. die Regierung die Intervalle der Straßenbahnen empfindlich reduzieren und beharrt strikt auf ihrem Standpunkt. Mit der Drohung einer öffentlichen Denunziation und Prononcierung der Unfähigkeit der Regierung wird diese zum Einlenken gezwungen. Bei diesem Beschluss haben sich erstmals die

Sozialdemokraten gegenüber der christlich-sozialen Partei zur Wahrung der Interessen ihrer Klientel durchgesetzt.

Es wird nun auch vermehrt die Ohnmacht der Wiener Gemeindeverwaltung hinsichtlich der konfus agierenden Regierung durch öffentliche Anschläge und Publikationen in den Medien breitenwirksam verlautbart, um selber nicht in das Kreuzfeuer der Kritik der Wiener Bevölkerung zu gelangen und eine Destabilisierung der Gemeinde zu verhindern. So möchte die Gemeinde Wien auf keinen Fall für „die Sünden der Regierung büßen“¹²⁴. Die Medien sind aber nicht nur ein Werkzeug zur Selbstdarstellung der Verwaltung, sie werden immer mehr zu einem großen Problem. Durch übertriebene und teilweise falsche Behauptungen bringen sie sich als ein zusätzlicher ernstzunehmender Akteur ins Spiel. Der richtige Umgang mit den Medien wird die Teilnehmer der Obmänner-Konferenz bis zum Ende des Krieges beschäftigen.

Der Elitekörper wird aber auch benutzt, um über die einzelnen Teilnehmer auf deren Parteibasis und Wählerschaft sowie deren Organisationsapparat zugreifen zu können. So wird vor allem die sozialdemokratische Partei wiederholt aufgefordert, auf die parteinahe Arbeiterzeitung oder Gewerkschaftsorganisationen beruhigend einzuwirken.

In der 95. Sitzung vom 7. Juni 1918 kommt es zu einer interessanten Begebenheit. Der von der liberalen Partei am Anfang der Verhandlungen abgesetzte Alexander Goltz bildet einen neuen Klub, die demokratische Vereinigung, im Wiener Gemeinderat. Dieser Klub kritisiert die Arbeit der Obmänner-Konferenz und spricht ihr richtigerweise jeglichen rechtlichen Charakter ab.

Hier wird nun erstmals versucht, die Kooperationsform der Obmänner von außen zu torpedieren. Die horizontale Integration der Elitemitglieder ist allerdings so ausgeprägt, dass dieses Unternehmen im Keim erstickt wird. Sie sprechen sich dabei selber nur eine koordinierende Rolle zu, da die Entscheidungsgewalt verfassungsrechtlich beim Gemeinderat läge. Dieser Fakt ist bemerkenswert, da der Gemeinderat realiter zu einer reinen Abstimmungsmaschinerie degradiert wurde und die Entscheidungen in Wirklichkeit in den Obmänner-Konferenzen beschlossen wurden.

¹²⁴ 87. Wiener Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918. S12.

In den letzten Sitzungen der Obmänner-Konferenzen überwiegen Auflösungstendenzen und eine nicht zu leugnende Aufbruchsstimmung die parteipolitischen Auseinandersetzungen. Die Elitenintegration geht durch einen externen Einfluss stark zurück, vertikale Interessen bestimmen das Tagesgeschäft.

Die Auflösung der Konferenz ist nur mehr eine Frage der Zeit, daher werden alleine die notwendigsten Punkte und Verfügungen abgehandelt. In den Äußerungen der Elitemitglieder spiegelt sich deren geistige und politische Weltanschauung wider, die während des Krieges teilweise in den Hintergrund getreten schien.

Vergleicht man abschließend die Aggregatzustände der Wiener Obmänner-Konferenz mit der eingangs visualisierten Typisierung von gesellschaftlicher Integration von Elitekörpern, kann man über alle 112 Sitzungen tendenziell drei vorgestellte Ausprägungen erkennen. So beobachtet man eine sehr starke Wechselbewegung zwischen der etabliert-demokratischen Elite, der pluralistischen Elite und der Machtelite. Während erstere beiden den Großteil der Aktivitäten in der Obmänner-Konferenz charakterisieren und bei Gefahr einer Festigung der pluralistischen Elite geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden, ist die Machtelite nur sporadisch erkennbar.

Am Ende des Krieges und damit der akuten Krisenzeit, zu deren Bewältigung die Obmänner-Konferenz etabliert worden war, können keine Maßnahmen zur Verhinderung der pluralistischen Elite mehr gesetzt werden und so löst sich die Kooperationsform der Konferenz auf.

6. Zusammenfassung

Am Ende war es fast ein wenig enttäuschend, dass die Obmänner-Konferenzen ohne offizielles Dankeswort des Bürgermeisters zu Ende gingen. Eine über vier Jahre dauernde und für den Verfasser lebendig gewordene Phase am Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie ging abrupt zu Ende.

Der reale und handgreifliche Konnex in die Gegenwart wurde durch eine Handlung des Bürgermeisters in der 79. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom 16. August 1917 erstellt. In dieser verteilt er ein Manuskript des Schriftführers von Radler, der die Obmänner der Parteien an ihre produktive und einmütige Arbeit erinnern sollte. Dieses Manuskript findet sich in der Bibliographie wieder und floss inhaltlich in die Diplomarbeit ein.

Ehrlicherweise muss konstatiert werden, dass der Umfang der Arbeit am Beginn ein wenig unterschätzt wurde. So könnte eine noch tiefere Analyse der Tätigkeit der Wiener Obmänner-Konferenz durch die Heranziehung sämtlicher relevanter Gemeinderatsprotokolle und der vorbereitenden Klubsitzungen der vertretenen Parteien ermöglicht werden. Dieser Aufwand wäre aber vom Arbeitsumfang nicht vertretbar gewesen und böte Platz für eine aufbauende Bearbeitung des Themas im Rahmen einer Dissertation.

Abschließend stellt sich die Frage, ob die vorliegende Arbeit den eingangs gestellten Forderungen und Ansprüchen gerecht wurde. Diese Frage sollte bejaht werden, konnten doch die vorgestellten Methoden mit einem umfangreichen empirischen Teil in Einklang gebracht und die verlangte Anwendbarkeit bestätigt werden.

Eine große Herausforderung war es allerdings, den vielfältigen und umfassenden Inhalt der Originalprotokolle auf ein sinnvolles und notwendiges Maß zu reduzieren. Die vielen gestrichenen Passagen hätten die Basis für mannigfaltige wissenschaftliche Arbeiten aus dem Fachgebiet der Politikwissenschaft mit differenter Fragestellung geliefert.

So konnte auf dem zur Verfügung stehenden begrenzten Raum eine Arbeit auf einem noch nie behandelten Themengebiet konzipiert und realisiert werden, mit der sich der Verfasser seinen Wunsch nach einer lebendigen, greifbaren und kurzweiligen, aber trotzdem wissenschaftstheoretisch fundierten Diplomarbeit, erfüllen konnte.

7. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kreuztabelle gesellschaftlicher Integration	9
Abbildung 2: Richard Weiskirchner	15
Abbildung 3: Heinrich Hierhammer	18
Abbildung 4: Franz Hoß.....	19
Abbildung 5: Josef Rain.....	20
Abbildung 6: Jakob Reumann.....	24
Abbildung 7: Ferdinand Skaret	26
Abbildung 8: Georg Emmerling.....	27
Abbildung 9: Leopold Winarsky.....	28

8. Archivmaterial

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Gemeinderat

B23-Gemeinderatsausschüsse 1892-1919 Bd.73-75

112 Protokolle der Wiener Obmänner-Konferenz

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Biographische Sammlung und Dokumentation

(1) A8 Heinrich Hierhammer

(2) A12 Josef Leitner

(3) A18 Josef Rain

(4) A19 Heinrich Schmid

9. Bibliographie

Best, Heinrich und Maurizio Cotta [Hrsg.] [2000]: Parliamentary representatives in Europe 1848-2000. Legislative recruitment and careers in eleven European countries. Oxford University Press. Oxford [et al.].

Beyme, Klaus von. [1995]: Die politische Klasse im Parteienstaat. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Czeike, Felix [1993]: Historisches Lexikon Wien. Band 2. Kremayr & Scheriau. Wien.

Czeike, Felix [1994]: Historisches Lexikon Wien. Band 3. Kremayr & Scheriau. Wien.

Czeike, Felix [1995]: Historisches Lexikon Wien. Band 4. Kremayr & Scheriau. Wien.

Czeike, Felix [1997]: Historisches Lexikon Wien. Band 5. Kremayr & Scheriau. Wien.

Dahrendorf, Ralf [1965]: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. R. Piper & Co Verlag. München.

Demirovic, Alex [2003]: Elite – einige Vorbehalte aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Dreizel, Hans P. [1962]: Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse. Enke. Stuttgart.

Hamann, Rudolf [1964]: Paretos Elitentheorie und ihre Stellung in der neueren Soziologie. Fischer. Stuttgart.

Harrer, Karl [1950]: Dr. Richard Weiskirchner. Dissertation. Universität Wien.

Hoffmann-Lange, Ursula [1992]: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Leske+Budrich. Opladen.

Hoffmann-Lange, Ursula [2003]: Das pluralistische Paradigma der Elitenforschung. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Hübner, Peter [1967]: Herrschende Klasse und Elite. Eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Paretos. Duncker & Humblot. Berlin.

Imbusch, Peter [2003]: Konjunkturen, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Jaeggi, Urs [1967]: Die gesellschaftliche Elite. Eine Studie zum Problem der sozialen Macht. Haupt. Stuttgart.

Klingemann, Hans-Dieter und Dietrich Herzog [Hrsg.] [1991]: Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung; Dietrich Herzog zum 60. Geburtstag. Westdeutscher Verlag. Opladen.

Knauer, Oswald [1969]: Das österreichische Parlament von 1848-1966. Bergland-Verlag. Wien.

Krais, Beate [2003]: Begriffliche und theoretische Zugänge zu den „oberen Rängen“ der Gesellschaft. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Krais, Beate [2003]: Die Spitzen der Gesellschaft und die modernen Formen der Herrschaft. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Kretschmer, Helmut [1993]: Ende und Anfang - Wien um 1918. Wiener Stadt- u. Landesarchiv. Wien.

Meisel, Hans [1962]: Der Mythos der herrschenden Klasse. Gaetano Mosca und die Elite. Econ-Verlag. Düsseldorf-Wien.

Mertens, Christian [2006]: Richard Weiskirchner (1861 - 1926). Der unbekannte Wiener Bürgermeister. Verlag für Geschichte und Politik. Wien.

Meyers Großes Konversations-Lexikon [1906] Band 5. Leipzig. S. 134-135.

Morgenbrod, Birgitt [1994]: Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der "Österreichischen Politischen Gesellschaft" (1916 - 1918). Böhlau. Wien [et al.].

Mosca, Gaetano [1950]: Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft. „Das Bergland Buch“. Salzburg.

Münkler, Herfried [Hrsg.] [2006]: Deutschlands Eliten im Wandel. Campus. Frankfurt am Main [et al.].

Nohlen, Dieter [Hrsg.] [2003]: Kleines Lexikon der Politik. 3. Auflage. Verlag C.H. Beck. München.

Österreichische Akademie der Wissenschaften [Hrsg.] [1959]: Österreichisches biographisches Lexikon 1815-1950. 2. Band. Hermann Böhlhaus Nachf. Graz-Köln.

Österreichische Akademie der Wissenschaften [Hrsg.] [2005]: Österreichisches biographisches Lexikon 1815-1950. 12. Band. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien.

Pareto, Vilfredo und Gottfried Eisermann [1962]: System der allgemeinen Soziologie. Enke. Stuttgart.

Paris, Rainer [2003]: Autorität-Führung-Elite. Eine Abgrenzung. In: Hradil, Stephan [Hrsg.]: Oberschichten - Eliten – herrschende Klassen. Leske+Budrich. Opladen.

Pelinka, Anton und Sieglinde Rosenberger [2003]: Österreichische Politik. Grundlagen-Strukturen-Trends. 2. Auflage. WUV. Wien.

Preradovich, Nikolaus von [1955]: Die Führungsschichten in Österreich und Preussen. Steiner. Wiesbaden.

Radler, Friedrich von [1917]: Die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung in der Obmänner-Konferenz während des Weltkrieges: vom Schriftführer der Obmänner-Konferenz. Verlag des Wiener Magistrates. Wien.

Radler, Friedrich von [1919]: Die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung in der Obmänner-Konferenz während des Weltkrieges: vom Schriftführer der Obmänner-Konferenz. Verlag des Wiener Magistrates. Wien.

Sartori, Giovanni [1992]: Demokratietheorie. Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Vetter. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.

Schluchter, Wolfgang [1963]: Der Elitebegriff als soziologische Kategorie. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 15. Jg. S.233-256.

Schmidt, Regina [1970]: Geschichte und Geschichtsphilosophie im Elitebegriff. Soziologische Modellanalysen von Elitetheorien. Dissertation. Universität Frankfurt a.M.

Seliger Maren und Karl Ucakar [1985]: Wien: Politische Geschichte 1740-1934 - Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. Jugend & Volk Verl.-Ges. Band I (1740-1895). Wien [et al].

Seliger Maren und Karl Ucakar [1985]: Wien: Politische Geschichte 1740-1934 - Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. Jugend & Volk Verl.-Ges. Band II (1896-1934). Wien [et al].

Stimmer, Gernot [1997]: Eliten in Österreich 1848-1970. Böhlau. Wien-Köln-Graz. Studien zu Politik und Verwaltung. Bd.57.I

Stimmer, Gernot [1997]: Eliten in Österreich 1848-1970. Böhlau. Wien-Köln-Graz. Studien zu Politik und Verwaltung. Bd.57.II

Thieme Ulrich und Fred. C. Willis [Hrsg.] [1921]: Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler. Von der Antike bis zur Gegenwart. 14. Band. Seemann-Verlag. Leipzig.

Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1916. 54. amtlich redigierter Jahrgang. Kommissionsverlag der Gemeinde Wien. Archiv der Stadt Wien.

Wiener Kommunalkalender und Städtisches Jahrbuch für 1920. 58. amtlich redigierter Jahrgang. Kommissionsverlag der Gemeinde Wien. Archiv der Stadt Wien.

Wolensky, Madeleine und Josef Vass [Hrsg.] [1990]: "Er ist gekommen als ein schwärmerischer Idealist". Leopold Winarsky (1873 - 1915). Sozialdemokrat und Bücherfreund. Kammer für Arbeiter und Angestellte. Wien.

Wiener Magistrat [1923] [Hrsg.]: Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1919. Unter den Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner und Jakob Reumann. Wien.

Zapf, Wolfgang [1966]: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961. R. Piper & Co Verlag. München.

Internetquellen

<http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11961&PHPSESSID=84e348f1e7ead935dc5ae52485aca900>

[Zugriff: 9.3. 2009 - Ferdinand Skaret]

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/LANDTAG/Abgeordnete/ZAbgS/Skaret.pdf>

[Zugriff: 9.3. 2009 - Ferdinand Skaret]

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/Abgeordnete/ZAbgS/Steiner.pdf>

[Zugriff: 9.3. 2009 - Leopold von Steiner]

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01462/pad_01462.shtml

[Zugriff: 7.2. 2009 - Richard Weiskirchner]

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01673/pad_01673.shtml

[Zugriff: 7.2. 2009 - Jakob Reumann]

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01873/pad_01873.shtml

[Zugriff: 7.2. 2009 – Ferdinand Skaret]

<http://www.ropeswien.at/online/page.php?P=11324>

[Zugriff: 9.3. 2009 - Jakob Reumann]

<http://www.wien.spoe.at/online/page.php?P=11095>

[Zugriff: 9.3. 2009 - Leopold Winarsky]

Curriculum Vitae

Name: Stefan Leichtfried
Geb.: 13. April 1974 in Wien



Ausbildung

2007 –
Universität Wien - Studienrichtung: Rechtswissenschaften
1. Studienabschnitt abgeschlossen 01.2008

2004 – 2009
Universität Wien - Studienrichtung: Politikwissenschaft
Voraussichtlicher Abschluss mit Mag. phil. 10.2009

1995 – 2001
Universität Wien - Studienrichtung: Geographie / Kartographie und Geoinformation
Diplomarbeit: „Siedlungsraumabgrenzung durch Kombination von Bild- und Kartendaten“
Auftraggeber: Österreichische Akademie der Wissenschaften. Institut für Stadt- und Regionalforschung
Abgeschlossen mit Mag. rer. nat. 10.2001

1994 – 1995
Technische Universität Wien - Studienrichtung: Vermessungswesen und Geoinformation

1988 – 1993
HTBLA Wien I - Ausbildungszweig: Nachrichtentechnik
Abgeschlossen mit Matura 06.1993 - Verleihung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ 08.2004

1984 – 1988
Realgymnasium Wien X

Wissenschaftliche Projekte

1997 – 2001 - Universität Wien / Institut für Geographie und Regionalforschung:
Tutorium am Institut für Geographie und Regionalforschung im Bereich EDV für Geographen, Übungen zur Stadtgeographie sowie Lehrveranstaltungen zur Kartographie. Betreuung studentischer Projekte

Projektarbeiten: „Oberösterreichische Eisenwurzten/Eisenstrasse“ / „Datenaufbereitung zur Herstellung kartenverwandter Darstellungsformen des Schneeberg-Rax Gebietes“

Wissenschaftliche Mitgliedschaften

Österreichische Geographische Gesellschaft – geschäftsführendes Vorstandsmitglied 2006-2009
Österreichische Kartographische Kommission

Berufliche Tätigkeiten

Seit 11.2001
“3” Austria - Hutchison 3G Austria GmbH (Vienna, Austria)
Business Unit IT&Networks / Radio Network Planning and Optimisation
Job Titel: System Implementation Manager

10.2000 – 10.2001
Telering Telekom Service GmbH (Vienna, Austria)
Radio Network Planning and Optimisation / Abteilung Systems&Support – Geoinformation
Job Titel: Geoinformation Systems – Specialist

Abstract

Der Wiener Gemeinderat war zu Beginn des 20. Jahrhundert von der christlich-sozialen Partei dominiert, Entscheidungen wurden ohne Einflussmöglichkeit der sozialdemokratischen und freiheitlich-liberalen Mandatare getroffen. Nur durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges erlangten die oppositionellen Parteien ein Mitspracherecht in der kommunalen Verwaltung der Gemeinde Wien. Die Wiener Obmännerkonferenz, ein vom christlich-sozialen Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner ins Leben gerufene Gremium, bot erstmals eine Bühne zur Realisierung sozialdemokratischer und liberaler Interessen.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Diplomarbeit steht die Analyse der Wiener Obmännerkonferenz, die durch die Kombination von mehreren Betrachtungsebenen ein umfassendes Gesamtbild dieses politischen Gremiums ermöglicht. Durch die Konzentration auf die Tätigkeit der Wiener Obmänner-Konferenz während des 1. Weltkrieges ergibt sich aus dem Analysekörper auch der Analysezeitraum. Dieser wird auf die Jahre 1914 bis 1918/1919 begrenzt.

Zu diesem Zeitraum sollen die Tätigkeiten der verantwortlichen Personen mittels Methoden der Elitenforschung betrachtet werden. In diesem Zusammenhang hat sich nach eingehender Studie des vielfältigen Betätigungsraumes der Elitenforschung und den zur Verfügung stehenden Datengrundlagen jener der Analyse der gesellschaftlichen Integration von Eliten in Demokratien als am besten und ergiebigsten anzuwenden herauskristallisiert.

Aber nicht nur die Handlungen der Personen werden analysiert, ein umfangreicher Abschnitt ist der eigentlichen Tätigkeit der Konferenz gewidmet.

At the beginning of the 20th Century, the Viennese local council was dominated by the Christian-social party. Decisions were made without any influence of the social-democratic and the liberal parties. Only by the outbreak of the 1st World War, the oppositional parties attained a say in the local administration of the municipality of Vienna. A new political committee, called the Viennese conference of chairmen, was constituted by the Christian-social mayor Dr. Richard Weiskirchner and gave the opportunity for the realization of social-democratic and liberal interests.

The thesis analyzes the activities of this political committee by the combination of several levels of interest. Due to the concentration of the work on the activity of the Viennese conference of chairman during the 1st World War, the analysis period covers the years 1914 to 1918/1919. After a detailed study of various elite theories and the available data bases, the social integration of elite in democracies appeared as the best theory to use. But not only the actions of the persons are analyzed, an extensive section is dedicated to the actual activities of the conference.